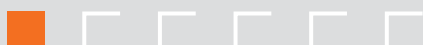




Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

**August**

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF

## August 2007



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007 .....	27
Termine .....	29
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>31</b>
Entwicklung des Bundeshaushaltes im 1. Halbjahr 2007 .....	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2007 .....	49
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen .....	53
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte .....	61
Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger: Bisherige Entwicklung und Ausblick .....	67
Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union .....	71
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>83</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	113

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundeshaushalt hat sich im 1. Halbjahr günstig entwickelt. Die Einnahmen stiegen um 14,4 %, wobei sich besonders die Steuereinnahmen sehr positiv entwickelt haben. Der ursprünglich vorgesehene Ausgabenanstieg wurde erfreulicherweise unterschritten. So zeichnet sich bereits jetzt deutlich ab, dass die für dieses Jahr veranschlagte Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € nicht vollständig in Anspruch genommen werden muss.

Eine Analyse der langfristigen Trends von Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen zeigt, dass Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2006 in absoluten Zahlen erstmals wieder mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2000 zu verzeichnen hatten. Die Steuerquote für das Jahr 2007 wird voraussichtlich 22,3 % betragen. Damit hat Deutschland im internationalen Vergleich sowohl nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD als auch nach denen von Eurostat eine der niedrigsten Steuerquoten (und im Übrigen eine unterdurchschnittlich hohe Abgabenquote).

Aktuell zeigen sich die Steuereinnahmen von Bund und Ländern weiter dynamisch; sie stiegen im 1. Halbjahr 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,9 %. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern zurückzuführen. Der wirtschaftliche Aufschwung greift hier auf breiter Basis, was auch durch die positive Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern und der Lohnsteuer untermauert wird.

Für das Jahr 2007 rechnet das BMF in seiner aktuellen Finanzprojektion mit einem Staatsdefizit von rd. ½ % des Bruttoinlandsprodukts. Die Konsolidierungspolitik führte damit seit dem Jahr 2002 trotz historisch niedriger Steuer- und Abgabenquoten zu einer stetigen Verbesserung der Haushaltslage. Allein in den Jahren



2006 und 2007 sinkt der strukturelle – also der um konjunkturelle Effekte bereinigte – gesamtstaatliche Finanzierungssaldo um rd. zwei Prozentpunkte und damit doppelt so stark wie vom ECOFIN-Rat gefordert. In der Projektion zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2011 wird von einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Staatsausgaben um lediglich 1 ½ % ausgegangen. Im Ergebnis wird die Staatsquote im Jahr 2010 nur noch 42 ½ % des BIP betragen. Gleichzeitig zeigt die Projektion aber auch: Spielräume für weitere, über die beschlossene Reform der Unternehmensbesteuerung hinausgehende Steuersenkungen sind derzeit nicht vorhanden, will man das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Staatshaushaltes nicht gefährden.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung und der konjunkturelle Aufschwung helfen bei der Anhebung der Beschäftigungsquote auch älterer Arbeitnehmer. Im Jahr 2006 ist die Erwerbstätigkeit der über 55-Jährigen bereits auf 48,4 % angestiegen. Auch die seit dem 1. Mai in Kraft gesetzten Angebote der „Initiative 50plus“ verbessern die Chancen dieser Personengruppe auf dem Arbeitsmarkt. Eine kürzlich vorgestellte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass eine Politik zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung erfolgreich sein kann und auf dem Arbeitsmarkt durchaus Potenzial für eine höhere Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorhanden ist. Um das Ziel einer höheren Erwerbstätigkeit von Älteren zu erreichen, sind gemeinsame

Anstrengungen von Politik und Wirtschaft, von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig. Damit ist für Deutschland das im Rahmen der Lissabon Strategie gesetzte Ziel einer Erwerbstätigenquote von 50 % der über 55-Jährigen bis zum Jahr 2010 realistisch.

Generell lässt sich zur Lissabon-Strategie der Europäischen Union feststellen, dass die vielfältigen Reformanstrengungen der Mitgliedstaaten sichtbare Erfolge zeigen, sowohl mit Blick auf die positive aktuelle Wirtschaftsentwicklung als auch im Sinne verbesserter Perspektiven für die langfristigen Wachstumspotenziale. Gleiches gilt für die Konsolidierung der öffentlichen

Haushalte, die in jüngster Zeit zur Entlassung mehrerer Mitgliedstaaten aus dem Defizitverfahren führte. Auch hierin zeigt sich, dass die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung Früchte trägt, und zwar für die einzelnen Mitgliedstaaten ebenso wie für die EU insgesamt.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007 .....	27
Termine .....	29



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juli beliefen sich auf 168,1 Mrd. €. Sie lagen nominal um 7,0 Mrd. € (+4,3%) über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Mit 3,8 Mrd. €

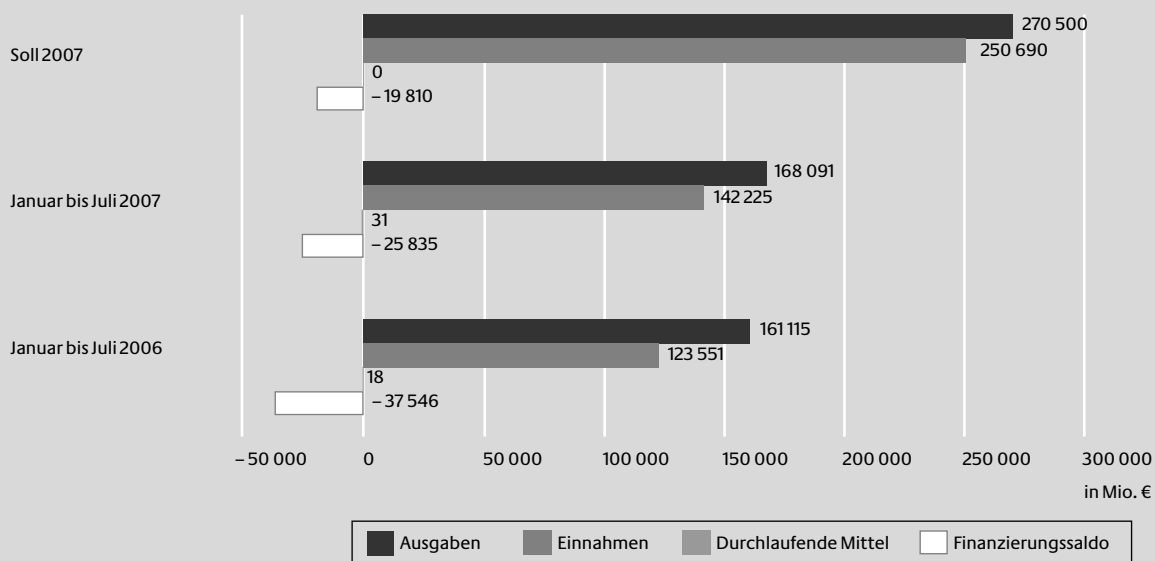
war die im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung die für den

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juli 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	168,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	4,3
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	142,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	15,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	125,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	16,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 25,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 14,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	- 11,4

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Ausgabenzuwachs gewichtigste Position. Daneben haben aber auch die steigenden Zinsausgaben und erhöhte Investitionsausgaben zu der Entwicklung beigetragen.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 142,2 Mrd. €

um 18,7 Mrd. € (+ 15,1 %). Die positive Einnahmenentwicklung wird im bisherigen Jahresverlauf von der Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die Steuereinnahmen bis Juli stiegen im Jahresvergleich um 16,9 %. Hauptursache hierfür sind im Wesentlichen

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	28 176	16,8	26 827	16,7	5,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	3 123	1,9	2 733	1,7	14,3
Verteidigung	27 795	28 222	15 925	9,5	15 241	9,5	4,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	4 557	2,7	4 633	2,9	- 1,6
Finanzverwaltung	3 151	3 383	1 696	1,0	1 607	1,0	5,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	6 748	4,0	6 176	3,8	9,3
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	458	0,3	-100,0
BAföG	1 072	1 130	729	0,4	729	0,5	0,0
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	3 381	2,0	3 496	2,2	- 3,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	85 818	51,1	83 921	52,1	2,3
Sozialversicherung	74 431	75 745	49 289	29,3	48 617	30,2	1,4
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	3 773	2,2	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	21 014	12,5	22 475	13,9	- 6,5
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	13 702	8,2	15 952	9,9	- 14,1
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	2 546	1,5	2 287	1,4	11,3
Wohngeld	956	1 000	701	0,4	719	0,4	- 2,5
Erziehungsgeld	2 801	1 940	1 393	0,8	1 640	1,0	- 15,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	1 611	1,0	1 771	1,1	- 9,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	437	0,3	466	0,3	- 6,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	860	0,5	713	0,4	20,6
Wohnungswesen	1 002	1 446	723	0,4	584	0,4	23,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	3 301	2,0	3 304	2,1	- 0,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	343	0,2	347	0,2	- 1,2
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 662	1,0	1 582	1,0	5,1
Gewährleistungen	794	1 150	353	0,2	392	0,2	- 9,9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	5 400	3,2	4 690	2,9	15,1
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	2 509	1,5	2 570	1,6	- 2,4
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	4 646	2,8	4 002	2,5	16,1
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	2 744	1,6	2 783	1,7	- 1,4
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	1 711	1,0	1 002	0,6	70,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	32 706	19,5	31 016	19,3	5,4
Zinsausgaben	37 469	39 278	32 148	19,1	30 536	19,0	5,3
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>270 500</b>	<b>168 091</b>	<b>100,0</b>	<b>161 115</b>	<b>100,0</b>	<b>4,3</b>

Mehreinnahmen bei den gewinnabhängigen Steuern und den Steuern vom Umsatz. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 17,0 Mrd. € um 0,6 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (+ 3,5 %). Hintergrund des Anstiegs ist die im Juli erfolgte einmalige Zuführung an den Bundeshaushalt aus der Neuordnung des ERP-Sondervermögens in Höhe von 2 Mrd. €.

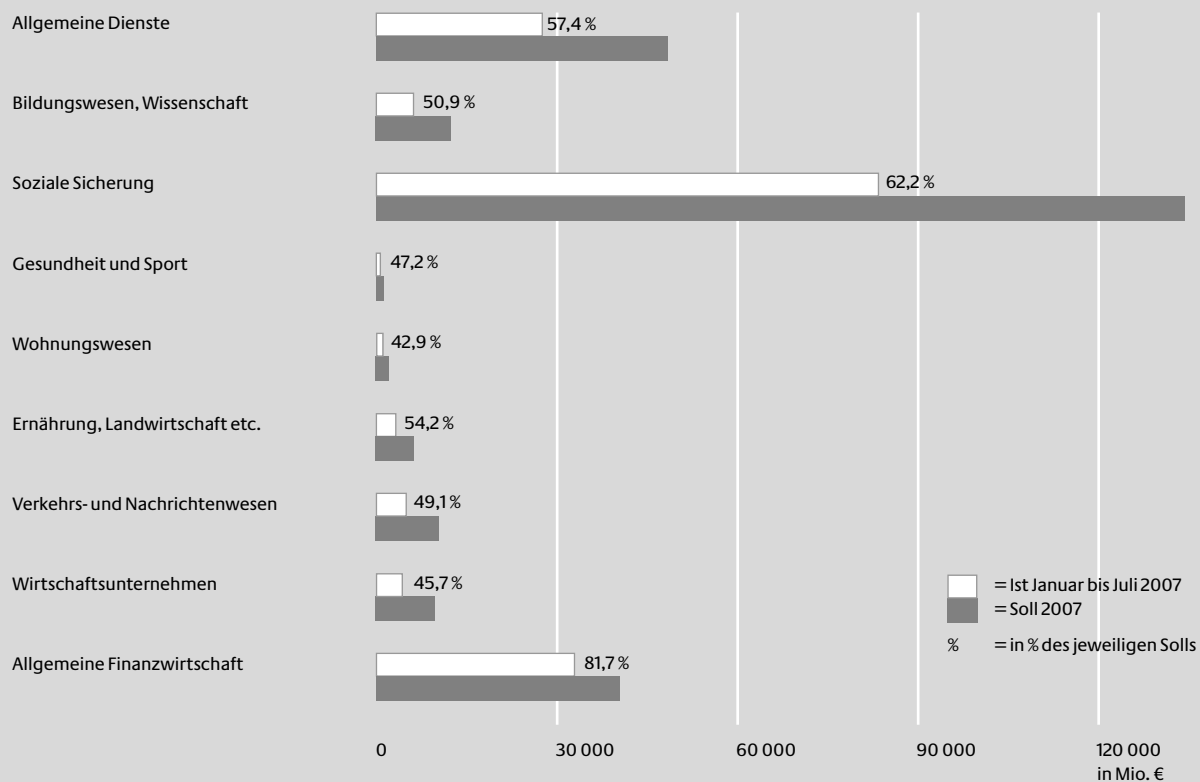
Der Finanzierungssaldo hat sich im Juli mit – 25,8 Mrd. € erwartungsgemäß gegenüber dem Vormonat deutlich erhöht, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert fällt er jedoch um

nahezu  $\frac{1}{3}$  geringer aus. Da im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft und oftmals – wie im Falle der ERP-Zuführung – von Einmaleffekten geprägt ist, können aus dem unterjährigen Saldo nur schwer Rückschlüsse auf die Höhe des endgültigen Jahresergebnisses gezogen werden. Auf Basis der derzeitigen Haushaltsentwicklung ist jedoch weiterhin davon auszugehen, dass die im Haushaltsplan 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € klar unterschritten wird.

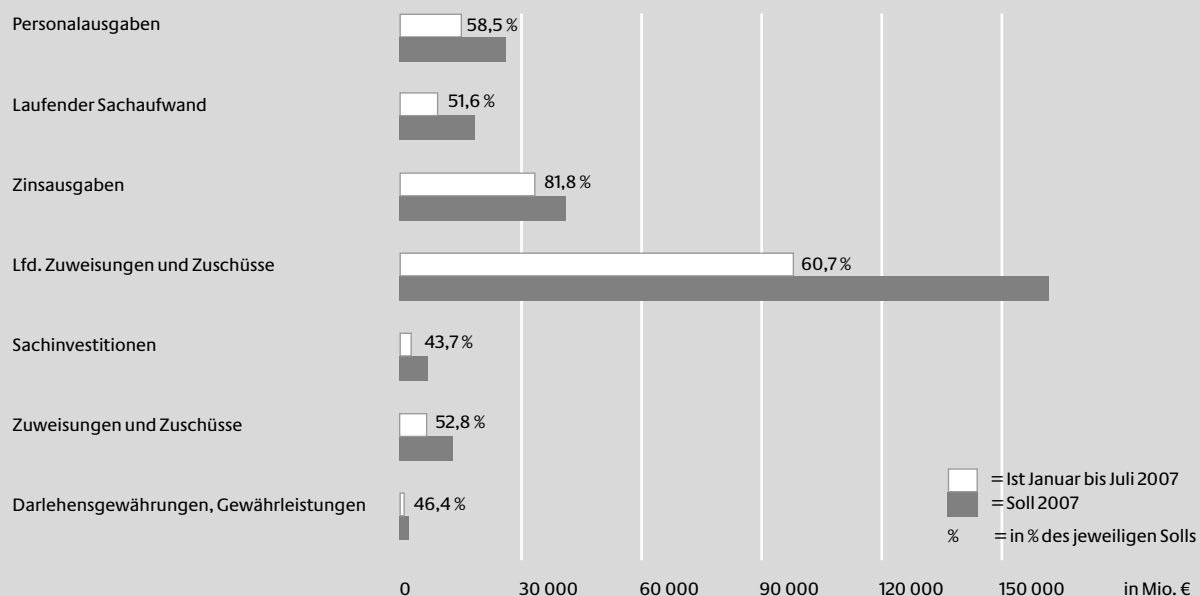
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>238 330</b>	<b>247 040</b>	<b>156 036</b>	<b>92,8</b>	<b>151 175</b>	<b>93,8</b>	<b>3,2</b>
Personalausgaben	26 110	26 204	15 326	9,1	15 450	9,6	– 0,8
Aktivbezüge	19 730	19 761	11 336	6,7	11 456	7,1	– 1,0
Versorgung	6 380	6 443	3 990	2,4	3 994	2,5	– 0,1
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	9 656	5,7	9 039	5,6	6,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	649	0,4	728	0,5	– 10,9
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	4 431	2,6	3 956	2,5	12,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	4 576	2,7	4 355	2,7	5,1
Zinsausgaben	37 469	39 278	32 148	19,1	30 536	19,0	5,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	156 016	162 467	98 665	58,7	95 905	59,5	2,9
an andere Bereiche	13 937	14 770	7 972	4,7	7 870	4,9	1,3
darunter:	142 079	147 697	90 808	54,0	88 247	54,8	2,9
Unternehmen	14 275	18 002	8 604	5,1	7 907	4,9	8,8
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	17 330	10,3	19 561	12,1	– 11,4
Sozialversicherungen	91 707	97 633	62 390	37,1	58 636	36,4	6,4
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	241	0,1	245	0,2	– 1,6
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>22 715</b>	<b>23 957</b>	<b>12 055</b>	<b>7,2</b>	<b>9 939</b>	<b>6,2</b>	<b>21,3</b>
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	9 058	5,4	7 059	4,4	28,3
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	7 218	4,3	5 390	3,3	33,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	1 289	0,8	1 146	0,7	12,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	550	0,3	522	0,3	5,4
Sachinvestitionen	7 112	6 860	2 997	1,8	2 881	1,8	4,0
Baumaßnahmen	5 634	5 326	2 328	1,4	2 291	1,4	1,6
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	395	0,2	368	0,2	7,3
Grunderwerb	536	505	275	0,2	223	0,1	23,3
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>– 496</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>261 046</b>	<b>270 500</b>	<b>168 091</b>	<b>100,0</b>	<b>161 115</b>	<b>100,0</b>	<b>4,3</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juli 2007



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juli 2007



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>203 903</b>	<b>220 530</b>	<b>125 221</b>	<b>88,0</b>	<b>107 117</b>	<b>86,7</b>	<b>16,9</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	101 583	71,4	86 211	69,8	17,8
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	47 934	33,7	41 181	33,3	16,4
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	30 137	21,2	27 730	22,4	8,7
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	3 626	2,5	1 438	1,2	152,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	5 263	3,7	4 440	3,6	18,5
Zinsabschlag	3 359	3 610	3 103	2,2	2 222	1,8	39,6
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	5 806	4,1	5 350	4,3	8,5
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	53 049	37,3	44 431	36,0	19,4
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	600	0,4	600	0,5	0,0
Energiesteuer	39 916	40 521	17 017	12,0	17 580	14,2	- 3,2
Tabaksteuer	14 387	14 100	7 650	5,4	7 607	6,2	0,6
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	6 985	4,9	6 240	5,1	11,9
Versicherungsteuer	8 775	10 620	6 942	4,9	5 885	4,8	18,0
Stromsteuer	6 273	6 500	3 961	2,8	3 687	3,0	7,4
Branntweinabgaben	2 166	1 976	1 086	0,8	1 090	0,9	- 0,4
Kaffeesteuer	973	980	634	0,4	549	0,4	15,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 632	- 7 415	- 5,2	- 7 344	- 5,9	1,0
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 16 450	- 7 424	- 5,2	- 8 526	- 6,9	- 12,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 2 111	- 1,5	- 1 975	- 1,6	6,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 3 914	- 2,8	- 4 114	- 3,3	- 4,9
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>28 903</b>	<b>30 160</b>	<b>17 005</b>	<b>12,0</b>	<b>16 433</b>	<b>13,3</b>	<b>3,5</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 736	2,6	3 140	2,5	19,0
Zinseinnahmen	885	465	444	0,3	276	0,2	60,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	4 884	3,4	4 647	3,8	5,1
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>232 806</b>	<b>250 690</b>	<b>142 225</b>	<b>100,0</b>	<b>123 551</b>	<b>100,0</b>	<b>15,1</b>

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) übertrafen im Juli 2007 das Vorjahresergebnis um + 6,9 %. Gegenüber den Vormonaten hat sich die Veränderungsrate nun deutlich verringert, was allerdings auch an einer vergleichsweise starken Vorjahresbasis liegt. Während sich das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern um + 8,6 % erhöhte, gingen die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern um – 1,5 % zurück. Der stärkste Zuwachs wurde bei den Ländersteuern mit + 13,1 % erzielt.

Die kumulierte Veränderungsrate hat sich für die Steuereinnahmen insgesamt um einen Prozentpunkt vermindert. Gleichwohl liegt der Zuwachs von Januar bis Juli 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mit + 12,9 % noch deutlich über dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung für das gesamte Jahr (+10,1 %).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das Juli-Ergebnis des Vorjahres um + 9,1 %. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von + 16,8 %.

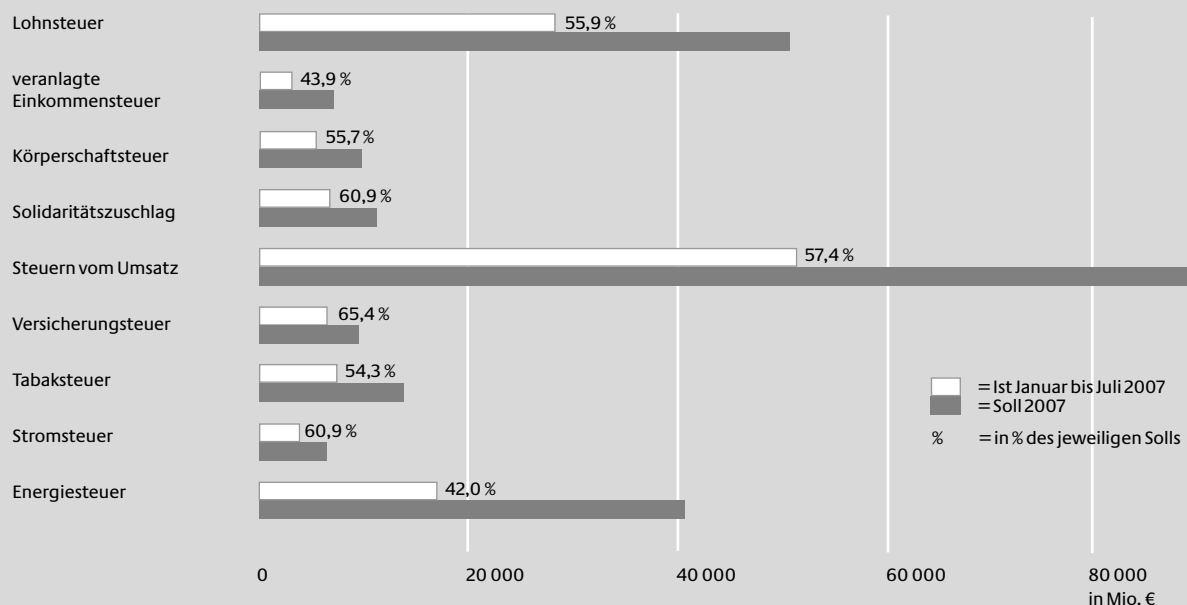
Bei der Lohnsteuer ist die Entwicklung weiter positiv, der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr hat sich mit + 7,3 % im Juli aber etwas verringert. Dabei lagen die in Abzug gebrachten Kindergeldzahlungen wie in allen anderen Monaten des Jahres 2007 unter ihrem Vorjahreswert, haben das kassenmäßige Ergebnis für sich genommen also günstig beeinflusst.

Bei der veranlagten Einkommensteuer kam es per saldo zu Abflüssen. Das Kassenergebnis fiel im Juli 2007 um – 120 Mio. € niedriger aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Den Ausschlag dafür gaben erhöhte Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (rund + 180 Mio. €), während die Eigenheimzulage sich fast halbierte und damit für einen positiven Effekt (+ 35 Mio. €) auf das Kassenaufkommen sorgte.

Wie bei der veranlagten Einkommensteuer ergab sich auch bei der Körperschaftsteuer ein Minus. Die Aufkommensminderung (– 400 Mio. € gegenüber Vorjahr) erklärt sich hier allerdings aus einer kassentechnisch bedingten Verschiebung in einem Bundesland zwischen den Berichtsmonaten Juni und Juli. Der jetzige Ausgleich wurde erwartet.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde nach den relativ moderaten Zuwächsen

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juli 2007





in den Monaten Mai und Juni nun wieder ein Plus im zweistelligen Prozentbereich (+ 24,4 %) erzielt. Dafür dürften hohe Ausschüttungen aufgrund der guten Gewinnsituation bei den Unternehmen verantwortlich sein.

Außerordentlich kräftig war der Anstieg erneut auch beim Zinsabschlag (+ 49,5 %). Hier schlagen sich neben der gestiegenen Durchschnittsverzinsung in erster Linie die Effekte der Kürzung des Sparerfreibetrags nieder.

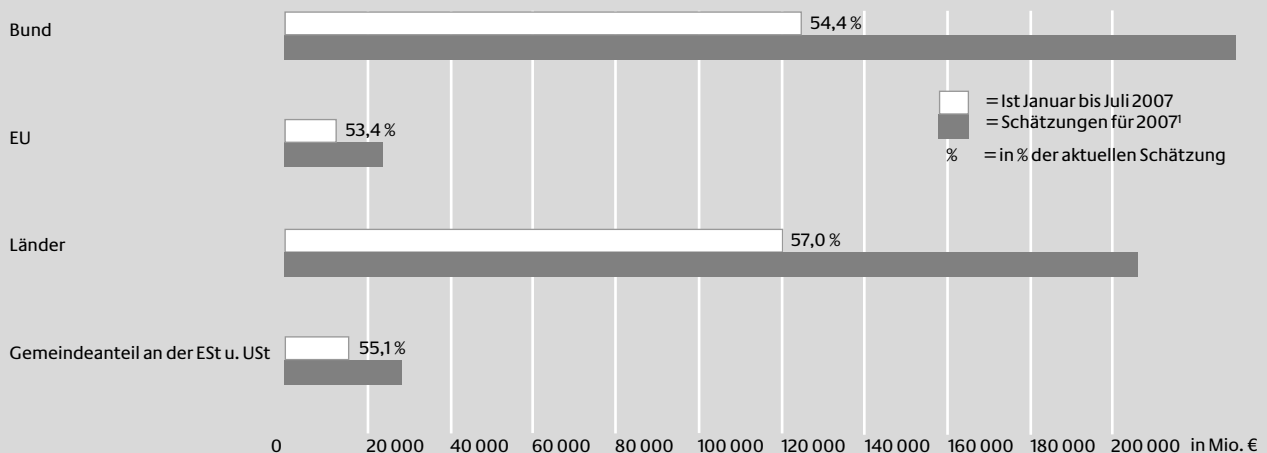
Bei den Steuern vom Umsatz war im Juli ein Plus von 10,8 % zu verzeichnen. Den Mehreinnahmen aufgrund der Anhebung des Regelsteuersatzes stehen nicht zuletzt die mit einer gewissen Zeitverzögerung eintretenden Wirkungen der vergleichsweise schwachen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im 2. Quartal 2007 entgegen. Durch die sehr kräftige Zunahme der Einfuhrumsatzsteuer (+ 19,8 %), die zu einem sofortigen Vorsteuerabzug im Inland führt, wurde der Anstieg bei der Binnenumsatzsteuer (+ 8,1 %) weiter gedämpft.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern im Juli 2007 blieb um – 1,5 % hinter dem Ergebnis vom Vorjahr zurück. Dabei hat sich das schon im

Vormonat zu beobachtende Minus bei der Energiesteuer im Juli (– 3,8 %) noch ausgeweitet. Neben einem schwachen Absatz von Heizöl steht dahinter zum überwiegenden Teil eine Minderung der Steuereinnahmen im Kraftstoffbereich. Auch im Falle weiterer Verbrauchsteuern wie der Branntweinsteuer (– 4,0 %) und der Stromsteuer (– 33,3 %) waren Rückgänge zu verzeichnen. Bei der Tabaksteuer ergab sich trotz der zeitgleich geführten Diskussion über Rauchverbote in der Öffentlichkeit ein nicht unerhebliches Plus (+ 4,5 %). Einnahmeverbessernd wirkten außerdem die Steuersatzanhebung bei der Versicherungsteuer mit einem Zuwachs von + 21,9 % und die positive Entwicklung der Bemessungsgrundlagen beim Solidaritätszuschlag, die das Aufkommen dort um 7,5 % ansteigen ließen.

Die reinen Ländersteuern legten in der Summe um + 13,1 % zu. Das ist vor allem auf starke Zuwächse bei Grunderwerbsteuer (+ 21,5 %), Kraftfahrzeugsteuer (+ 16,2 %) und Erbschaftsteuer (+ 12,0 %) zurückzuführen. Bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 9,2 %) und der Biersteuer (– 10,9 %) tragen die Veränderungsraten ein negatives Vorzeichen.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juli 2007



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2007).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2007	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 496	7,3	74 205	8,2	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	– 489	X	8 531	X	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 209	24,4	10 525	18,5	12 590	5,8
Zinsabschlag	778	49,5	7 120	40,4	9 240	21,1
Körperschaftsteuer	– 46	X	11 612	8,5	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	14 005	10,8	97 043	15,9	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	662	9,4	1 699	1,0	3 694	– 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	606	5,0	1 428	0,2	2 970	– 6,5
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>28 221</b>	<b>8,6</b>	<b>212 163</b>	<b>15,6</b>	<b>378 194</b>	<b>12,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 247	– 3,8	17 017	– 3,2	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 272	4,5	7 650	0,6	14 500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	175	– 4,0	1 084	– 0,3	1 970	– 8,8
Versicherungsteuer	526	21,9	6 942	18,0	10 480	19,4
Stromsteuer	317	– 33,3	3 961	7,4	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	788	7,5	6 985	11,9	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	106	– 10,2	864	10,8	1 482	4,0
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 431</b>	<b>– 1,5</b>	<b>44 502</b>	<b>3,8</b>	<b>86 982</b>	<b>3,3</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	321	12,0	2 477	11,8	4 066	8,1
Grundwerbsteuer	577	21,5	4 010	14,4	6 330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	836	16,2	5 677	– 0,3	8 800	– 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	144	– 9,2	965	– 4,5	1 695	– 4,5
Biersteuer	69	– 10,9	443	– 0,7	773	– 0,8
sonstige Ländersteuern	14	– 16,5	234	– 5,8	343	– 1,8
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 961</b>	<b>13,1</b>	<b>13 807</b>	<b>5,2</b>	<b>22 007</b>	<b>1,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	342	11,2	2 296	5,7	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	241	– 14,5	2 111	6,9	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	831	– 23,5	7 424	– 12,9	14 050	– 3,7
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 414</b>	<b>– 15,6</b>	<b>11 831</b>	<b>– 6,6</b>	<b>22 150</b>	<b>0,0</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>17 040</b>	<b>9,1</b>	<b>125 495</b>	<b>16,8</b>	<b>230 528</b>	<b>13,0</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>16 475</b>	<b>6,9</b>	<b>120 231</b>	<b>10,9</b>	<b>211 110</b>	<b>8,3</b>
<b>EU</b>	<b>1 414</b>	<b>– 15,6</b>	<b>11 831</b>	<b>– 6,6</b>	<b>22 150</b>	<b>0,0</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 025</b>	<b>7,9</b>	<b>15 211</b>	<b>15,7</b>	<b>27 596</b>	<b>10,4</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>36 955</b>	<b>6,9</b>	<b>272 768</b>	<b>12,9</b>	<b>491 384</b>	<b>10,1</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Juli gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juni bei 4,54 % lag, notierte Ende Juli bei 4,33 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 4,18 % Ende Juni auf 4,26 % Ende Juli. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungs-

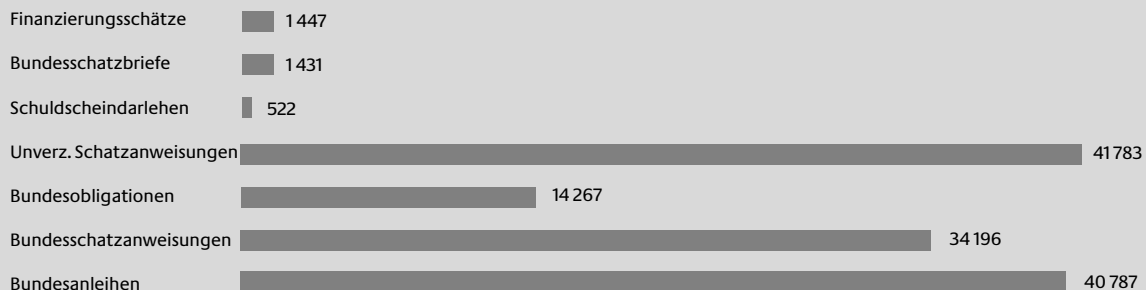
geschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im Juli nach; der Deutsche Aktienindex sank von 8007 auf 7584 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4490 auf 4316 Punkte (Monatsendstände).

## Monetäre Entwicklung

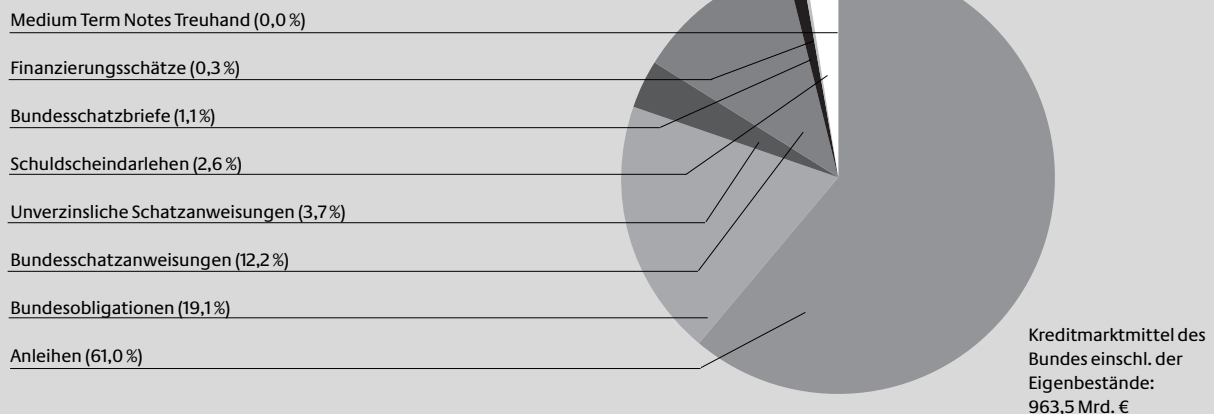
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im Juni auf

### Kreditaufnahme des Bundes bis Juli 2007 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

### Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Juli 2007



10,9 % (nach 10,6 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum April bis Juni 2007 blieb mit 10,6 % unverändert gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum stieg im Juni auf 11,5 % (nach 11,1 % im Vormonat). Die nach wie vor kräftige Ausweitung der Geldmenge und der Kreditvergabe spiegelt die konjunkturelle Belebung im Euroraum wider. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate leicht von 2,0 % im Mai auf 2,2 % im Juni.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich Juli 134,4 Mrd. €. Davon wurden 129,2 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5-prozentigen inflationsindexierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes, Marktpflegeoperationen sowie Schuldscheindarlehen.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 31. Juli 2007 um 1,6 % auf 963,5 Mrd. € erhöht.

Mit dem Emissionskalender für das 3. Quartal 2007 hat das BMF das mit der Jahresvorausschau 2007 bekannt gegebene Emissionsvolumen 2007 um 3 Mrd. € gekürzt. Damit wird der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2007 Rechnung getragen. Im 3. Quartal 2007 sollen 36 Mrd. € Kapitalmarktemissionen und 18 Mrd. € Geldmarktemissionen begeben werden.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2007 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,5	–	–	15,5
Bundesobligationen	–	20,0	–	20,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	6,1	5,9	17,9
Bundesschatzbriefe	0,1	0,3	0,1	0,5
Finanzierungsschätze	0,3	0,3	0,2	0,8
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,5	1,6	2,4
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>22,0</b>	<b>27,3</b>	<b>22,8</b>	<b>72,1</b>

### Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	13,0	1,2	1,3	15,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund 72,1 Mrd. €.

Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund 15,4 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2007

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Aufstockung	4. Juli 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137180 WKN 113 718	Aufstockung	11. Juli 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	25. Juli 2007	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Aufstockung	15. August 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137198 WKN 113 719	Neuemission	12. September 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Neuemission	26. September 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>3. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 36 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115061 WKN 111 506	Neuemission	16. Juli 2007	6 Monate fällig 16. Januar 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115079 WKN 111 507	Neuemission	13. August 2007	6 Monate fällig 13. Februar 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115087 WKN 111 508	Neuemission	10. September 2007	6 Monate fällig 19. März 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>3. Quartal 2007 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die gesamtwirtschaftliche Dynamik hat sich im 2. Quartal leicht abgeschwächt.
- Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Außenhandel und von den Ausrüstungsinvestitionen.
- Im 2. Halbjahr dürfte sich der Aufschwung aber wieder verstärken, unterstützt auch durch den privaten Konsum.

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. August 2007 ist das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Damit war das Wirtschaftswachstum etwas schwächer als im 1. Vierteljahr (+ 0,5 %). Im Rahmen der jährlichen Sommerrevision wurden darüber hinaus aufgrund neu zur Verfügung stehender Informationen die bisher veröffentlichten Ergebnisse der letzten vier Jahre überarbeitet. Unter anderem wurde das Wirtschaftswachstum für 2006 auf 2,9 % (von + 2,8 %) nochmals nach oben revidiert.

Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wurde im 2. Quartal insbesondere von dem sehr dynamischen Außenhandel getragen. Positive Wachstumsimpulse kamen aber auch aus dem Inland, allerdings in geringerem Umfang. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 2. Quartal entspricht der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, in der eine leichte Verlangsamung des Aufschwungs zugrunde gelegt worden war, insbesondere als Rückpralleffekt auf die günstige Witterung im 1. Vierteljahr. Die deutlich aufwärts gerichteten Auftragseingänge sowie der kräftige Beschäftigungsaufbau sprechen dafür, dass in den nächsten Monaten neben den weiterhin kräftigen Impulsen aus dem Ausland sowie von den Investitionen auch die Privaten Konsumausgaben zunehmend an Kraft gewinnen. Damit dürfte die Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf das 2. Quartal beschränkt bleiben.

Bei den Steuereinnahmen ergab sich im Juli wieder ein merklicher Zuwachs, der allerdings nicht so stark wie in den Vormonaten ausfiel. Dies ist vor allem auf eine relativ starke Vorjahresbasis zurückzuführen. So nahm das Aufkommen der Steuern vom Umsatz nur noch um 10,8 % zu, nach einem Zuwachs von 17,1 % im Vormonat. Neben den positiven Effekten der Erhöhung des Regelsteuersatzes spiegelt sich hier auch die etwas schwächere gesamtwirtschaftliche Dynamik im 2. Quartal wider.

Die ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2007 werden zwar erst am 23. August 2007 bekannt gegeben. Dennoch lassen sich anhand der Konjunkturindikatoren Entwicklungstendenzen der einzelnen Aggregate erkennen.

Der Außenhandel ist wieder zum Motor des Wirtschaftswachstums geworden, nachdem er im 1. Vierteljahr an Zugkraft verloren hatte. Dies ließ bereits die Zunahme der nominalen Warenexporte im 2. Quartal erwarten (+ 0,6 % nach – 0,4 % im 1. Quartal jeweils gegenüber dem Vorquartal). Jedoch ist der Aufwärtstrend weniger stark als im vergangenen Jahr. Belastend könnte die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gewirkt haben (Januar bis Juni: Aufwertung um 8,1 % gegenüber dem gleichem Vorjahreszeitraum), die die Exporte für die Abnehmer im Wesentlichen außerhalb des Euro-raums verteuert. Im 1. Halbjahr waren die Ausfuhren jedoch weiterhin spürbar höher als vor einem Jahr (+ 11,2 %). Dabei nahmen Exporte

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q.06	1.Q.07	2.Q.07	4.Q.06	1.Q.07	2.Q.07
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 183	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5
jeweilige Preise	2 322	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 4,3	+ 5,0	+ 4,2
<b>Einkommen<sup>1</sup></b>								
Volkseinkommen	1 747	+ 4,3	+ 1,0	+ 2,1	.	+ 5,4	+ 4,2	.
Arbeitnehmerentgelte	1 146	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	.	+ 2,0	+ 2,8	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601	+ 10,1	+ 3,1	+ 3,0	.	+ 13,8	+ 6,7	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 487	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,5	.	+ 2,2	+ 1,8	.
Bruttolöhne und -gehälter	925	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,8	.	+ 2,0	+ 3,1	.
Sparen der privaten Haushalte	160	+ 1,7	+ 0,3	+ 8,4	.	+ 0,5	+ 6,9	.
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mai 07	Jun 07	Drei- monats- durch- schnitt	Mai 07	Jun 07	Drei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	81	+ 9,2	- 0,3	.	- 11,0	- 8,2	.	+ 2,9
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	- 0,9	+ 2,1	+ 0,6	+ 9,1	+ 11,9	+ 11,4
Waren-Importe	731	+ 16,5	- 3,6	+ 6,7	- 0,3	+ 3,4	+ 9,0	+ 7,1
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>2</sup></b>	109,8	+ 6,0	+ 1,9	- 0,4	+ 0,1	+ 5,5	+ 4,9	+ 5,0
Industrie <sup>3</sup>	113,2	+ 6,5	+ 1,9	- 0,5	+ 0,2	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,2
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,4	+ 0,2	- 2,1	- 8,8	- 2,9	- 3,7	- 2,7
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>2</sup></b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>3</sup>	114,3	+ 7,2	+ 2,5	- 0,7	- 0,1	+ 6,5	+ 5,5	+ 5,8
Inland	102,5	+ 4,9	+ 2,4	- 1,5	- 0,8	+ 5,0	+ 3,6	+ 4,2
Ausland	133,3	+ 10,2	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,7	+ 8,4	+ 7,8	+ 7,8
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)<sup>2</sup></b>								
Industrie <sup>3</sup>	119,0	+ 9,5	+ 3,0	+ 4,6	+ 4,1	+ 11,0	+ 16,0	+ 11,5
Inland	105,5	+ 7,4	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 7,3	+ 9,7	+ 8,2
Ausland	135,8	+ 11,6	+ 4,1	+ 8,7	+ 6,4	+ 14,9	+ 22,0	+ 14,7
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	- 1,4	.	+ 2,9	- 1,1	.	+ 3,3
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)<sup>4</sup></b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 1,5	- 5,7	- 1,9	- 3,2
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,9	- 1,7	+ 0,3	+ 0,8
<b>Arbeitsmarkt</b>	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mai 07	Jun 07	Jul 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,6	+ 19	+ 41	.	+ 656	+ 636	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 4	- 38	- 45	- 727	- 712	- 671
<b>Preisindizes</b>	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Mai 07	Jun 07	Jul 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07
2000 = 100								
Importpreise	106,7	+ 5,2	+ 0,3	+ 0,6	.	+ 0,6	+ 1,3	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,1
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>								
	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07
Klima	+ 16,6	+ 14,9	+ 13,2	+ 14,6	+ 16,4	+ 16,3	+ 13,2	+ 12,0
Geschäftslage	+ 26,0	+ 21,1	+ 18,8	+ 20,5	+ 21,9	+ 20,7	+ 18,4	+ 18,3
Geschäftserwartungen	+ 7,5	+ 8,9	+ 7,7	+ 8,8	+ 11,0	+ 11,9	+ 8,1	+ 5,9

<sup>1</sup> Rechenstand: 24. Mai 2007. <sup>2</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. <sup>3</sup> Ohne Energie. <sup>4</sup> Änderung des Berichtsfirmenkreises ab 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

in den Nicht-Euroraum der EU überdurchschnittlich stark zu (+ 15,7 %), was nicht nur auf den Aufholprozess der seit Mai 2004 neu in die EU aufgenommenen Mitgliedsländer zurückzuführen ist, sondern auch auf die kräftige gesamtwirtschaftliche Dynamik in den „alten“ EU-Ländern. Aber auch die Ausfuhren in den Euroraum (+ 11,2 %) und in Drittländer (+ 8,6 %) legten kräftig zu. Die Exporte dürften auch in den nächsten Monaten ein wesentliches Standbein für die deutsche Wirtschaft bleiben. So hat sich die Auslandsnachfrage weiter beschleunigt. Die Auslandsaufträge sind im 2. Quartal saisonbereinigt um 6,4 % gegenüber dem Vorquartal angestiegen (1. Quartal: + 4,5 %). Dies lag vor allem an einem überdurchschnittlichen Umfang von Großaufträgen, der zu einer kräftigen Zunahme der Auslandsbestellungen für Investitionsgüter geführt hat (+ 8,4 %). Aber auch bei Konsum- (+ 5,9 %) und Vorleistungsgütern (+ 2,9 %) war ein deutlicher Zuwachs von Bestellungen aus dem Ausland zu verzeichnen. Zwar sind die Exporte in die USA zurückgegangen. Dies konnte aber durch eine weiterhin kräftige Nachfrage insbesondere in China und Indien sowie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern mehr als kompensiert werden. Nicht zuletzt deshalb hat der IWF im Juli seine Prognosen für den Welthandel und die Weltproduktion für 2007 leicht angehoben. Die Erwartungskomponente des ifo-Weltwirtschaftsklimas hat sich im 2. Quartal ebenfalls leicht verbessert und deutet auf eine weiterhin positive Entwicklung der Weltwirtschaft hin. Allerdings schätzten die deutschen Unternehmen ihre Exportaussichten (ifo-Exportwartungen) zuletzt etwas schlechter ein als vor einem Monat. Dem Anstieg der Ausfuhren im 2. Quartal stehen rückläufige nominale Warenimporte gegenüber (saisonbereinigt – 0,3 % gegenüber dem Vorquartal), nachdem diese im 1. Vierteljahr noch spürbar angestiegen waren (+1,7 %).

Der Rückgang der Warenimporte weist auf eine etwas schwächere Binnenkonjunktur im 2. Quartal hin. So wurde die Industrieproduktion in allen drei Gütergruppen – Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter – nur leicht ausgeweitet (jeweils + 0,2 % gegenüber dem Vorquartal). Damit hat die Dynamik der Industrieproduktion deutlich an Schwung verloren (1. Quar-

tal + 2,3 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Großaufträge aus dem Ausland erst nach und nach in die Produktion umgesetzt werden. Des Weiteren könnten möglicherweise Engpässe aufgrund der deutlich überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung eine stärkere Produktionsausweitung behindert haben, wenngleich die Ausrüstungsinvestitionen im 2. Quartal weiterhin kräftig expandierten. Die immer noch hohe Kapazitätsauslastung weist aber für die 2. Jahreshälfte auf eine fortgesetzte Ausweitung der Erweiterungsinvestitionen hin. Einhergehend mit der stagnierenden Produktion haben sich die Industrieumsätze ebenfalls abgeschwächt (saisonbereinigt – 0,1 % gegenüber dem Vorquartal). Dies resultierte ausschließlich aus einem Rückgang der Inlandsumsätze (– 0,8 %), während die Auslandsumsätze in nahezu gleicher Höhe zunahmen (+ 0,7 %). Im Inland war das Minus bei Vorleistungsgüterumsätzen am stärksten (– 1,9 %); die Umsätze für Konsumgüter gingen nur leicht zurück (– 0,2 %) und für Investitionsgüter stagnierten sie. Dagegen hat sich die aufwärts gerichtete Entwicklung der Auftragseingänge in der Industrie im 2. Quartal beschleunigt fortgesetzt (saisonbereinigt + 4,1 % nach + 3,5 % jeweils gegenüber dem Vorquartal). Die Inlandsbestellungen legten dabei etwas weniger als im 1. Quartal zu (+ 1,8 %). Konsumgüterhersteller verzeichneten hierbei den größten Orderzuwachs (+ 2,5 %). Auch inländische Auftragseingänge von Vorleistungs- (+ 1,8 %) und Investitionsgütern (+ 1,7 %) stiegen an. Die rege Bestelltätigkeit weist auf eine wieder kräftigere Produktionsentwicklung in den nächsten Monaten hin.

Dies könnte über eine höhere Nachfrage nach Wirtschaftsbauten auch die Produktion im Bauhauptgewerbe wieder etwas beleben, die im 2. Quartal kräftig gesunken ist (– 8,8 % gegenüber Vorquartal). Die Abnahme der Bauproduktion dürfte vor allem auf einen Rückpralleffekt aufgrund der übersteigerten Aktivitäten im 1. Vierteljahr zurückzuführen sein. Damit wurde die bremsende Wirkung der Umsatzsteuersatzanhebung erst im 2. Quartal sichtbar. Für eine nur temporäre Abschwächung in der Bauwirtschaft spricht ein spürbarer Anstieg der Baugenehmigungen für den Hochbau (saisonbereinigt April/Mai + 21,2 % gegenüber Februar/März – Daten liegen nur bis Mai vor).



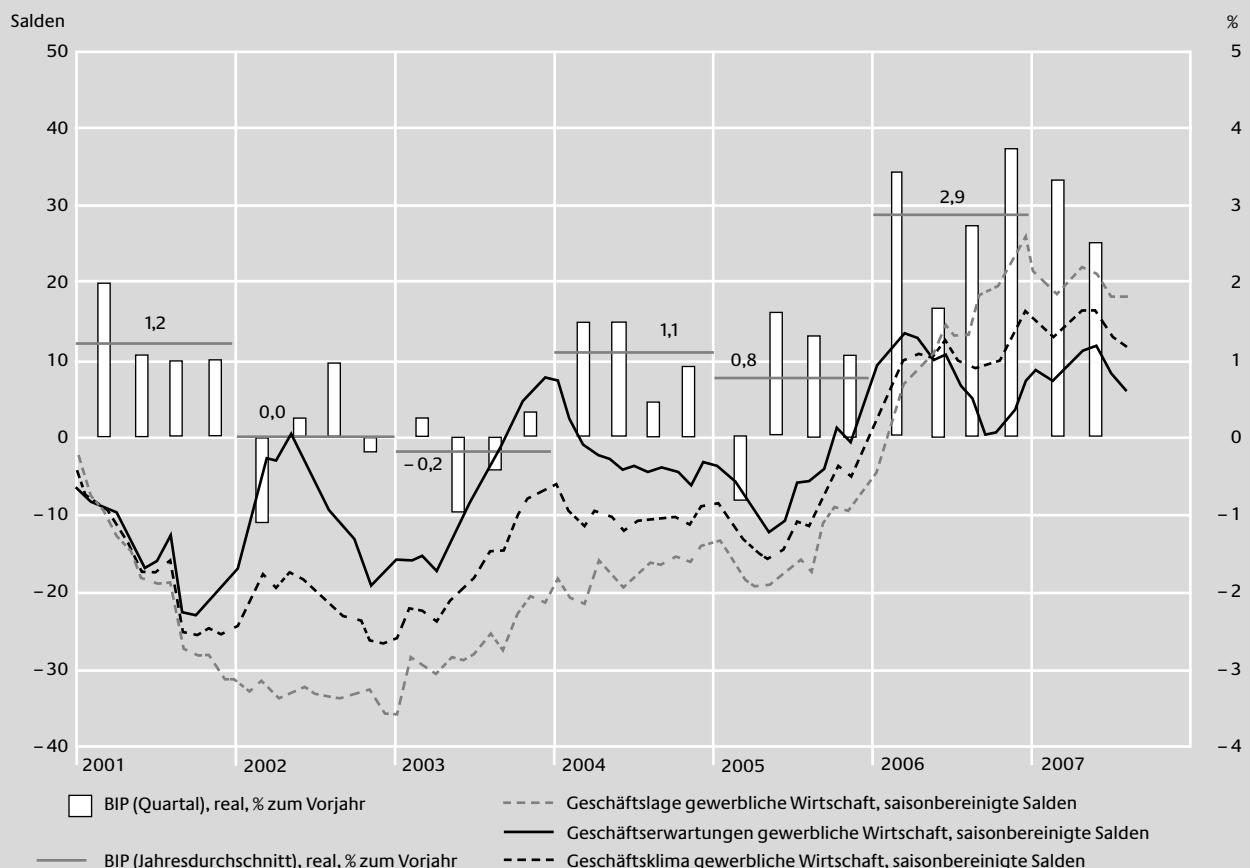
Vor dem Hintergrund der in die Zukunft weisenden Indikatoren deutet alles darauf hin, dass der Aufschwung sich im weiteren Jahresverlauf wieder verstärkt. Diese Einschätzung wird auch von der optimistischen Stimmung in den Unternehmen gestützt, wenngleich sich der ifo-Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft zum dritten Mal in Folge abgeschwächt hat. Dennoch liegt der Index weiterhin auf einem historisch hohen Niveau.

Zur Entwicklung der Privaten Konsumausgaben hat das Statistische Bundesamt noch keine Angaben in seiner Schnellmeldung gemacht. Die Konjunkturindikatoren deuten auf einen leichten Anstieg des privaten Konsums im 2. Quartal hin. Der deutliche Rückgang im 1. Quartal dürfte dennoch noch nicht kompensiert worden sein. So nahmen die Einzelhandelsumsätze im 2.Quartal nach einem merklichen Rückgang im Vorquartal wieder zu (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen + 1,5 %), wenn auch der Anstieg der Pkw-Neuzulassungen privater Halter – die zurzeit gut ein Drittel der

gesamten Neuzulassungen darstellen – im Verhältnis zu dem Anstieg der gesamten Neuzulassungen relativ verhalten ausfiel. Aber das seit April steigende GfK-Konsumklima und insbesondere die in der Tendenz aufwärtsgerichtete Anschaffungsneigung zeigen, dass die Verbraucher von einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs ausgehen und bereit sind, größere Anschaffungen zu tätigen.

Diese Aussichten werden durch den Aufschwung am Arbeitsmarkt gestützt, der sich verstärkt fortsetzt. Zusammen mit den höheren Tariflohnabschlüssen wird dies mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen einhergehen und damit den privaten Konsum im weiteren Verlauf des Jahres antreiben. Die Arbeitslosigkeit ist im Juli wieder deutlich zurückgegangen (saisonbereinigt – 45 000 Personen gegenüber dem Vormonat), die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 9,0 %. Nach Ursprungszahlen waren im Juli 3,72 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Damit gab es 671000 weniger arbeitslose

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Personen als vor einem Jahr. Neben dem positiven konjunkturellen Umfeld trägt der Rückgang des Arbeitskräfteangebots zur Abnahme der Arbeitslosenzahl bei. Erfreulich ist, dass dabei auch die Langzeitarbeitslosigkeit langsam abgebaut wird.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nahm im Juni deutlich zu (+ 41000 und + 636000 Personen gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorjahr). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im Mai gegenüber dem Vormonat weiter gestiegen (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 33000). Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (ca. + 561000). Der Beschäftigungsaufbau setzte sich in allen Regionen und in fast allen Branchen, insbesondere bei unternehmensnahen Dienstleistungen, fort. Dennoch gab es auch Verluste, vor allem im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Der Anstieg des Stellenindex BA-X (der Bundesagentur für Arbeit bekannte Stellen des ersten Arbeitsmarktes ohne geförderte und Saisonstellen) saisonbereinigt um 4 auf 218 Punkte (+ 55 Punkte gegenüber Vorjahr) spricht für eine weiterhin hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen.

Unterstützt werden dürften die guten Aussichten für den privaten Konsum auch von einem anhaltend moderaten Preisklima. So lag die Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex im Juli um 1,9 % über dem Vorjahr und um 0,4 %

über dem Vormonat. Die Preisentwicklung der Mineralölprodukte wirkte preisdämpfend im Vorjahresvergleich. So verbilligte sich leichtes Heizöl um 6,2 %. Dagegen wurden alle anderen Haushaltsenergieträger deutlich teurer: Strompreise stiegen um 6,8 % und Preise für Gas sowie die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um jeweils 2,2 %. Für Tabakwaren (+ 4,9 %) und Nahrungsmittel (+ 1,9 %), insbesondere Obst, Brot- und Getreidewaren sowie Milch, gab es ebenfalls einen Preisniveauanstieg im Vorjahresvergleich.

Auf der Ebene der Importpreise hat der Preisdruck zugenommen. So erhöhte sich der Importpreisindex im Juni um 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Dafür war vor allem die Verteuerung der Importe von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 21,4 %) sowie der Nichteisenmetalle und deren Halbzeug (+ 11,1 %) verantwortlich. Dagegen sorgten Preissenkungen bei Erdgas (– 12,2 %) und Mineralölerzeugnissen (– 3,1 %) weiterhin für günstigere Energieimporte (– 1,0 %). Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag der Importpreisindex um 1,6 % höher als vor einem Jahr. Der Erzeugerpreisindex stieg im Juli um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Hauptpreistreiber waren Vorleistungsgüter (+ 3,8 %) und Verbrauchsgüter (+ 2,2 %). Dagegen wirkte die Entwicklung der Energiepreise dämpfend. So nahmen die Erzeugerpreise ohne Berücksichtigung von Energie um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr zu.

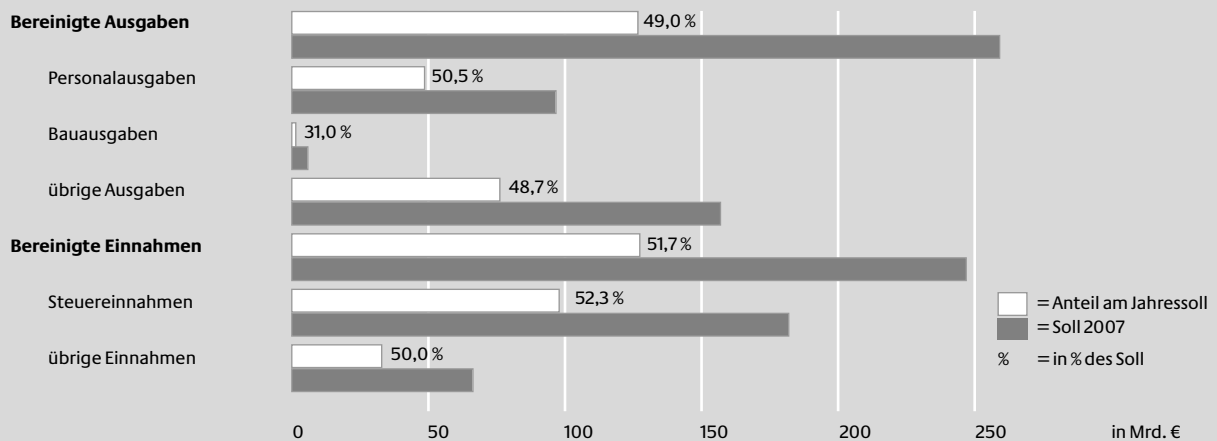
## Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juni 2007 vor.

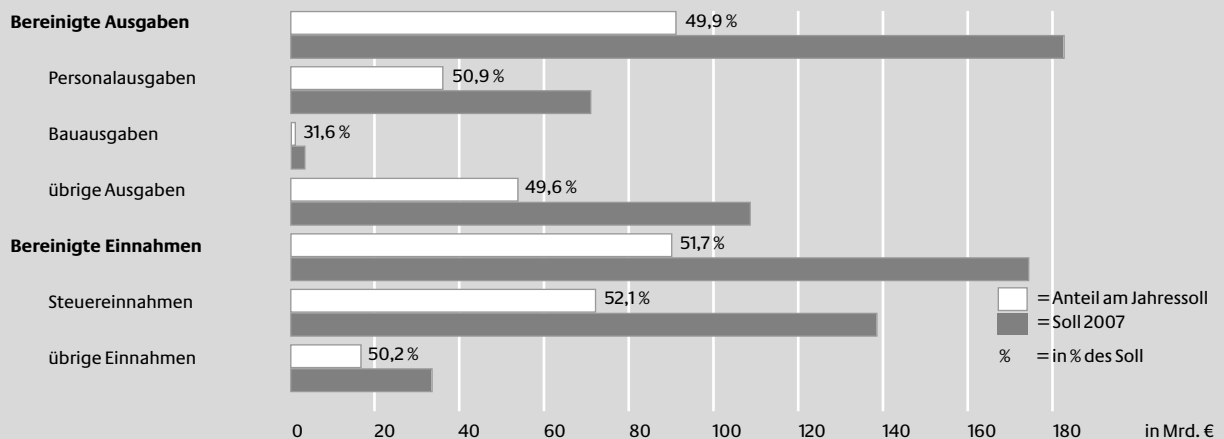
Nach Abschluss des 1. Halbjahres 2007 konnten sieben Bundesländer einen positiven Finanzierungssaldo verzeichnen. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit lag bei rd.

– 0,1 Mrd. €. Es fiel damit gut 9,7 Mrd. € niedriger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum und unterschritt die Haushaltsplanungen um rd. 13,8 Mrd. €. Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 10,2 %, und die Steuereinnahmen um + 13,3 %. Die Ausgaben hingegen stiegen im Berichtszeitraum um + 1,8 %.

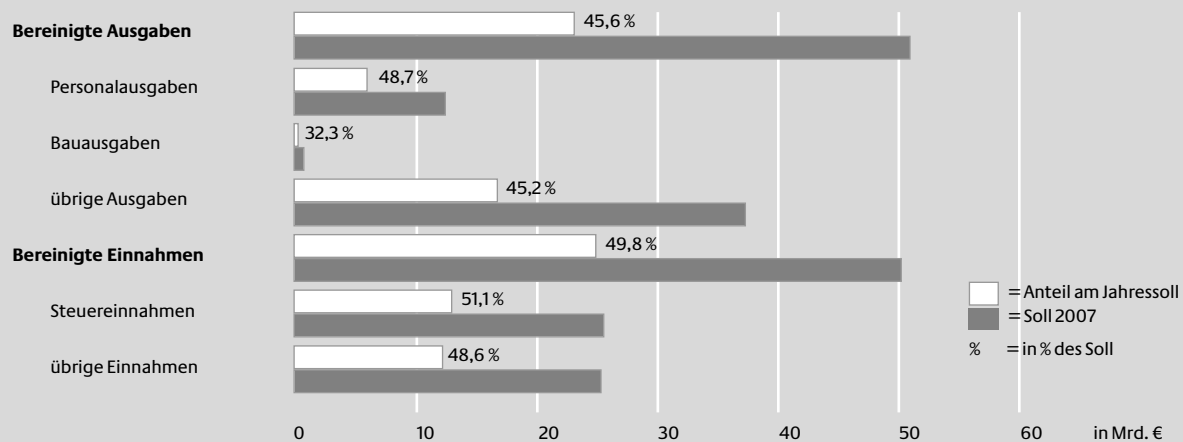
### Länder insgesamt



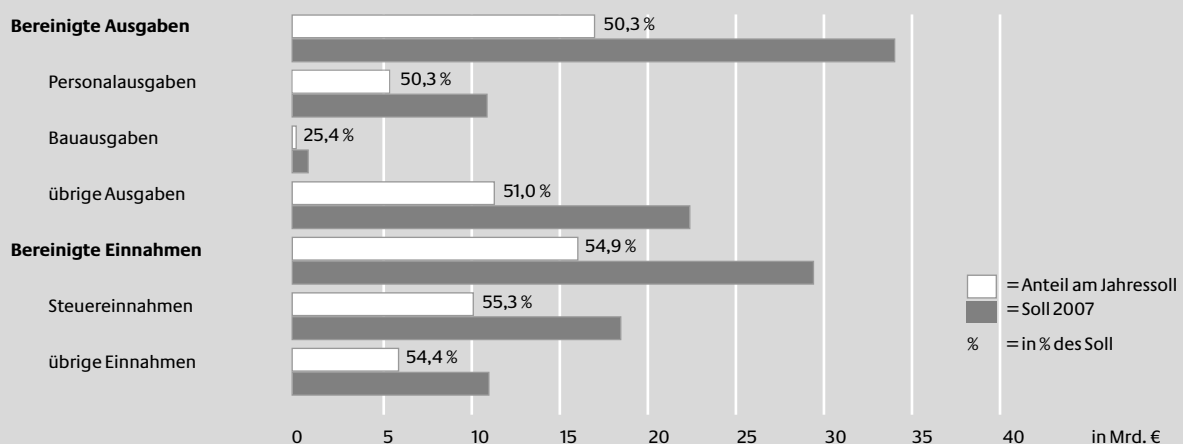
### Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 14./15. September 2007 – Informeller ECOFIN in Porto (Portugal)
- 8./9. Oktober 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 20./21. Oktober 2007 – Gemeinsame Tagung von IWF und Weltbank in Washington

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

## Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2006
- Reisezeit – Der Weg durch den Zoll

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
11016 Berlin  
[buergerreferat@bmf.bund.de](mailto:buergerreferat@bmf.bund.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

Zentraler Bestellservice:

telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)

per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>



## Analysen und Berichte

Entwicklung des Bundeshaushaltes im 1. Halbjahr 2007 .....	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2007 .....	49
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen .....	53
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte .....	61
Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger: Bisherige Entwicklung und Ausblick .....	67
Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union .....	71





# Entwicklung des Bundeshaushaltes im 1. Halbjahr 2007

## Ausgaben und Einnahmen bis Juni 2007

1	Eckwerte des Bundeshaushaltes 2007 .....	33
1.1	Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen .....	34
1.2	Wichtige Maßnahmen mit Wirkung auf den Haushalt 2007 .....	35
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen .....	42
3	Entwicklung der Einnahmen .....	47

- Die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes hat sich sehr positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen lagen im 1. Halbjahr 2007 um 16,7 Mrd. € bzw. 18,4 % über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.
- Der für 2007 veranschlagte Anstieg der Ausgaben um 3,6 % gegenüber dem Ist 2006 wird von der bisherigen Ausgabenentwicklung unterschritten. Die Ausgaben stiegen gegenüber dem 1. Halbjahr 2006 um 3,0 % (3,8 Mrd. €).
- In Anbetracht der Gesamtentwicklung des Bundeshaushaltes ist davon auszugehen, dass die im Soll 2007 vorgesehene Ermächtigung zur Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € nicht ausgeschöpft wird.

## 1 Eckwerte des Bundeshaushaltes 2007

Der Haushaltsentwurf 2007 wurde am 24. November 2006 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 28. Dezember 2006 im Bundesgesetzblatt Teil I S. 3346 verkündet.

**Ausgaben:** Im 1. Halbjahr 2007 lagen die Ausgaben des Bundes bei 134,6 Mrd. € und damit um 3,9 Mrd. € über den Ausgaben im Vergleichszeitraum des Vorjahres (130,7 Mrd. €). Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von + 3,0 % (siehe auch unter Kap. 1.1, S. 34)

Die investiven Ausgaben summierten sich bis Juni 2007 auf 9,1 Mrd. €, was einer Steigerung von 1,2 Mrd. € bzw. 15,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum (7,9 Mrd. €) entspricht.

**Einnahmen:** Im 1. Halbjahr 2007 betrugen die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) 120,0 Mrd. €. Gegenüber den Einnahmen

im Vorjahreszeitraum in Höhe von 104,9 Mrd. € entspricht dies einer Zunahme von 15,1 Mrd. € bzw. 14,4 %. Die Steuereinnahmen haben sich weiterhin sehr positiv entwickelt. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2006 (90,3 Mrd. €) stiegen diese im 1. Halbjahr 2007 um 16,7 Mrd. € bzw. 18,4 % auf 107,0 Mrd. €. Hier wirkt sich insbesondere die Erhöhung des Regelsatzes der Umsatzsteuer von 16 % auf 19 % aus. Die Bundeseinnahmen aus der Umsatzsteuer sind um 7,7 Mrd. € bzw. 20,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Aber auch die Einnahmen des Bundes aus der Lohnsteuer (+2,1 Mrd. €) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 2,2 Mrd. €) sind stark gestiegen (vgl. auch Tabelle 9, S. 47).

Demgegenüber waren die Verwaltungseinnahmen mit 13,0 Mrd. € gegenüber 14,5 Mrd. € im Vorjahreszeitraum um 1,5 Mrd. € bzw. 10,5 % rückläufig. Dies war hauptsächlich durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2006 begründet.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>270,5</b>	<b>134,6</b>	<b>130,7</b>	<b>+ 3,9</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>250,7</b>	<b>120,0</b>	<b>104,9</b>	<b>+ 15,1</b>	<b>+ 14,4</b>
– Steuereinnahmen	220,5	107,0	90,3	+ 16,7	+ 18,4
– Verwaltungseinnahmen	30,2	13,0	14,5	– 1,5	– 10,5
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>– 19,8</b>	<b>– 14,6</b>	<b>– 25,9</b>	<b>+ 11,2</b>	<b>– 43,5</b>
<b>Die Deckung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme	19,6	13,9	10,8	+ 3,1	+ 28,5
Münzeinnahmen	0,2	0,2	0,2	– 0,001	– 0,3
<b>nachrichtlich:</b>					
Investitionen (inklusive Darlehen)	24,0	9,1	7,9	+ 1,2	+ 15,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Finanzierungsdefizit:** Im 1. Halbjahr 2007 lag das Defizit bei 14,6 Mrd. €. Gegenüber dem Ergebnis für das 1. Halbjahr 2006 in Höhe von 25,9 Mrd. € ergibt sich damit ein erfreulicher Rückgang von 11,2 Mrd. € bzw. 43,5%.

Da die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres nicht gleichmäßig verläuft, können aus diesen Zahlen nur bedingt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis des Finanzierungssaldos gezogen werden. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage ist jedoch im Jahresverlauf mit einer Unterschreitung der im Soll 2007 vorgesehenen Nettokreditaufnahme zu rechnen. Das Maß der Unterschreitung wird im Wesentlichen von den tatsächlich im laufenden Jahr umgesetzten Privatisierungsmaßnahmen und den sich noch in 2007 ergebenden finanziellen Belastungen aus dem von der Bundesregierung angestrebten Ausbau der Betreuung von Kleinkindern unter drei Jahren bestimmt.

## 1.1 Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen<sup>1</sup>

In der Tabelle 2 (siehe S. 35) werden die wesentlichen Veränderungen zwischen dem Ergebnis

Januar bis einschließlich Juni 2007 und dem entsprechenden Vorjahreszeitraum dargestellt:

**Arbeitsmarktpolitik:** Der Anstieg der Ausgaben resultiert aus der Zuweisung des Aufkommens eines zusätzlichen Mehrwertsteuereinkommens an die Bundesagentur für Arbeit. Damit beteiligt sich der Bund an der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages zum 1. Januar 2007. Dem stehen deutliche Minderausgaben bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber. Die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen greifen damit zunehmend. Sie resultieren insbesondere aus gesetzlichen Einsparungen aus dem SGB- (Sozialgesetzbuch) II-Änderungsgesetz und dem SGB-II-Fortentwicklungsgesetz (siehe auch S. 38 f und Tabelle 3, S. 42).

**Verteidigung (ohne Versorgung):** Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich unterjährig nicht gleichmäßig. Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entstehen überwiegend durch unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten bei Vorhaben im Bereich der militärischen Beschaffungen bzw. Forschung und Entwicklung.

<sup>1</sup> Anmerkung: Unterjährige Einnahmen- bzw. Ausgabenänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe. Ursachen hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum**

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Arbeitsmarktpolitik	42,9	21,7	19,8	+ 1,8	+ 9,3
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,1	11,2	10,6	+ 0,6	+ 5,5
Leistungen an die Rentenversicherung	78,3	44,5	43,9	+ 0,6	+ 1,4
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	1,3	0,8	+ 0,5	+ 63,7
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	2,1	- 0,9	- 40,5
Nachrichtlich: Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

### Leistungen an die Rentenversicherung:

Die Ausgaben des Bundes für die Gesetzliche Rentenversicherung sind entsprechend den Regelungen des § 213 SGB VI gestiegen. Die Ausgaben werden maßgeblich durch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte beeinflusst. Danach entwickeln sich die allgemeinen Zuschüsse des Bundes entsprechend der Brutto Lohnentwicklung je Arbeitnehmer und der Veränderung des Beitragssatzes. Beim zusätzlichen Bundeszuschuss verändert sich der Anteil der Steuern vom Umsatz (2007: 8,7 Mrd. €) entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz (dabei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt) und der Ökosteuer-Anteil (2007: 9,2 Mrd. €) entsprechend der Brutto Lohnentwicklung je Arbeitnehmer. Die Beiträge für Kindererziehungszeiten werden wie der allgemeine Bundeszuschuss, aber zusätzlich entsprechend der zahlenmäßigen Entwicklung der unter Dreijährigen angepasst.

**Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen:** Der geringere Abfluss erklärt sich durch den im Bundeshaushalt veranschlagten niedrigeren Bundeszuschuss in 2007 (2,5 Mrd. €) gegenüber 2006 (4,2 Mrd. €) und verlief insoweit planmäßig.

**Bundesbankgewinn:** Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 13. März 2007 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,205 Mrd. € ist von der Deutschen Bundesbank gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € in den Bundeshaushalt eingestellt. Der überschießende Betrag von 0,705 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.

## 1.2 Wichtige Maßnahmen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

### Steuerpolitik

#### 25-Mrd.-€-Programm der Bundesregierung:

Zur Stärkung besonders zukunftssträchtiger Bereiche legte die Bundesregierung 2006 ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis zum Jahre 2009 auf. Es setzt Wachstumsimpulse unter anderem durch die Belebung der Investitionstätigkeit, durch steuerliche

Liquiditätsvorteile für kleine und mittelständische Unternehmen, die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch die verstärkte Erschließung der privaten Haushalte als Arbeitgeber. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1091) – wichtiger Bestandteil dieses Programms – ist zum 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Es beinhaltet folgende Maßnahmen:

- **Degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens:** Die vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 % soll – als Vorgriff auf eine umfassende Unternehmensteuerreform ab 1. Januar 2008 – Liquidität und Rendite der Unternehmen erhöhen und Anreize zu zusätzlichen Investitionen geben.
- **Ist-Versteuerung:** Verdoppelung der Umsatzgrenzen für die Ist-Versteuerung nach vereinbarten Entgelten bei der Umsatzbesteuerung in den alten Bundesländern von 125 000 € auf 250 000 € zum 1. Juli 2006. In den neuen Bundesländern Verlängerung der geltenden Regelung (Umsatzgrenze 500 000 €) bis Ende 2009. Die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen soll dadurch verbessert werden.
- **Kinderbetreuungskosten (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Höhe von  $\frac{2}{3}$  der Aufwendungen, höchstens 4 000 € je Kind, wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigt werden (§§ 4f, 9, 9a EStG). Dies gilt für erwerbstätige Alleinerziehende bzw. wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Eine entsprechende Regelung gilt auch, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig und der andere Elternteil behindert, dauerhaft krank oder in

Ausbildung ist (Abzug als Sonderausgaben, §10 Abs.1 Nr. 8 EStG). In reinen Alleinverdiener-Ehen gilt die letztgenannte Regelung allerdings nur für Kinder von drei bis sechs Jahren; bei Alleinverdiener-Ehen kann weiterhin die bestehende Steuerermäßigung für haushaltsnahe Kinderbetreuung genutzt werden (§ 35 a EStG).

- **Privathaushalt als Arbeitgeber (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Durch eine wesentliche Verbesserung der steuerlichen Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen – Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen sowie Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen – sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Privathaushalten erschlossen werden: **Handwerkerleistungen:** In Rechnung gestellte Aufwendungen zur Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums werden erstmals ab dem Veranlagungsjahr 2006 steuerlich berücksichtigt, unabhängig davon, ob die Maßnahmen vom Eigentümer oder Mieter durchgeführt werden (§ 35 a Abs. 2 Satz 2 EStG). Die Ermäßigung (Abzug von der Steuerschuld) beträgt 20 % der Aufwendungen bis 3 000 €, höchstens also 600 € im Jahr. Sie tritt neben die bereits bestehende Regelung zur entsprechenden Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen (z.B. Wohnungsreinigung; § 35 a Abs. 2 Satz 1 EStG), eine kumulative Inanspruchnahme für dieselbe Dienstleistung ist jedoch ausgeschlossen.

**Pflegekosten:** Für die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen verdoppelt sich die bestehende Steuerermäßigung. Entsprechende Kosten können künftig mit 20 % der Aufwendungen bis 6 000 €, also maximal 1 200 €, berücksichtigt werden, wenn die Pflege im Haushalt des Steuerpflichtigen oder im Haushalt der pflegebedürftigen Person erfolgt. Die steuerliche Förderung haushaltsnaher Beschäftigungsverhältnisse bleibt hiervon unberührt.

Um die öffentlichen Haushalte weiter zu sanieren, wurden im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 29 Juni 2006 (BGBl. I S. 1402) u. a. folgende steuerliche Maßnahmen beschlossen:

- **Umsatzsteuer:** Der Regelsatz der Umsatzsteuer wurde zum 1. Januar 2007 von 16 % auf



19 % erhöht. Der ermäßigte Satz in Höhe von 7 % z. B. für Lebensmittel bleibt bestehen.

- **Versicherungsteuer:** Der Versicherungsteuersatz wurde zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 % erhöht. Dies gilt u. a. für die private Haftpflichtversicherung sowie die Kfz-Versicherung. Abweichend davon steigt der Steuersatz bei Feuerversicherungen auf 14 %, was Auswirkungen auf Wohngebäude- und Hausratversicherungen hat. Von der Steuererhöhung ausgenommen sind Lebens-, Renten- und Krankenversicherungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 vom 9. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) wurden insbesondere Steuervergünstigungen abgebaut und Bezieher hoher Einkommen stärker der Besteuerung unterworfen. So sind z. B. nachfolgende Maßnahmen beschlossen worden:

- **Einkommensteuertarif:** Der Spitzensteuersatz wurde um drei Prozentpunkte auf 45 % für Einkünfte oberhalb von 250 000 € für Ledige und 500 000 € für Verheiratete erhöht, um Spitzenverdiener angemessen an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen. Unternehmerische Gewinneinkunftsarten sind jedoch bis zum Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform 2008 befristet ausgenommen; d. h. Freiberufler und Selbstständige werden von der Tarifierhöhung im laufenden Jahr nicht erfasst.
- **Sparerfreibetrag:** Der Sparerfreibetrag wurde von 1 370 € auf 750 € für Ledige und von 2 740 € auf 1 500 € für Verheiratete gesenkt. Der Werbungskostenpauschbetrag in Höhe von 51 € pro Person bleibt unverändert.
- **Kindergeld:** Die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Freibeträgen wurde für volljährige Kinder, die bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen noch berücksichtigt werden können, ab dem Geburtsjahr 1983 auf 25 Lebensjahre gesenkt. Für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982 und für Kinder, welche die Voraussetzungen für einen sog. Verlängerungstatbestand erfüllen, gelten Übergangsregelungen.
- **Entfernungspauschale:** Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind ab 2007 nicht mehr als Werbungskosten oder Betriebsausgaben abziehbar. Um

Härten für Fernpendler zu vermeiden, können aber Aufwendungen ab dem 21. Entfernungskilometer in Höhe von 30 Cent pro Kilometer wie Werbungskosten abgezogen werden. Die neue Regelung gilt auch für Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Bus- und Bahnfahrer können damit ab 2007 nicht mehr die maximale Entfernungspauschale für Aufwendungen von über 4 500 € geltend machen.

- **Arbeitszimmer:** Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können nur noch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten beim Fiskus geltend gemacht werden, wenn es im Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit steht.

**Investitionszulagengesetz 2007:** Mit dem Investitionszulagengesetz 2007 wurde die Investitionszulage für die neuen Bundesländer über das Jahr 2006 hinaus verlängert. Sie wurde als regionale Beihilfe auf das Verarbeitende Gewerbe und die produktionsnahen Dienstleistungen konzentriert und bezog erstmalig auch das Beherbergungsgewerbe ein. Die Förderbedingungen wurden an geänderte EU-rechtliche Regelungen angepasst.

**Biokraftstoffquotengesetz:** Seit dem 1. Januar 2007 ist die Mineralölwirtschaft verpflichtet, einen Mindestanteil von Biokraftstoffen im Kraftverkehr einzusetzen. Gleichzeitig wurde für diese Mengen die Steuerbegünstigung abgeschafft, so dass gegenüber 2006 die Einnahmeausfälle bei der Energiesteuer entsprechend deutlich verringert werden konnten. Die Steuerbegünstigung für über die geforderte Quote hinaus in den Verkehr gebrachte, reine Biokraftstoffe bleibt zunächst bestehen, wird aber bis 2012 jährlich abgebaut.

Daneben finden sich in den folgenden Gesetzen eine Anzahl weiterer steuerlicher Regelungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2007:

- Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3680),
- Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3682),
- Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3683),

- Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28. April 2006 (BGBl. I S. 1095),
- Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534),
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1594),
- Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970),
- Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782),
- Jahressteuergesetz 2007 vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878),
- Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen vom 28. Mai 2007 (BGBl. I S. 914),
- Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Beschluss des Bundestages vom 6. Juli 2007, letzte Befassung des Bundesrates voraussichtlich im September 2007).

### **Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch**

**Grundsätzliches zu den Arbeitsmarktreformen:** Mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den sogenannten Hartz-Gesetzen – wurden in den Jahren 2002 bis 2004 grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Am 1. Januar 2005 wurden die bisher in getrennter Zuständigkeit von Bund und Kommunen geführten Wohlfahrtssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt einheitlich durch eine Stelle, entweder durch eine aus Arbeitsagentur und Kommune errichtete Arbeits-

gemeinschaft oder einen der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres 2006 traten gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Fortentwicklung der Grundsicherung beitragen und zu einer Dämpfung der Ausgabenentwicklung führen sollen. Eine Neuregelung zur Existenzgründungsförderung der Bundesagentur für Arbeit (in Nachfolge der sog. „Ich-AG“) trat zum 1. August 2006 in Kraft.

### **Seit dem 1. Januar 2007 geltende Änderungen und Neuregelungen**

**Arbeitslosenversicherung:** Der Bundestag hat am 30. November 2006 beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 auf 4,2 % zu senken. Dadurch werden die Lohnnebenkosten reduziert, beitragspflichtige Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden entlastet. Schon im Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006 war vorgesehen, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,5 % abgesenkt wird. Aufgrund eines unerwartet hohen Überschusses der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2006 war eine Senkung des Beitragssatzes um weitere 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 % möglich. Mit dem Aufkommen aus einem Mehrwertsteuerpunkt trägt der Bund zur Finanzierung dieser Beitragssatzsenkung bei. In der Senkung von Lohnzusatzkosten sieht die Bundesregierung einen bedeutsamen Impuls für steigende Beschäftigung.

**Neuregelung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung:** Zum 1. Januar 2007 wurde die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen der Unterkunft und Heizung im SGB II von bislang 29,1 % für 14 Länder auf 31,2 %, für das Land Baden-Württemberg auf 35,2 % sowie für das Land Rheinland-Pfalz auf 41,2 % angehoben. Ab 2008 werden die Beteiligungssätze jährlich nach Maßgabe der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf Bundesebene angepasst.

**Zielgenauere Ausgestaltung der Sanktionen im SGB II:** Allgemeine Sanktionen (laut SGB-II-Fortentwicklungsgesetz, das am 1. August 2006 in Kraft trat) wurden verschärft. Künftig

entfällt die Leistung in der dritten Sanktionsstufe. Pflichtverstöße wirken bis zu ein Jahr nach; dies hat zur Folge, dass bei wiederholten Pflichtverstößen die Sanktionen der zweiten bzw. der dritten Stufe wirksam werden. Bei der ersten Pflichtverletzung erfolgt eine Absenkung der Leistung um 30 % für drei Monate, bei der zweiten Pflichtverletzung um 60 %. Nach jeder weiteren Pflichtverletzung fällt das Arbeitslosengeld vollständig weg. Der Träger kann den vollständigen Wegfall der Leistung auf eine Absenkung um nur 60 % abmildern, wenn der erwerbsfähige Hilfebedürftige sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Auch bei Jugendlichen erfolgt eine Verschärfung der Sanktionen: Künftig sind im Fall einer wiederholten Pflichtverletzung auch die Kosten der Unterkunft von der Sanktion betroffen. Um Obdachlosigkeit bei Jugendlichen zu vermeiden, können die Kosten für Unterkunft und Heizung jedoch sofort wieder übernommen werden, wenn der Jugendliche sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.



**Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten:** Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind nun nach § 63 Abs. 2 SGB II auch die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger zuständig. Bisher waren allein die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung als für die Ordnungswidrigkeiten zuständige Verwaltungsbehörden genannt. Die Änderung berücksichtigt, dass in den Fällen des § 44b SGB II die Arbeitsgemeinschaf-

ten und in den Fällen des § 6b SGB II die zugelassenen kommunalen Träger die Rolle der Bundesagentur für Arbeit als Leistungsträger und insoweit auch deren Rechte und Pflichten wahrnehmen.

**Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslosengeld-II-Bezieher:** Der Beitrag für die Gesetzliche Rentenversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II wurde von 78 € pro Monat auf 40 € pro Monat gesenkt. Diese Regelung setzt eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um.

Mit dem Gesetz zur **Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen** wurden die Eckpunkte der Initiative 50plus umgesetzt. Es handelt sich hierbei um ein Maßnahmenpaket, das die Chancen älterer Arbeitsuchender auf eine verstärkte Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess verbessern wird. Ziel ist es, sowohl die Integration älterer Kurzzeit- als auch Langzeitarbeitsuchender zu verbessern. Elemente sind u. a. die (teilweise) Entgeltsicherung für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, spezielle Eingliederungszuschüsse für Arbeitgeber, zusätzlich wird die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung verbessert. Flankierend wird der befristete Abschluss von Arbeitsverträgen als Dauerregelung erleichtert, um Unternehmen zu ermutigen, mehr Ältere einzustellen.

**Berücksichtigung von Pflegegeldleistungen nach dem SGB VIII als Einkommen:** Das Pflegegeld nach dem SGB VIII, das für die Betreuung und Erziehung (fremder) Kinder gezahlt wird, gilt als Einkommen im Sinne des § 11 SGB II, soweit es eine Anerkennung für den erzieherischen Einsatz darstellt. Der Betrag für den erzieherischen Einsatz wurde nach den aktualisierten Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge mit 202,00 € pro Kind und Monat bewertet. In § 11 SGB II wurde eine Vorschrift aufgenommen, wonach derjenige Teil des Pflegegeldes, der für den erzieherischen Einsatz gezahlt wird, wie folgt anzurechnen ist: Das Pflegegeld für das erste und zweite Pflegekind wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Für das dritte Kind wird das Pflegegeld zu 75 % als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Ab dem vierten Pflegekind wird das Pflegegeld in voller Höhe als Einkommen angerechnet.

**Gewährung eines Zuschusses zum BAföG und zur Berufsausbildungsbeihilfe für Härtefälle hilfebedürftiger Jugendlicher bei ungedeckten Unterkunftskosten:** Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und der Berufsausbildungsbeihilfe einschließlich Ausbildungsgeld nach dem SGB III werden regelmäßig pauschaliert gewährt. Um einen Abbruch der Ausbildung zu vermeiden, wenn die in der Ausbildungsförderung berücksichtigten Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht bedarfsdeckend sind, wird eine Regelung für solche Auszubildenden getroffen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bzw. Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen und die bislang von den Leistungen zum Lebensunterhalt ausgeschlossen waren. Im Einzelnen sind dies Auszubildende, die

- BAB beziehen und im eigenen Haushalt wohnen, bei denen die BAB aber die Kosten für Unterkunft und Heizung nicht ausreichend berücksichtigt,
- BAföG als Schüler beziehen und nicht nach § 7 Abs. 6 SGB II anspruchsberechtigt sind,
- BAföG als Studierende im Haushalt der Eltern beziehen und Kosten für die Unterkunft und Heizung beisteuern müssen, weil die Eltern den auf das studierende Kind entfallenden Wohnkostenanteil nicht tragen können, insbesondere wenn sie selbst hilfebedürftig sind und daher einen Teil der Wohnkosten nicht erstattet bekommen,
- Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen, da diese gleichermaßen vom Anspruchsausschluss betroffen sind.

Die Leistungen sind als Zuschuss ausgestaltet, da nur in dieser Form eine unbelastete Fortführung der Ausbildung ermöglicht wird. Der Zuschuss setzt voraus, dass dem Auszubildenden selbst überhaupt Kosten für Unterkunft und Heizung entstehen und dass diese nach Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen ungedeckt sind.

**Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung:** Zum 1. Januar 2007 wird der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversiche-

rung auf 19,9 % und in der knappschaftlichen Rentenversicherung auf 26,4 % angehoben.

**Beiträge in der Alterssicherung der Landwirte:** Der Einheitsbeitrag in der Alterssicherung der Landwirte erhöht sich im Jahr 2007 von monatlich 199 € auf 204 € in den alten Ländern und von monatlich 168 € auf 176 € in den neuen Ländern.

**Künstlersozialversicherung:** Der Abgabesatz der Künstlersozialversicherung wird von 5,5 % auf 5,1 % abgesenkt.

## Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

**Elterngeld/Neuregelung der Familienförderung:** Das Elterngeld ersetzt ab Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld. Es handelt sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung, deren Höhe sich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Anspruch auf Elterngeld haben grundsätzlich alle Eltern, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wurde. Eltern von Kindern, die bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben weiterhin ggf. Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig oder arbeitslos sind.

**Leistungen an die Krankenversicherung:** Für das Jahr 2007 wird vom Bund zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben ein Betrag in Höhe von 2,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Diese Summe berücksichtigt die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 und im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2007 getroffenen Entscheidungen zum Umfang der Bundesbeteiligung. Das am 1. April 2007 in Kraft getretene GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (Gesundheitsreform 2007) bestätigt diesen Betrag. Es legt fest, dass der Betrag in Teilbeträgen halbjährlich zum 1. Mai und zum 1. November zu leisten ist.

**Föderalismusreform:** Die Reform des Föderalismus ist eines der zentralen Themen dieser Legislaturperiode. Im Rahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform sind bereits das Gesetz



zur Änderung des Grundgesetzes am 1. September 2006 sowie kurz darauf das Föderalismusreform-Begleitgesetz in Kraft getreten mit dem Ziel, demokratie- und effizienz hinderliche Zuständigkeitsverflechtungen abzubauen und dadurch wieder klarere Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern zu schaffen. Noch in dieser Legislaturperiode soll die zweite Stufe der Föderalismusreform folgen, welche die Modernisierung der Bund/Länder-Finanzbeziehungen zum Gegenstand hat.



Zentrale Reformmaßnahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform:

- Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in überregional bedeutsamen Bereichen und
- der Länder in regionalbezogenen Regelungsfeldern;
- Abbau gegenseitiger Blockaden durch Reduzierung der Zustimmungsbefürftigkeit von Bundesgesetzen;
- Abbau von Mischfinanzierungen: Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung (Ersetzung durch gemeinsame Evaluation und Bildungsberichterstattung) und der Finanzhilfen zur Wohnraumförderung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden; Modifizierung der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung;
- Einschränkung der Finanzhilfekompetenz des Bundes zugunsten der Länder: Zur Vermeidung schematischer Verfestigungen künftig nur noch zeitlich befristete Gewährung von Finanzhilfen bei degressiver Ausgestaltung; regelmäßige Überprüfung der zweckentsprechenden Inanspruchnahme und Verwendung der Bundesmittel; Verbot von Finanzhilfen in Bereichen, in denen der Bund keine Gesetzgebungskompetenz besitzt;
- finanzielle Kompensation: Den Ländern stehen von 2007 bis 2019 für die beendeten Ge-

meinschaftsaufgaben und Finanzhilfen jährlich Beträge aus dem Bundeshaushalt zu. Bis 2013 werden diese Beträge aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des Bundes im Referenzzeitraum 2000 bis 2008 ermittelt. Bund und Länder überprüfen bis Ende 2013, in welcher Höhe die den Ländern bis dahin zugewiesenen Finanzierungsmittel zur Aufgabenerfüllung der Länder noch angemessen und erforderlich sind;

- grundgesetzliche Verankerung des nationalen Stabilitätspaktes durch Einführung einer Bund/Länder-Verteilung etwaiger Sanktionslasten wegen Verstoßes gegen den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt im Verhältnis 65 % zu 35 %;
- grundgesetzliche Verankerung der Lastentragung von Bund und Ländern bei der Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nach innerstaatlicher Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung;
- Stärkung der Steuerautonomie der Länder durch Einführung einer Gesetzgebungskompetenz zur Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer;
- punktuelle Stärkung der Rechtsposition des Bundes bei der steuerlichen Auftragsverwaltung durch einfachgesetzliche Maßnahmen im Interesse einer Verbesserung der Effizienz des Steuervollzugs (Föderalismusreform-Begleitgesetz).

**Haushaltsbegleitgesetz 2006:** Angesichts der außerordentlich ernsten Lage der öffentlichen Haushalte und des sich aus dieser Situation für den Bundeshaushalt ergebenden erheblichen strukturellen Handlungsbedarfs hatte die Bundesregierung flankierend zur Aufstellung des Bundeshaushaltes 2006 mit einem Haushaltsbegleitgesetz reagiert.

Das Haushaltsbegleitgesetz vom 29. Juni 2006 war und ist Teil eines umfassenden Sanierungskonzepts, das auf allen staatlichen Ebenen zu Mehreinnahmen auf der Einnahmeseite und Einsparungen auf der Ausgabeseite führt. Damit können ab 2007 die Regelgrenze des Art. 115 GG und das Maastricht-Defizitkriterium wieder eingehalten werden. Das Gesetz beinhaltet u. a. Regelungen zur Steuer-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenpolitik.

## 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte

wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2007 mit 138,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 51,0 % an den Gesamtausgaben.

**Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>78,3</b>	<b>44,5</b>	<b>43,9</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 1,4</b>
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,2	22,3	21,9	+ 0,4	+ 1,7
– zusätzlicher Zuschuss	17,9	10,4	10,2	+ 0,2	+ 2,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	5,8	5,7	+ 0,08	+ 1,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,5	0,3	0,3	– 0,02	– 7,5
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche RV	6,5	3,6	3,7	– 0,1	– 3,2
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	1,5	1,5	+ 0,04	+ 2,5
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondereversorgungssysteme in die RV	1,5	0,9	0,9	+ 0,01	+ 0,7
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,1</b>	<b>– 0,9</b>	<b>– 40,5</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,4</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	1,2	1,2	– 0,02	– 1,7
– Krankenversicherung	1,2	0,6	0,6	+ 0,01	+ 2,4
– Unfallversicherung	0,1	0,1	0,1	+ 0,01	+ 11,1
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>42,9</b>	<b>21,7</b>	<b>19,8</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 9,3</b>
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	6,5	3,2	–	+ 3,2	x
– Arbeitslosenhilfe	–	– 0,03	– 0,03	+ 0,002	– 7,9
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,6	0,5	0,6	– 0,1	– 20,1
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	35,9	18,0	19,3	– 1,3	– 6,6
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	21,4	11,8	13,7	– 1,9	– 14,1
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	4,3	2,2	1,9	+ 0,2	+ 11,9
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,5	1,8	1,6	+ 0,1	+ 8,1
<b>Elterngeld</b>	<b>1,6</b>	<b>0,3</b>	<b>–</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>x</b>
<b>Erziehungsgeld/Mutterschutz</b>	<b>1,9</b>	<b>1,2</b>	<b>1,4</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 12,6</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 20,8</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>1,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 13,7</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>– 0,03</b>	<b>– 10,8</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>2,6</b>	<b>1,4</b>	<b>1,5</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 8,5</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Allgemeine Dienste

Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste werden im Bundeshaushalt 2007 auf 49,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,1 % an den Gesamtausgaben.

**Tabelle 4: Allgemeine Dienste**

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>1</sup>			in %
<b>Versorgung</b>	<b>8,5</b>	<b>4,7</b>	<b>4,7</b>		
– Ziviler Bereich	4,4	2,4	2,5	– 0,05	– 2,0
– Bundeswehr, -verwaltung	4,1	2,3	2,3	+ 0,01	+ 0,5
<b>Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)</b>	<b>24,1</b>	<b>11,2</b>	<b>10,6</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 5,5</b>
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	8,6	3,5	3,1	+ 0,3	+ 10,0
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>4,3</b>	<b>2,5</b>	<b>2,2</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 15,6</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,8	1,0	0,9	+ 0,1	+ 15,
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,5	0,4	0,4	+ 0,1	+ 14,4
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,7	0,4	0,3	+ 0,03	+ 7,5
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01 ohne Versorgung)</b>	<b>4,2</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 0,9</b>
– Zivildienst	0,6	0,3	0,2	+ 0,003	+ 1,2
<b>Finanzverwaltung (Oberfunktion 06 ohne Versorgung)</b>	<b>2,6</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 5,2</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04 ohne Versorgung)</b>	<b>2,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 3,2</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen,

Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2007 auf 13,2 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben.

**Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Investitionsprogramm Ganztagsschulen</b>	<b>1,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 27,5</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>7,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,8</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 7,8</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,8	1,0	1,1	– 0,1	– 8,8
darunter:					
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,5	0,2	0,1	+ 0,04	+ 26,2
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung E.V. (FhG) in München	0,4	0,1	0,2	– 0,1	– 53,4
– Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (HGF-Zentren)	1,3	0,5	0,6	– 0,1	– 13,1
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raum- fahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	0,9	0,4	0,3	+ 0,1	+ 17,8
<b>Leistungen nach dem Bundesausbil- dungsförderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,1</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>+ 0,004</b>	<b>+ 0,6</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>2,2</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 1,5</b>
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	–	–	0,4	– 0,4	x
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,3	–	+ 0,3	x
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,8	0,3	0,3	+ 0,001	+ 0,4
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,01	–	0,01	x
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,1	0,04	0,001	+ 0,04	x
– Hochschulpakt 2020	0,2	–	–	–	–
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 10,4</b>
Nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,6	0,9	0,7	+ 0,3	+ 39,7

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 6 (siehe S. 45) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwe-

ge. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2007 auf 11,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,3 Mrd. € werden 30,3 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)</b>	<b>5,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	– 0,1	– 3,9
– Bundesautobahnen	3,2	1,2	1,3	– 0,1	– 8,4
– Bundesstraßen	2,3	0,7	0,7	+ 0,01	+ 1,0
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	+ 0,1	+ 13,6
<b>Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden<sup>2</sup></b>	<b>1,3</b>	<b>0,7</b>	–	+ 0,7	x
<b>Finanzhilfen an die Länder und Investitionszuschüsse</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	+ 0,01	+ 9,5
nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:					
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	1,3	0,8	+ 0,5	+ 63,7
– Bundeseisenbahnvermögen	5,4	2,3	2,4	– 0,02	– 0,8

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Bis 2006 Finanzhilfen des Bundes an die Länder, die ab 2007 durch Kompensationszahlungen an die Länder ersetzt wurden.

## Wirtschaftsförderung

Tabelle 7 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie

Energie- und Wasserwirtschaft. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2007 auf 6,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,3 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>0,7<sup>2</sup></b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	+ 0,05	+ 19,4
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,6	0,3	0,2	+ 0,1	+ 35,6
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>	+ 0,1	+ 5,1
<b>Mittelstandsförderung</b>	<b>1,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	+ 0,05	+ 23,6
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	– 0,004	– 3,4
<b>Gewährleistungen</b>	<b>1,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	– 0,1	– 15,5
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	+ 0,01	+ 6,6
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,6	0,1	0,1	– 0,01	– 13,4

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel.

## Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den

Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

**Tabelle 8: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Zinsen</b>	<b>39,3</b>	<b>19,2</b>	<b>18,8</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 1,8</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,4</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,05</b>	<b>+ 9,2</b>
darunter die Schwerpunkte:					
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,3	–	0,3	x
– Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,7	0,2	0,2	– 0,05	– 21,0
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 20,1</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 2,4</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 9,0</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

### 3 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Einnahmen des Bundes. Die im Soll 2007 mit 220,5 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen haben den

weitaus größten Anteil (88,0%); die Verwaltungseinnahmen des Bundes sind 2007 auf 30,2 Mrd. € und die Münzeinnahmen auf 0,2 Mrd. € veranschlagt. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen wurde eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € eingeplant.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2007	Januar bis Juni 2007	Januar bis Juni 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Einnahmen</b>	<b>250,7</b>	<b>120,0</b>	<b>104,9</b>	<b>+ 15,1</b>	<b>+ 14,4</b>
darunter:					
<b>Steuern</b>	<b>220,5</b>	<b>107,0</b>	<b>90,3</b>	<b>+ 16,7</b>	<b>+ 18,4</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>175,6</b>	<b>88,2</b>	<b>74,1</b>	<b>+ 14,1</b>	<b>+ 19,0</b>
– Lohnsteuer	53,9	25,2	23,2	+ 2,1	+ 9,0
– Veranlagte Einkommensteuer	8,3	3,8	1,6	+ 2,2	+ 140,4
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,6	4,7	4,0	+ 0,7	+ 17,8
– Zinsabschlag	3,6	2,8	2,0	+ 0,8	+ 39,3
– Körperschaftsteuer	10,4	5,8	5,2	+ 0,7	+ 12,6
– Steuern vom Umsatz	92,3	45,4	37,7	+ 7,7	+ 20,3
– Gewerbesteuerumlage	1,5	0,4	0,5	– 0,01	– 3,3
<b>Bundessteuern</b>	<b>86,6</b>	<b>38,1</b>	<b>36,3</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>+ 4,8</b>
– Energiesteuer	40,5	13,8	14,2	– 0,4	– 3,1
– Tabaksteuer	14,1	6,4	6,4	– 0,01	– 0,2
– Solidaritätszuschlag	11,5	6,2	5,5	+ 0,7	+ 12,5
– Versicherungsteuer	10,6	6,4	5,5	+ 1,0	+ 17,6
– Stromsteuer	6,5	3,6	3,2	+ 0,4	+ 13,4
– Branntweinsteuer	2,0	0,9	0,9	+ 0,003	+ 0,3
– Kaffeesteuer	1,0	0,6	0,5	+ 0,1	+ 21,5
– Schaumweinsteuer	0,4	0,2	0,2	– 0,001	– 0,7
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,001	0,001	– 0,0001	– 5,5
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>– 41,7</b>	<b>– 19,2</b>	<b>– 20,1</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>– 4,1</b>
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,6	– 7,4	– 7,3	– 0,1	+ 1,0
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	– 6,7	– 3,4	– 3,6	+ 0,2	– 6,3
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,9	– 1,9	– 1,7	– 0,2	+ 10,4
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,5	– 6,6	– 7,4	+ 0,8	– 11,4
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>30,2</b>	<b>13,0</b>	<b>14,5</b>	<b>– 1,5</b>	<b>– 10,5</b>
Darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,2	2,2	3,7	– 1,4	– 39,3
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	4,0	1,1	1,9	– 0,8	– 41,0

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.





# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2007

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2007 .....	49
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2007 .....	51
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....	52

- Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen im 1. Halbjahr 2007 um + 13,9 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2006.
- Die Dynamik bei den gewinnabhängigen Veranlagungssteuern setzt sich weiter fort.
- Das Tabaksteueraufkommen schwächt sich ab.

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2007

235 813 Mio. €, das sind + 28 756 Mio. € bzw. + 13,9 % mehr als im 1. Halbjahr 2006.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2007 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die bei Bund und Ländern<sup>1</sup> eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2007

**Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2007**

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Halbjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	183 942	157 469	26 472	16,8
Reine Bundessteuern	38 071	36 335	1 736	4,8
Reine Ländersteuern	11 846	11 388	458	4,0
Zölle	1 954	1 864	90	4,8
<b>Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>235 813</b>	<b>207 057</b>	<b>28 756</b>	<b>13,9</b>

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. Halbjahr 2007 im Vorjahresvergleich deutlich um +16,8 % zu. Bereits im 1. Quartal hatten sie um +18,0 % über dem entsprechenden Vorjahreswert gelegen. Der Zuwachs im 2. Quartal fiel vor allem wegen des Wegfalls witterungsbedingter Sonderfaktoren bei Produktion und Beschäftigung mit +15,8 % etwas verhaltener aus.

Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** stiegen im 1. Halbjahr 2007 mit +8,4 %. Ausschlaggebend waren die Impulse einer allgemeinen konjunkturellen Belebung, die sich auch auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auswirkten. Außerdem spielten auch hier noch witterungsbedingte Sonderfaktoren eine Rolle, die aber im weiteren Jahresverlauf nicht mehr zum Tragen kommen werden.

Das Aufkommen aus der **veranlagten Einkommensteuer** hat sich in der 1. Jahreshälfte 2007 um +5 268 Mio. € auf 9 020 Mio. € gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Der Zuwachs ist überwiegend auf die deutlich verbesserte Gewinnsituation der Personenunternehmen zurückzuführen. Die Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, blieb mit –1 413 Mio. € unter dem Vorjahresniveau und auch die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (§ 46 EStG) gingen im gleichen Abrechnungszeitraum um –188 Mio. € zurück.

Analog zur veranlagten Einkommensteuer zeigt sich die sehr gute Gewinnentwicklung auch bei den Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer**, die nach den ersten sechs Monaten um +12,6 % höher ausfielen als im Vorjahreszeitraum. Während sich das Aufkommen im 1. Quartal mit einem Anstieg um +4,8 % vergleichsweise moderat erhöhte, ist es im 2. Quartal um +20,3 % gestiegen. Es kam verstärkt zu Mehreinnahmen durch Anpassen der Vorauszahlungen.

Beim **Zinsabschlag** ist im 1. Halbjahr 2007 ein Zuwachs um +39,3 % festzustellen. Ursächlich für den Aufkommensanstieg dürfte neben der gestiegenen Durchschnittsverzinsung die Kürzung des Sparer-Freibetrages sein. Auch bei dieser Steuer war nach einem Plus von +32,4 % im 1. Quartal im 2. Quartal mit +55,3 % eine deutliche Beschleunigung der Aufkommensentwicklung zu beobachten.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** stiegen im Berichtszeitraum um +17,8 % von 7,9 Mrd. € auf 9,3 Mrd. €. Sie hängen stark von der Gewinnentwicklung ab. Nach einem Anstieg von +23,2 % im 1. Quartal 2007 wies das Aufkommen im 2. Quartal 2007 eine Zunahme um +15,6 % auf. Das Auf und Ab der letzten Monate – nicht zuletzt auch wegen möglicher Verschiebungen der Termine für die Ausschüttung von Dividenden – hat sich zuletzt etwas beruhigt.

Die Kasseneinnahmen der **Steuern vom Umsatz** erreichten im 1. Halbjahr 2007 im Vorjahresvergleich einen um +16,8 % höheren Wert. Im 2. Quartal 2007 war mit +16,4 % (nach +17,2 % im 1. Quartal 2007) eine leichte Abschwächung zu verzeichnen. Positive wie negative Umsatzverlagerungen schlugen sich wegen der Möglichkeit der Dauerfristverlängerung bei der Binnen-Umsatzsteuer erst mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa zwei Monaten im Steueraufkommen nieder. Die Umsatzsteuer stieg im Berichtszeitraum um +17,5 %, die Einfuhrumsatzsteuer aus Nicht-EU-Ländern um +14,5 %.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern entwickelten sich die **reinen Bundessteuern** eher verhalten. Insgesamt nahmen sie im 1. Halbjahr 2007 um +4,8 % zu, wobei das Ergebnis im 2. Quartal mit +1,3 % deutlich schwächer ausfiel als das Ergebnis des 1. Quartals mit +9,3 %.

Im 1. Quartal 2007 hatte die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer aufgrund starker Zuwächse bei der Besteuerung von Heizöl noch einen Anstieg um +1,3 % aufzuweisen. Nach dem Rückgang des Energiesteueraufkommens im 2. Quartal von –5,1 % ergibt sich für das 1. Halbjahr 2007 ein Minus von –3,1 %. Die durch Rechtsänderung nunmehr gleichmäßigere Verteilung der Steuerzahlungen beim Erdgas auf die einzelnen Monate des Jahres macht sich ebenfalls bemerkbar. Im Übrigen ist der Erdgas- und Heizölverbrauch durch die warme Witterung zurückgegangen.

Das Tabaksteueraufkommen hat im 1. Halbjahr 2007 um –0,2 % abgenommen. In den ersten Monaten waren zwar auch hier Vorzieheffekte als Folge gesetzlicher Neuregelungen bei den Fristen und Modalitäten für einzelne Verbrauchsteuern zu erkennen, doch gingen die Einnahmen insbesondere im April und Juni deutlich zurück (–4,4 % bzw. –8,7 %). Die Ausweitung der

Rauchverbote wird diesen Trend voraussichtlich verstärken.

Versicherungsteuer (+ 17,6 %), Stromsteuer (+ 13,4 %) und Branntweinsteuer (+ 0,5 %) weisen im 1. Halbjahr 2007 positive Veränderungsraten zum Vorjahreszeitraum auf. Der Solidaritätszuschlag stieg um + 12,5 % an, weil sich seine Bemessungsgrundlagen (insbesondere Einkommen- und Körperschaftsteuer) kräftig erhöhten.

Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im 1. Halbjahr mit einer Zunahme um + 4,0 % relativ positiv. Hervorzuheben sind die starken Zuwächse bei der Grunderwerbsteuer (+ 13,3 %) und bei der Erbschaftsteuer (+ 11,7 %). Offenbar führte die gute konjunkturelle Entwicklung zu einer Vielzahl von Grunderwerben aus dem Bestand. Auch die Biersteuer verzeichnete mit + 1,4 % einen leichten Anstieg.

Demgegenüber sanken die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (– 2,7 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 3,6 %).



## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) wiesen im **April 2007** gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von + 15,3 % auf. Ursächlich für diese positive Entwicklung war der kräftige Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+ 20,1 %) und hier wiederum vor allem der gewinnabhängigen Steuern. Die Bundessteuern waren mit – 0,6 % leicht rückläufig, während die Ländersteuern sich um + 10,2 % verbesserten.

Sehr ähnlich sah es im **Mai 2007** aus: Die Steuereinnahmen insgesamt stiegen um + 10,3 %, wobei der Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern mit + 12,7 % nicht ganz so hoch war wie im April. Die Bundessteuern legten um + 3,1 %, die Ländersteuern um + 2,6 % zu, Letztere getragen von der Entwicklung der Grunderwerbsteuer (+ 20,7 %) und der Biersteuer (+ 18,7 %).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **Juni 2007** lagen die Steuereinnahmen um + 12,5 % über dem Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen mit + 15,2 % erneut stark zu, während die reinen Bundessteuern das Niveau des Vorjahres lediglich um knapp + 100 Mio. € bzw. + 1,2 % übertrafen. Die reinen Ländersteuern verzeichneten einen Anstieg um + 8,8 %, wiederum aufgrund der positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 13,1 %) und der Erbschaftsteuer (+ 28,2 %).

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Bund, Länder und Gemeinden konnten somit im 1. Halbjahr 2007 einen kräftigen Einnahmewachstum im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen. Da gleichzeitig die Abführungen von EU-Eigenmitteln zurückgingen, ist der Zuwachs beim Bund etwas stärker ausgeprägt als bei Ländern und Gemeinden.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2007 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2007 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen**

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. Halbjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	108 455	91 800	16 655	18,1
EU	10 417	10 997	– 580	– 5,3
Länder <sup>1</sup>	103 755	92 994	10 761	11,6
Gemeinden <sup>2</sup>	13 186	11 265	1 920	17,0
<b>Zusammen</b>	<b>235 813</b>	<b>207 057</b>	<b>28 756</b>	<b>13,9</b>

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

# Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen

## Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung

1	Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote .....	53
2	Struktur des Steueraufkommens .....	55
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften .....	57
4	Internationaler Kontext .....	58
5	Steuerpolitische Herausforderungen .....	59

- Die leicht gestiegene Steuerquote nähert sich dem langfristigen Durchschnittswert von 22,7 % an.
- Mittelfristig überwiegt leicht der Anteil der direkten Steuern.
- Aktuell gibt es kaum Veränderungen bei der Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften.
- Deutschland hat im internationalen Vergleich weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten.

In der Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. bis 11. Mai 2007 wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2007 bis 2011 prognostiziert. Dabei wurde die seinerzeit noch nicht verabschiedete Unternehmensteuerreform 2008 – mit einem Entlastungsvolumen von ca. 5 Mrd. € bei voller Wirksamkeit aller Maßnahmen – nicht berücksichtigt. Nachfolgend soll untersucht werden, wie sich die Steuerstruktur und die Verteilung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren voraussichtlich ändern werden und wie sich diese Veränderungen in die langfristige Entwicklung einfügen.

### 1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

Die Steuereinnahmen werden sich im Jahr 2007 – insbesondere auch aufgrund der Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer – voraussichtlich um 45,9 Mrd. € auf 534,3 Mrd. € erhö-

hen. Damit wird sich der Anstieg der Steuereinnahmen in 2007 (+ 9 %) auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Jahr 2006 (+ 8 %) fortsetzen. Eine derartige Erhöhung gab es zuletzt im Jahr 1992. Seit dem Jahr 2003 steigen die Steuereinnahmen insgesamt wieder an. Zuvor war ein zweijähriger Einnahmerückgang zu verzeichnen, der primär durch die umfangreichen Steuerrechtsänderungen (Steuersatzsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Systemwechsel Körperschaftsteuer) in Verbindung mit einem Konjunkturerückbruch verursacht worden war. Insgesamt erzielten Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2006 in absoluten Zahlen wieder mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2000.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote, d. h. das Verhältnis von kassenmäßigen Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, wird sich von 21,2 % im Jahr 2006 auf voraussichtlich 22,3 % im Jahr 2007 erhöhen und damit gut zwei Prozentpunkte über dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Jahre 2004 (20,1 %) liegen. Die Aufkommenselastizität (relative Veränderung der Steuereinnahmen im

Verhältnis zur relativen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts) lag im Jahr 2006 – vor allem infolge des starken Anstiegs der Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern – deutlich über 2; in den vorhergehenden sechs Jahre waren deutlich niedrigere und sogar negative Elastizitäten zu verzeichnen, d.h. die Steuereinnahmen haben sich schwächer als das Wirtschaftswachstum entwickelt. Für das Jahr 2007 wird insbesondere aufgrund der Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer wieder mit einer Aufkommenselastizität über 2 gerechnet.

In der langfristigen Entwicklung (seit 1960) ist die Steuerquote relativ stabil: Der langfristige Durchschnittswert beträgt 22,7 %; innerhalb der letzten sechs Jahre betrug die Steuerquote durchschnittlich nur 20,6 % (vgl. Abbildung 1).

Unter Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung lässt sich die Abgabenquote berechnen, d.h. das Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. In der langfristigen Betrachtung hat sich die Abgabenquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) trotz sinkender Steuerquote wegen der gestiegenen Beiträge für die sozialen

Sicherungssysteme – aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Lage sowie der deutschen Einheit – spürbar erhöht: Sie stieg von 32,2 % im Jahr 1960 auf 37,5 % im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 1). Dabei konnte das Niveau der Sozialabgabenquote am aktuellen Rand auch durch steuerliche Umfinanzierungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, leicht reduziert werden.

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquoten in Deutschland

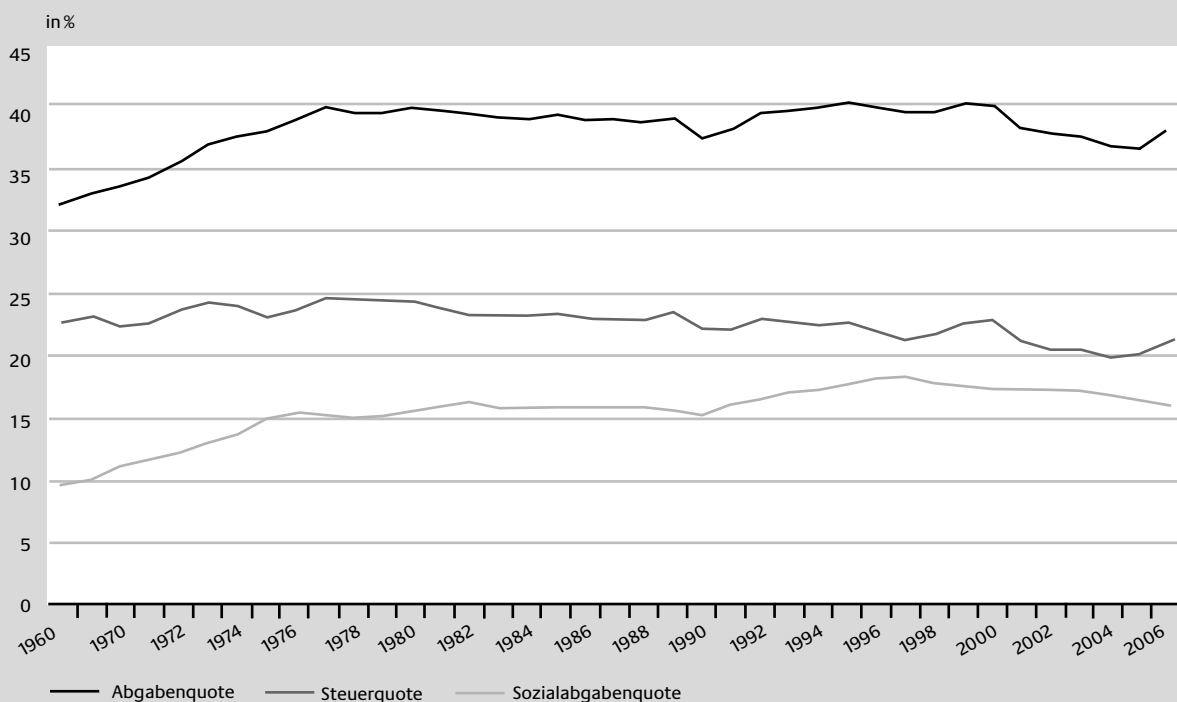
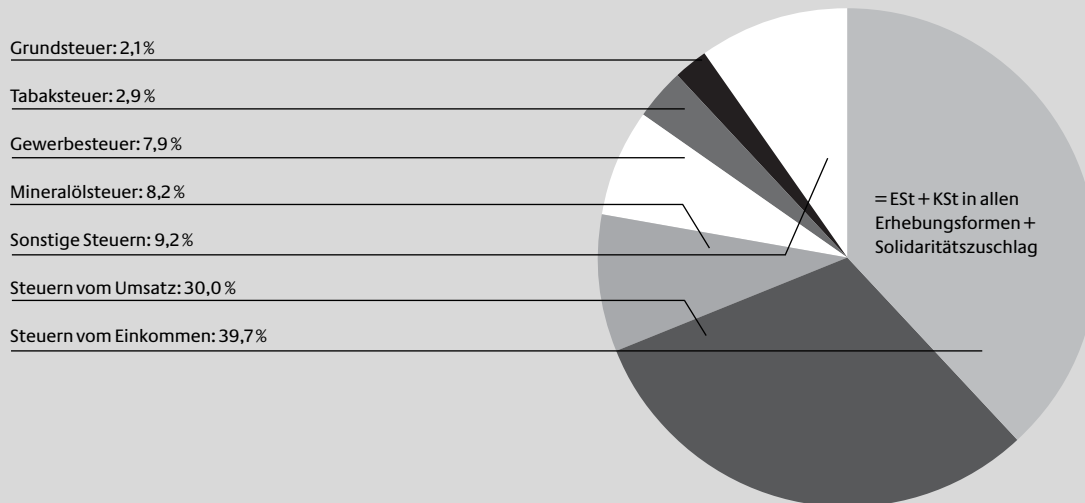


Abbildung 2: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen 2006



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand Mai 2007.

## 2 Struktur des Steueraufkommens

Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert keine Aufschlüsse über die Struktur unseres Steuersystems. Notwendig sind dazu Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten. So machen im Jahr 2006 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz 70 % der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Mineralölsteuer und der Gewerbesteuer steigt dieser Anteil auf 86 %. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen knapp 91 % auf die acht größten Steuern (vgl. Abbildung 2).<sup>1</sup> Bis zum Jahr 2011 wird sich der Anteil der Steuern vom Umsatz erhöhen, während die Tabaksteuer und die Mineralölsteuer an Gewicht verlieren werden und deren Aufkommen leicht rückläufig sein wird.

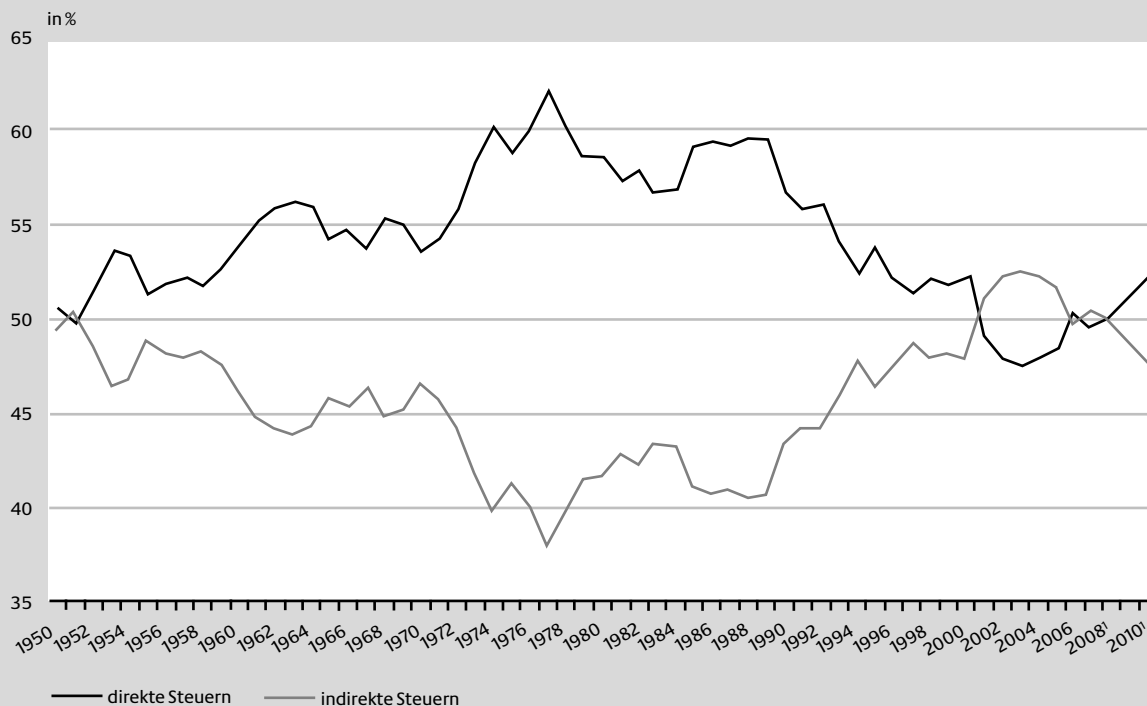
Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen lag in 2006 mit 50,5 % über dem

Anteil der indirekten Steuern. Hingegen war von 2001 bis 2005 der Anteil der indirekten Steuern größer als der Anteil der direkten Steuern (vgl. Abbildung 3, S. 56). Wesentliche Gründe für diese Verteilung innerhalb dieses Zeitraums sind die Umsatzsteuererhöhungen in den 90er Jahren, die Mineralölsteuererhöhungen sowie die Einführung der Stromsteuer (Ökologische Steuerreform). Im Gegenzug sind bei den direkten Steuern neben der schwachen Konjunktur wiederum die entlastenden Auswirkungen der Steuerreform 2000 – Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und Senkung des Steuertarifs bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer – abzulesen.

Die Aufkommenselastizität der direkten Steuern ist deutlich größer als die der indirekten Steuern. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen wird sich daher auf Basis des unterstellten Konjunkturverlaufs auf 52,5 % im Jahr 2011 erhöhen. Hier kommt es allerdings auch auf die (weitere) Entwicklung im Bereich der direkten Besteuerung an (Auswirkungen der Unternehmensteuerreform 2008 und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Subventionsabbau).

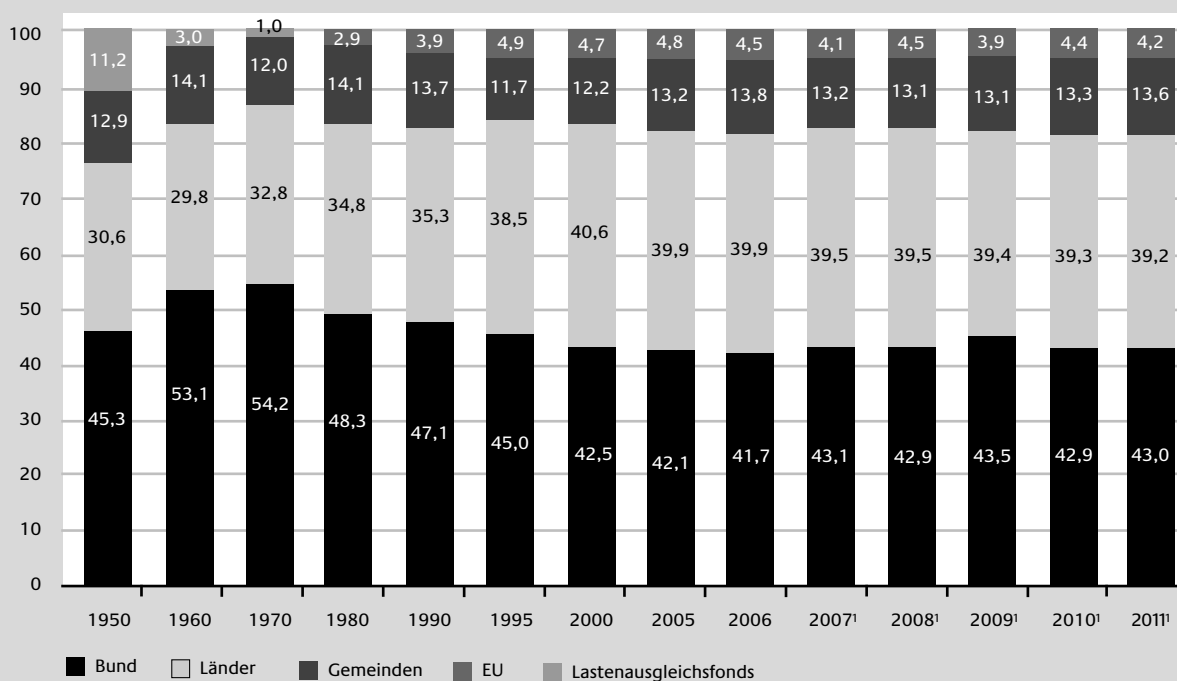
<sup>1</sup> Der Begriff „Einkommensteuer“ umfasst dabei die Erhebungsformen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.

Abbildung 3: Anteil der direkten und indirekten Steuern am Steueraufkommen



<sup>1</sup> Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. bis 11. Mai 2007.

Abbildung 4: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (in Prozent des Steueraufkommens)



<sup>1</sup> Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. bis 11. Mai 2007.



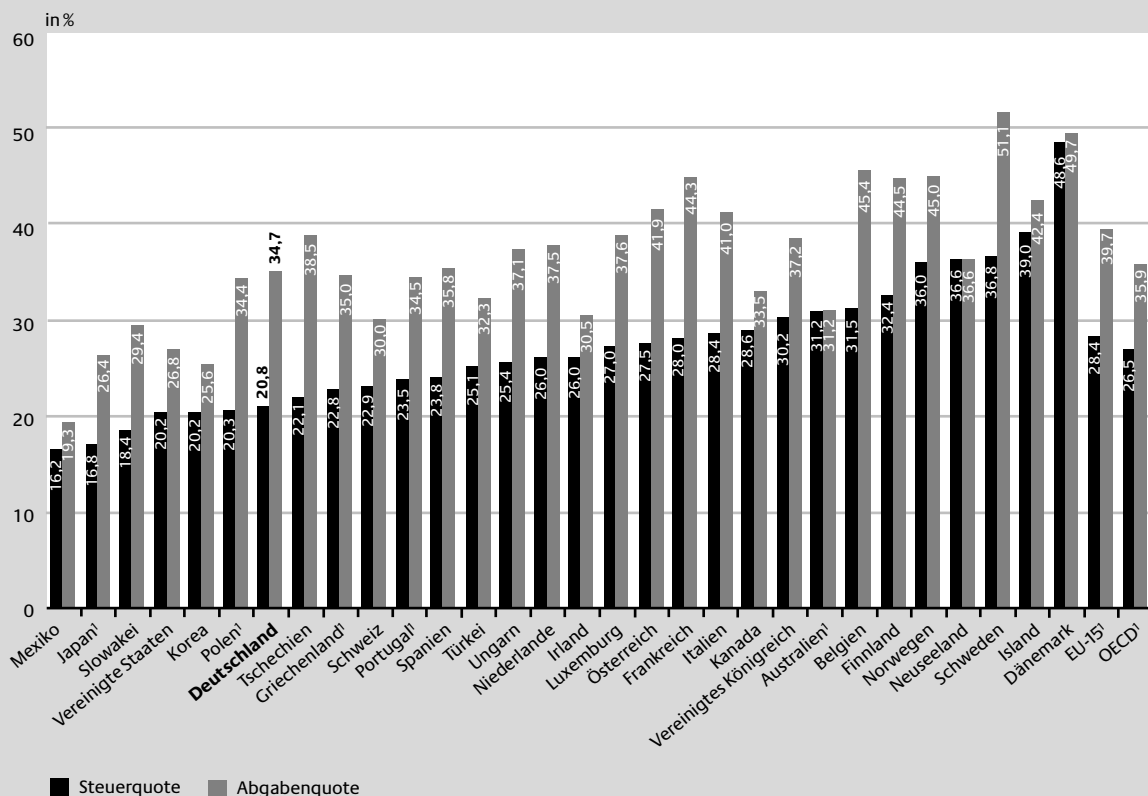
### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Im Jahr 2006 beträgt der Anteil des Bundes am Steueraufkommen 41,7%; damit ist dieser Anteil im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren (Jahreswerte zwischen 53% und 56%) deutlich gesunken (vgl. Abbildung 4, S. 56). Die Länder partizipieren in Höhe von 39,9% am Steueraufkommen; hier ist ein Anstieg im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren (Jahreswerte zwischen 25% und 32%) zu beobachten. Beide Entwicklungen sind u. a. auf die Erhöhung des Anteils der Länder am Umsatzsteueraufkommen zurückzuführen. Der Bundesanteil mindert sich zudem spiegelbildlich zur Erhöhung des der EU zufließenden Anteils. Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen hat sich auf 13,8% erhöht: Insbesondere

aufgrund der dynamischen Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen stehen den Gemeinden ab dem Jahr 2004 in absoluten Beträgen wieder mehr Steuereinnahmen zur Verfügung als im Jahr 2000. Seit 2006 haben auch der Bund und die Länder wieder mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2000.

Bei der Interpretation dieser Zahlen sind die unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen und damit die Ausgabenseite zu berücksichtigen. So ergeben sich insbesondere durch das Arbeitslosengeld II beim Bund ab dem Jahr 2005 enorme Mehrbelastungen, denen keine höheren Anteile an den Steuereinnahmen gegenüberstehen.

Abbildung 5: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (OECD, 2005)



<sup>1</sup> Werte für 2004.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

## 4 Internationaler Kontext

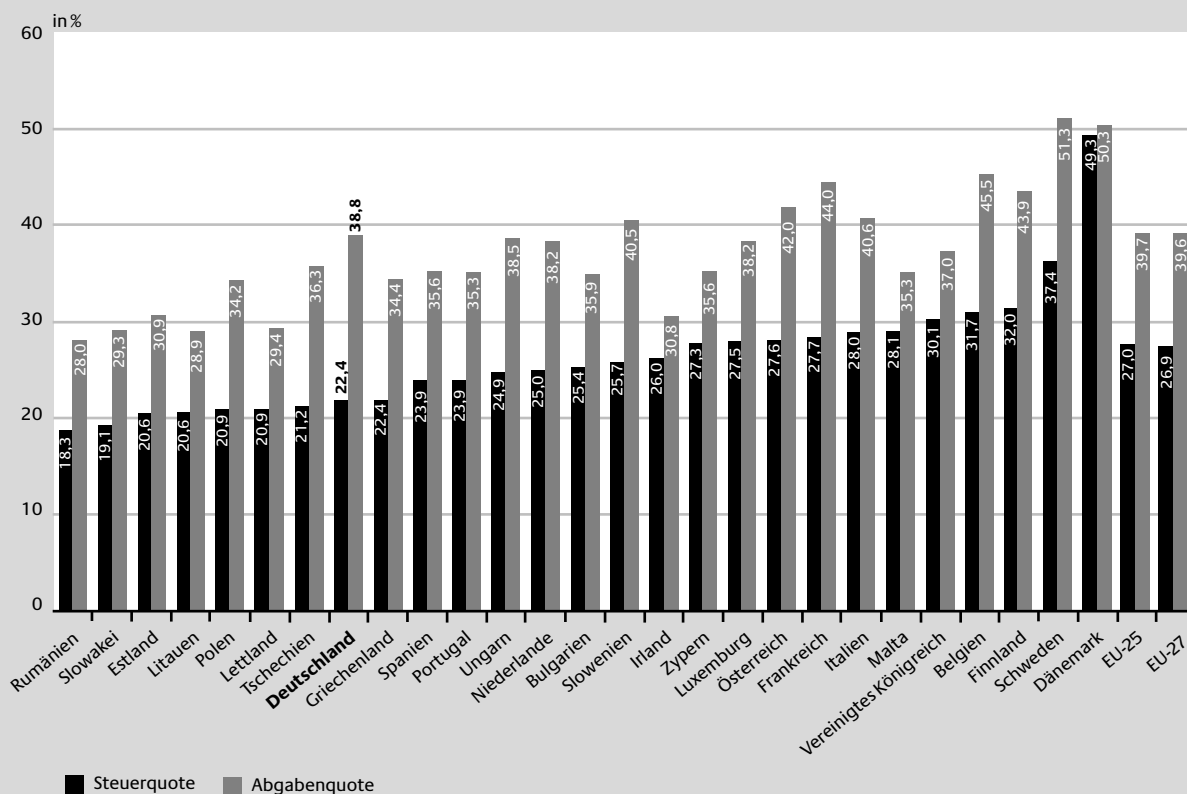
Im internationalen Vergleich hat Deutschland nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD mit 20,8 % in 2005 weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten (vgl. Abbildung 5, S. 57). Von den EU-Staaten in der OECD weisen nur die Slowakei mit 18,4 % und Polen mit 20,3 % (Wert für 2004) niedrigere Werte auf. Mit einer Abgabenquote von 34,7 % in 2005 liegt Deutschland international weiterhin auf mittlerem Niveau und unterhalb der Durchschnittswerte der EU- und der OECD-Staaten sowie innerhalb der EU-Staaten auf Platz 5.

Auch nach den Abgrenzungsmerkmalen von Eurostat hat Deutschland mit 22,4 % (Platz 8) im europäischen Vergleich in 2005 eine der niedrigen Steuerquoten (vgl. Abbildung 6). Mit einer Abgabenquote von 38,8 % liegt Deutschland

auch hier im Mittelfeld und noch unterhalb der Durchschnittswerte der EU-25 und EU-27.

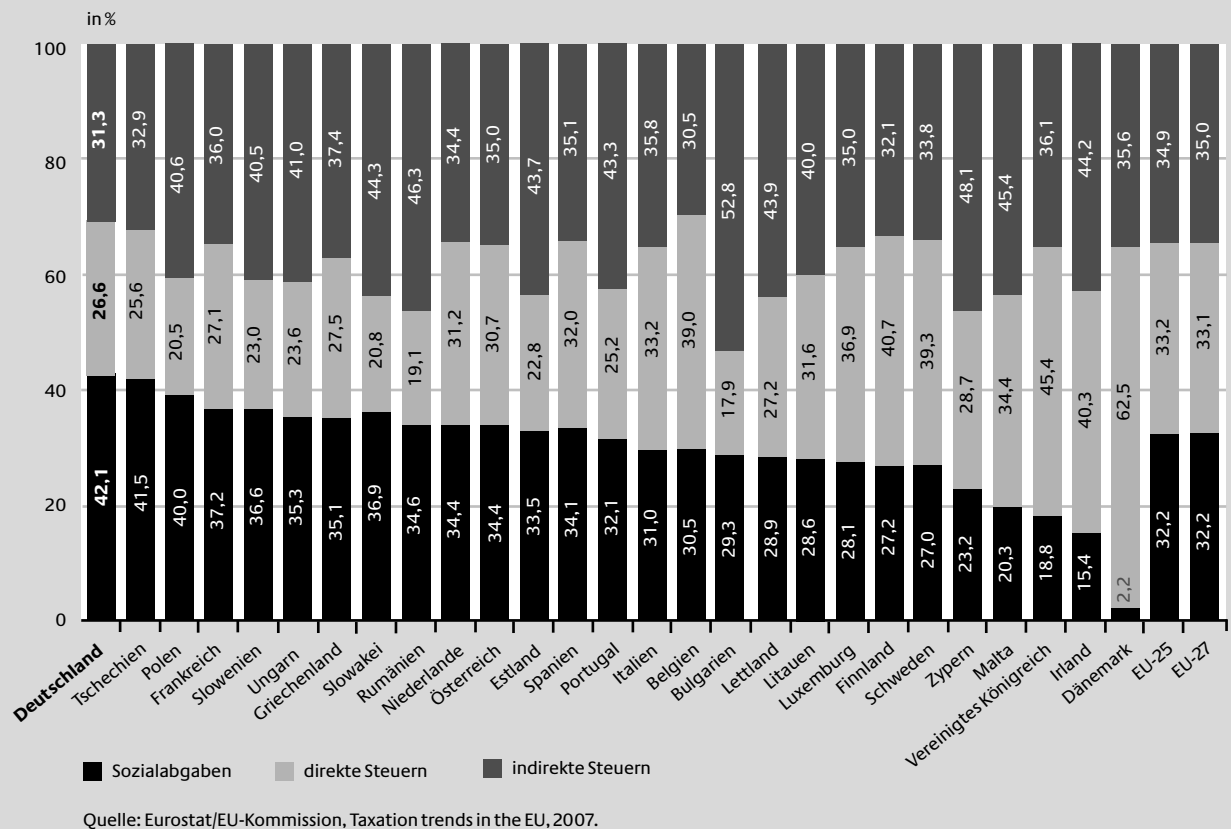
Die Struktur des Gesamtaufkommens aus Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ist im EU-Vergleich im Jahr 2005 durch einen sehr niedrigen Anteil direkter Steuern, den – nach Belgien – zweitniedrigsten Anteil indirekter Steuern und den höchsten Anteil an Sozialabgaben gekennzeichnet (vgl. Abbildung 7, S. 59). Diese Struktur hat grundsätzlich auch im Zeitablauf Bestand, allerdings haben sich die Gewichte der Anteile der leicht gesunkenen Abgabenquote in Deutschland verändert: Während sich seit 1995 die Anteile der direkten Steuern und Sozialabgaben leicht verringerten, erhöhte sich der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben entsprechend leicht. Diese Strukturentwicklung entspricht bezogen auf die indirekten

Abbildung 6: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (EU, 2005)



Quelle: Eurostat/EU-Kommission, Taxation trends in the EU, 2007.

Abbildung 7: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben (EU, 2005)



Steuern der Entwicklung innerhalb der EU-Staaten. Deutlich abweichende Veränderungen ergaben sich dagegen im Durchschnitt der EU-27 bei den Anteilen an direkten Steuern, die sich im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland erhöhten, und den Sozialabgaben, die sich stärker verringerten (vgl. Abbildung 8, S. 60).

## 5 Steuerpolitische Herausforderungen

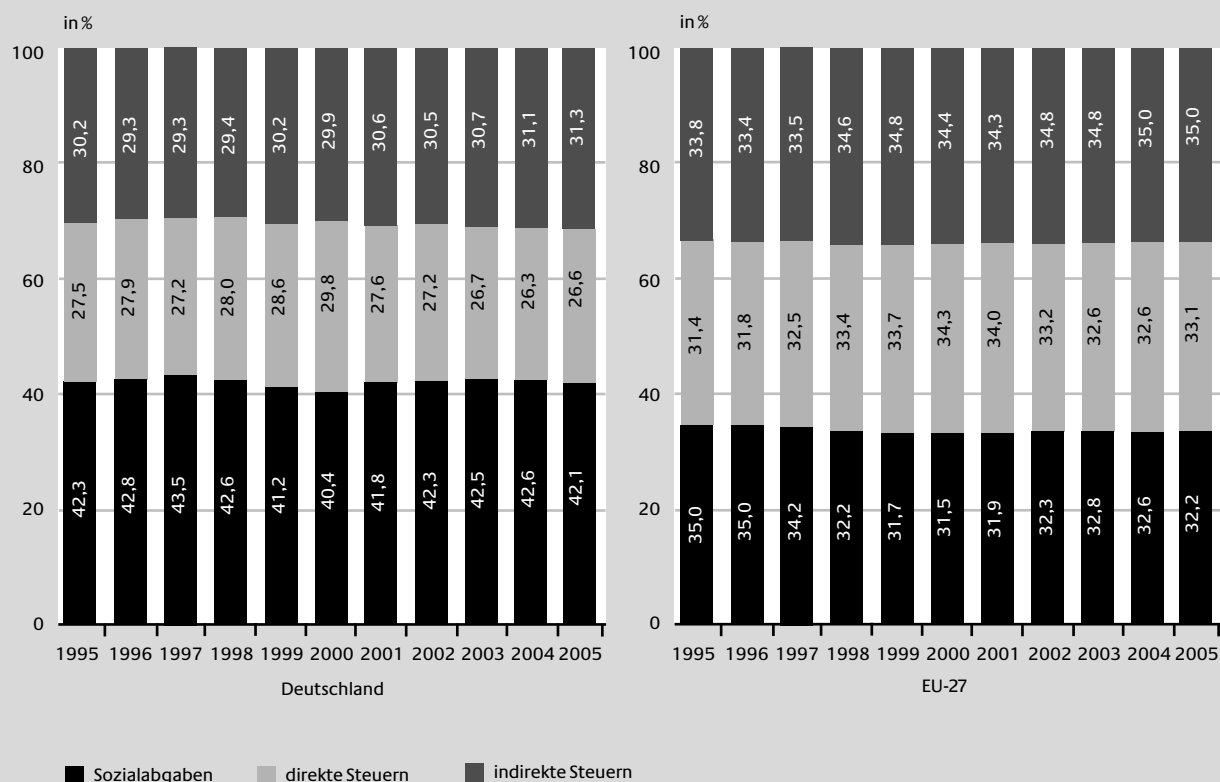
Die Steuerpolitik muss heute bereits Antworten auf die drängenden Fragen geben, die sich im Zusammenhang mit den demografischen Veränderungen der Gesellschaft und dem weiter anhaltenden Internationalisierungsprozess des Wirtschaftslebens – Gewinnverlagerung/Mobilität der Bemessungsgrundlagen – stellen. Die demografische Entwicklung stellt die Finanzpolitik insgesamt im Hinblick auf die Finanzierung der Staatsausgaben, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie die Generationengerechtigkeit vor enorme Herausforderungen. Eine tragfähig ausgerichtete Finanzpolitik ist für die Bewältigung dieser Herausforderungen die zentrale Voraussetzung. Eine strukturelle Problembewältigung erfordert zudem

die Einbeziehung aller zum öffentlichen Gesamthaushalt gehörenden Ebenen.

Für den Unternehmensbereich ist mit der Steuerreform 2008 für die nächsten Jahre ein

solides Fundament gelegt worden; hinsichtlich der Stellung deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb werden die Ergebnisse der Reform mittelfristig zu evaluieren sein.

**Abbildung 8: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben in Deutschland und EU-27**



Quelle: Eurostat/EU-Kommission, Taxation trends in the EU, 2007.

# Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte

1	Maastricht-Defizit 2007: $\frac{1}{2}$ % des Bruttoinlandsprodukts .....	61
2	Ausgabenseite trägt 2006 zu zwei Dritteln zur Konsolidierung bei .....	62
3	Vergleich der unterschiedlichen Situationen bei Bund und Ländern .....	63
4	Mittelfristige Perspektive: Fortsetzung der ausgabenseitigen Konsolidierung .....	64

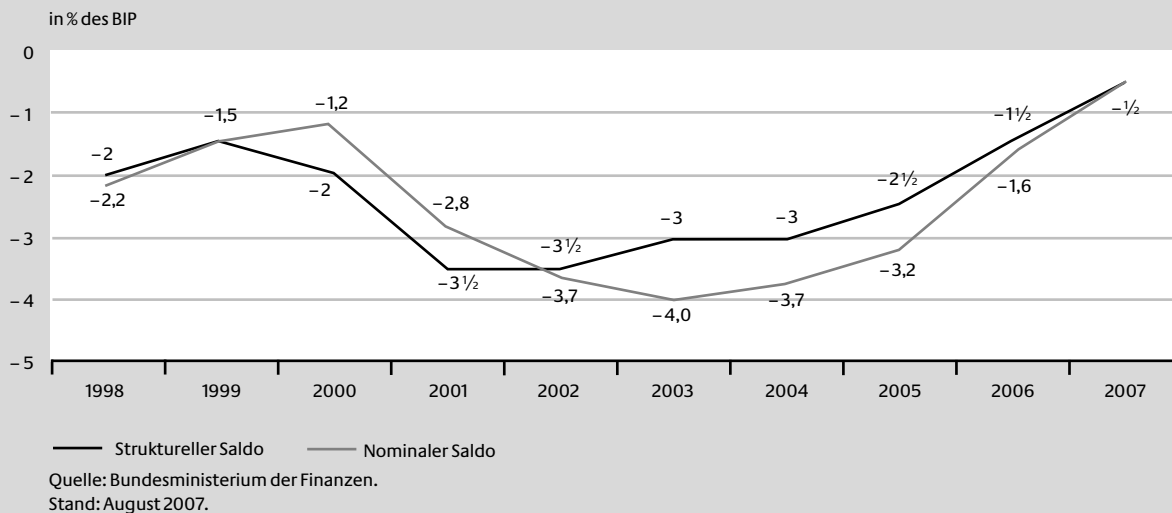
- Die Reduzierung der Defizitquote um 1,6 Prozentpunkte im Jahr 2006 ist zu rund  $\frac{2}{3}$  der moderaten Ausgabenentwicklung zuzurechnen.
- Im Jahr 2007 rechnet das BMF mit einer Defizitquote von rd.  $\frac{1}{2}$  % des BIP.
- Im Jahr 2010 wird der strukturell ausgeglichene öffentliche Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden erreicht.

## 1 Maastricht-Defizit 2007: $\frac{1}{2}$ % des Bruttoinlandsprodukts

Zur Sitzung des Finanzplanungsrates am 27. Juni hat das Bundesministerium der Finanzen eine Projektion zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte vorgelegt. Die aktuellen Trends bei Ausgaben und Einnahmen zeigen, dass die öffentlichen Haushalte deutliche Erfolge bei der Haushaltssanierung verzeichnen. Bereits seit dem Jahr 2002 ist das gesamtstaatliche strukturelle – also um konjunkturelle Effekte und um Einmaleffekte bereinigte – Finanzierungsdefizit stetig zurückgegangen (vgl. Abbildung 1, S. 62). Nach der Projektion des BMF wird das gesamtstaatliche Defizit nominal und strukturell in diesem Jahr nur noch rund  $\frac{1}{2}$  % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Damit geht ein Abbau des strukturellen Defizits um rund einen Prozentpunkt einher. Betrachtet man die Jahre 2006 und 2007 zusammen, liegt die strukturelle Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzie-

rungssaldos bei rund zwei Prozentpunkten. Die strukturelle Konsolidierungsleistung der öffentlichen Haushalte in den Jahren 2006 und 2007 war damit doppelt so hoch, wie in der Entscheidung des ECOFIN-Rates vom 14. März 2006 über Deutschlands Defizitverfahren empfohlen wurde.

Abbildung 1: Nominaler und struktureller Finanzierungssaldo des Staates (Bund und Länder) 1998 bis 2007

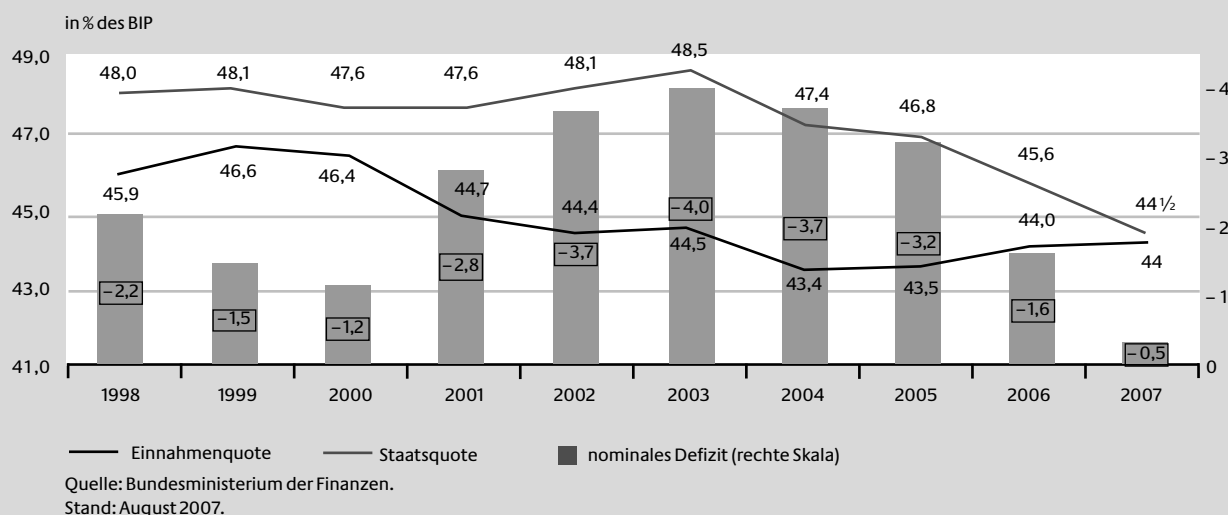


2. Ausgabenseite trägt 2006 zu zwei Dritteln zur Konsolidierung bei

Der Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben am BIP ist im vergangenen Jahr um 1,2 Prozentpunkte zurückgegangen, gleichzeitig ist der Anteil der gesamtstaatlichen Einnahmen am BIP um 0,5 Prozentpunkte gestiegen (vgl. Abbildung 2). Die Reduzierung der nominalen Defizit-

quote um 1,6 Prozentpunkte ist damit zu rund  $\frac{2}{3}$  der moderaten Ausgabenentwicklung zuzurechnen, etwa  $\frac{1}{3}$  geht auf die Stabilisierung der Einnahmebasis zurück. Im laufenden Jahr ist nach der aktuellen Projektion – die auf der Steuerschätzung vom Mai 2007 beruht – mit keinem nennenswerten Anstieg der Einnahmequote zu rechnen. Zwar führen die Anhebung der Umsatzsteuer und die dynamischen Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern zu einem Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuer-

### Abbildung 2: Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates

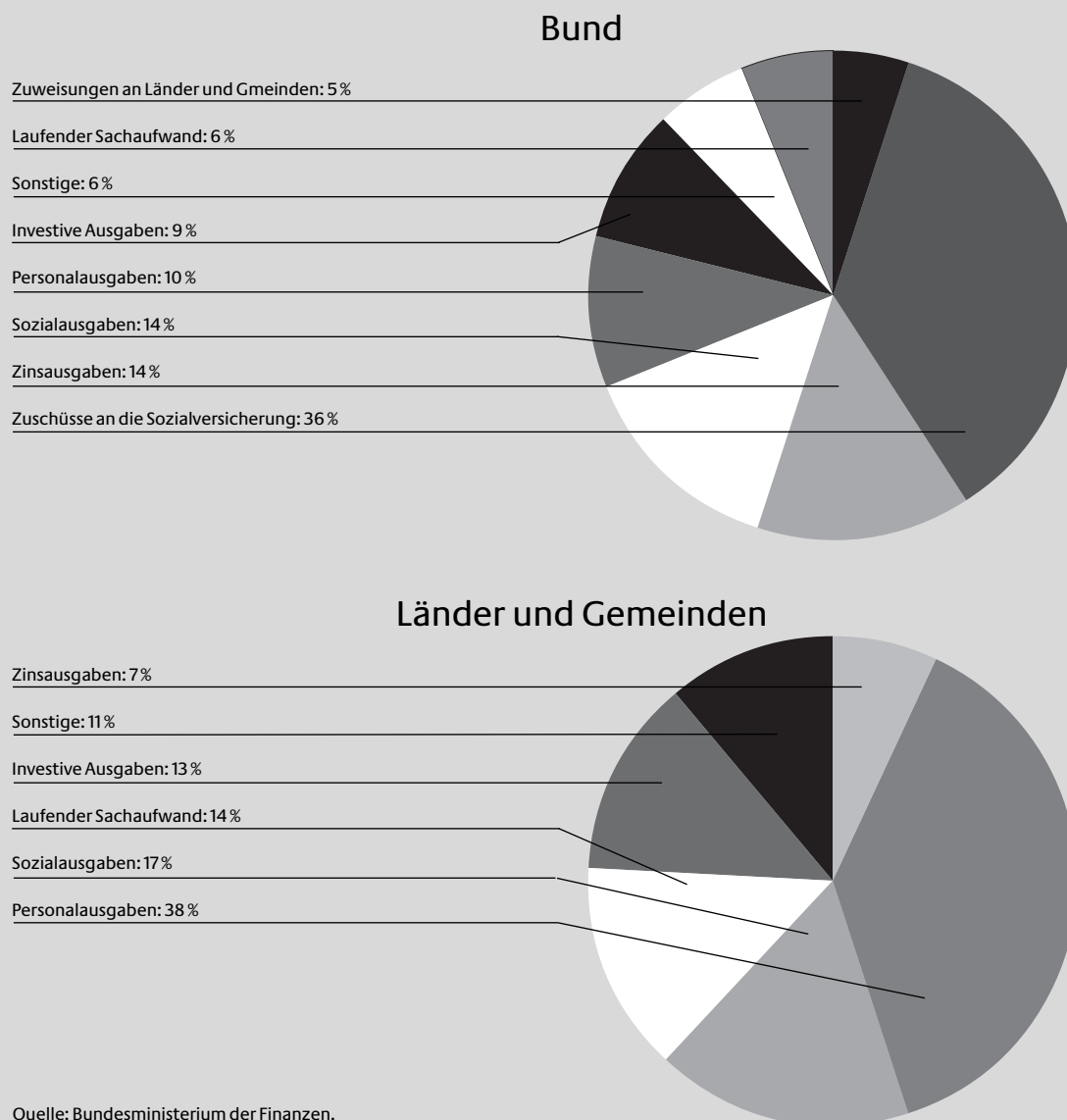


quote von 23 % im Jahr 2006 auf rund 24 % im Jahre 2007. Gleichzeitig ist jedoch durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und den unterproportionalen Zuwachs bei der Bruttolohnsumme mit einem entsprechenden Rückgang der Sozialbeitragsquote zu rechnen. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in % des BIP) stabilisiert sich infolgedessen auf einem Niveau von 40 ½ % des BIP. Der weitere Rückgang der Defizitquote wird in diesem Jahr allein durch ein weiteres Absinken der Staatsquote auf rd. 44 ½ % des BIP erreicht.

### 3 Vergleich der unterschiedlichen Situationen bei Bund und Ländern

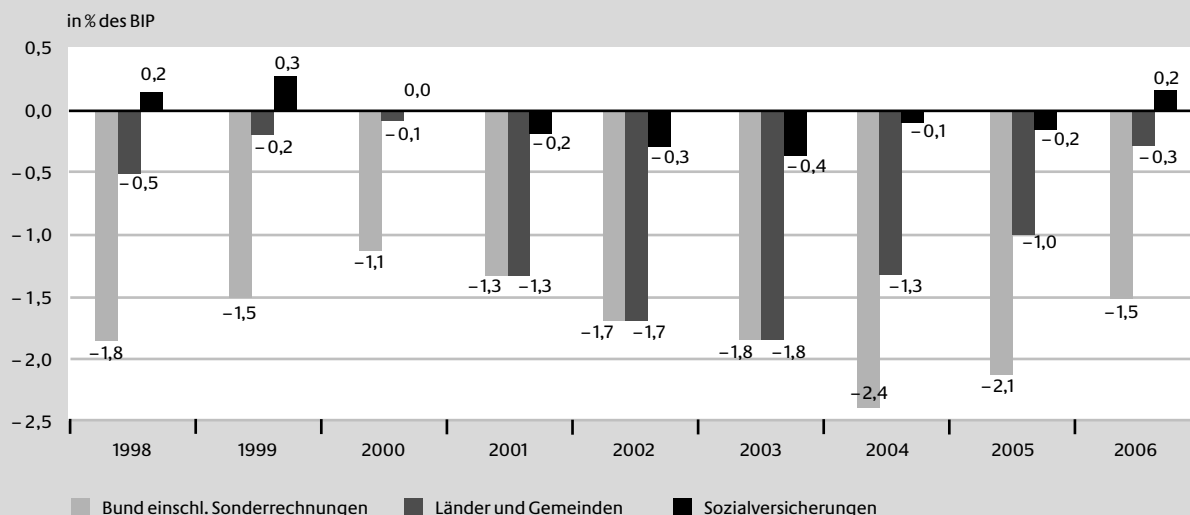
Ein wesentlicher Grund dafür, dass der Bund seinen Haushalt im Vergleich zu den Ländern nur langsamer ausgleichen kann, liegt in der deutlich unterschiedlichen Struktur der Haushalte von Bund und Ländern. Der Anteil der Sozialausgaben liegt aktuell beim Bund bei 50 % der Gesamtausgaben, bei Ländern und Gemeinden bei 12 ½ %. Bei Ländern und Gemeinden sind

**Abbildung 3: Ausgabenstruktur von Bund und Ländern im Vergleich**  
Ausgaben des Jahres 2006 in % der Gesamtausgaben



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.  
Stand: August 2007.

**Abbildung 4: Maastricht-Defizit: Bund und Länder im Vergleich**  
– Finanzierungssaldo –



Differenzen durch Rundungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Stand: August 2007.

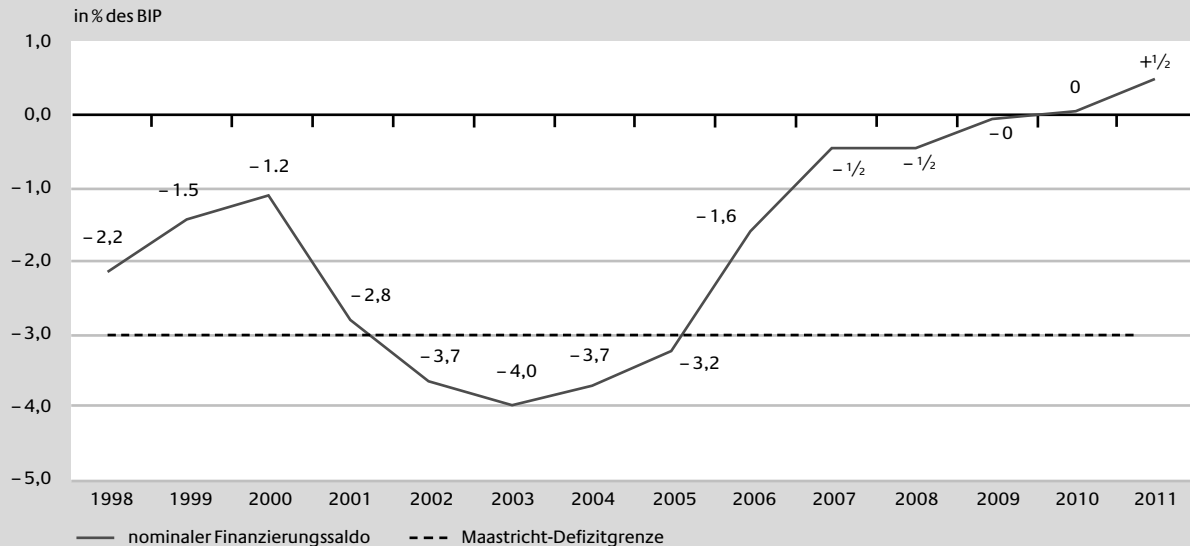
dagegen die Personalausgaben mit einem Anteil von 38 % an den Gesamtausgaben die dominierende Ausgabenkategorie (vgl. Abbildung 3, S. 63). Länder und Gemeinden konnten seit Beginn der wirtschaftlichen Schwächephase erhebliche Einsparungen bei den Personalausgaben erzielen, während beim Bund steigende Sozialausgaben das Budget belastet haben. Zu Beginn der wirtschaftlichen Schwächephase lag der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes noch bei 43 ½ % der Gesamtausgaben und damit 6 ½ Prozentpunkte (rund 18 Mrd. €) unter dem Niveau des Jahres 2006. Die Folge war ein Auseinanderdriften des Bundeshaushalts und der Haushalte von Ländern und Gemeinden in der wirtschaftlichen Schwächephase 2002 bis 2005 (vgl. Abbildung 4).

## 4 Mittelfristige Perspektive: Fortsetzung der ausgaben- seitigen Konsolidierung

Deutschland hat sich im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichtet, den Staatshaushalt bis spätestens 2010 strukturell auszugleichen. Nach der aktuellen Mittelfristprojektion wird dieses Ziel erreicht. Zwar wird das Staatsdefizit im kommenden Jahr etwa dem Vorjahresniveau entsprechen, so dass im Jahr 2008 kein struktureller Konsolidierungsfortschritt erzielt werden kann. Auf der Ausgabenseite werden im Jahr 2008 zusätzliche Belastungen durch steigende Personalausgaben, steigende Abführungen an die EU und einen dynamischen Zuwachs bei den Zinsausgaben spürbar. Auf der Einnahmeseite bewirkt insbesondere die Reform der Unternehmensbesteuerung, aber auch die weitere Rückführung der Sozialbeiträge einen nur verhaltenen Zuwachs. Ab dem Jahr 2009 setzt sich die bisherige Konsolidierungslinie jedoch fort. Der Staatshaushalt wird infolgedessen im Jahr 2009 nominal und im Jahr 2010 strukturell ausgeglichen sein (vgl. Abbildung 5, S. 65). Den wesentlichen



Abbildung 5: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis 2011



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.  
Stand: August 2007.

Beitrag für die weitere Rückführung der gesamtstaatlichen Defizitquote leistet der Bundeshaushalt durch den Abbau der Neuverschuldung bis zum Jahr 2011, während die Haushalte von Ländern und Gemeinden in Maastricht-Abgrenzung, die sich von der haushaltsmäßigen Abgrenzung unterscheidet, bereits ab 2007 Überschüsse aufweisen werden.

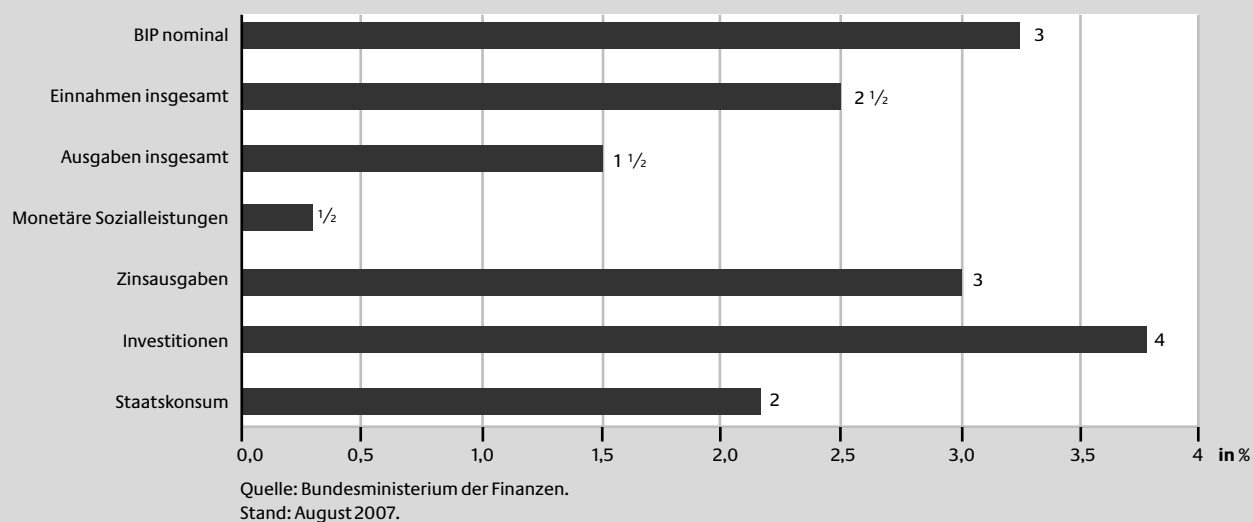
Entscheidende Voraussetzung für die Einhaltung der mittelfristigen Haushaltsziele ist, dass alle staatlichen Ebenen an einer moderaten Ausgabenlinie festhalten. Der Anteil der Einnahmen des Staates am BIP wird mittelfristig eher zurückgehen, da sich die Sozialbeiträge aufgrund von Beitragssenkungen und den zu Grunde liegenden Annahmen über die Brutto-lohnsumme deutlich unterproportional zum BIP entwickeln. Die Steuerquote wird sich nach der Unternehmensteuerreform erst gegen Ende des Projektionszeitraums wieder auf dem Niveau dieses Jahres befinden. Daher muss das Erreichen der Konsolidierungsziele mit einem weiteren Absinken der Staatsausgabenquote einhergehen. Hierzu ist es erforderlich, den Zuwachs der Staatsausgaben dauerhaft unterhalb des Zuwachses des nominalen BIP zu begrenzen.

Nach der aktuellen Mittelfristprojektion kann diese Vorgabe eingehalten werden.

Den wesentlichen Beitrag zu dem – im Vergleich zum BIP – deutlich unterproportionalen Zuwachs der Staatsausgaben liefern die geldlichen Sozialleistungen, die im mittelfristigen Planungszeitraum nur um rund 1/2 % jährlich zunehmen (vgl. Abbildung 6, S. 66). Der Staatskonsum (im Wesentlichen Personalausgaben, Sachaufwendungen und Sachleistungen) wird jahresdurchschnittlich um etwa 2 % steigen. Hier wirken sich insbesondere die relativ dynamisch steigenden Ausgaben im Gesundheitsbereich und bei der Pflegeversicherung aus. Durchaus positiv zu sehen ist die Trendwende bei den öffentlichen Investitionen. Im vergangenen Jahr konnte erstmals seit dem Jahr 2001 wieder ein nominaler Zuwachs bei den staatlichen Bruttoinvestitionen verzeichnet werden.

Die Staatsausgaben nehmen im gesamten Planungszeitraum jahresdurchschnittlich um lediglich 1 1/2 % zu. Im Jahr 2010 wird die Staatsquote nur noch 42 1/2 % des BIP betragen. Da es trotz dieser restriktiven Ausgabenlinie erst 2010 gelingt, das strukturelle Defizit des Staates abzubauen, sind Spielräume für weitere

**Abbildung 6: Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und nominalem BIP in der Mittelfristprojektion des BMF**  
– jahresdurchschnittlicher Zuwachs 2011 gegenüber 2006 in % –



Steuersenkungen derzeit nicht vorhanden. Diese würden das mit Blick auf die zukünftige Handlungsfähigkeit und Generationengerechtigkeit

vorrangige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Staatshaushaltes gefährden.

# Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger: Bisherige Entwicklung und Ausblick

1	Ausgangslage und Hintergrund .....	67
2	Zunehmende Erwerbsbeteiligung Älterer in den letzten Jahren .....	68
3	Ursachen der Zunahme der Erwerbsbeteiligung .....	69
4	Schlussfolgerungen und Ausblick .....	70

- Die demografische Entwicklung und das Schrumpfen des Erwerbspersonenpotenzials verlangen konkrete politische Antworten.
- Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit älterer Menschen erweisen sich als erfolgreich: Seit Mitte der 90er Jahre hat eine stetige Zunahme der Erwerbstätigkeit der über 50-Jährigen eingesetzt.
- Konstruktives Mitwirken der Tarifpartner und ein breiter gesellschaftlicher Konsens sind notwendig, um die Erwerbsbeteiligung von älteren Menschen weiter zu erhöhen und um die im Rahmen der Lissabon-Strategie gesetzten Ziele zu erreichen.

## 1 Ausgangslage und Hintergrund

Deutschlands Bevölkerung altert und wird auf lange Sicht schrumpfen. Ausgangspunkt für diese Entwicklung ist der schon Ende der 60er Jahre einsetzende starke Rückgang der Geburtenrate. Niedrige Geburtenraten bei gleichzeitig ständig steigender Lebenserwartung führen dazu, dass immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 von 17 % im Jahr 2001 auf knapp 30 % erhöhen. Pro 100 Personen im mittleren Lebensalter (20 bis unter 65 Jahre) wird sich im gleichen Zeitraum die Zahl der 65-Jährigen und Älteren von 28 auf fast 55 fast verdoppeln. Nach Schätzung von Experten wird das

Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten 30 Jahren um etwa 0,5 % pro Jahr zurückgehen.

Die Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung stellt sich als Querschnittsaufgabe für verschiedenste Politikbereiche dar. In der Frage der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und bei dem sich abzeichnenden Anpassungsbedarf der sozialen Sicherung hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen ergriffen. Kürzlich vorgelegte Erkenntnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen, dass die Maßnahmen der Vergangenheit ihre Wirkung entfalten und die Erwerbstätigkeit von älteren Menschen deutlich zunimmt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. zum Folgenden insbesondere: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2007): Die Bedeutung der Älteren auf dem Arbeitsmarkt nimmt deutlich zu, Wochenbericht Nr. 21/2007.

## 2 Zunehmende Erwerbsbeteiligung Älterer in den letzten Jahren

Das DIW hat die Bedeutung der Älteren auf dem Arbeitsmarkt untersucht und gibt einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer seit Mitte der 90er Jahre. Im Kern zeigt sich die stetige Zunahme der Erwerbstätigkeit der über 50-jährigen zwischen 1996 und 2006 von 8,14 Mio. auf 9,54 Mio. Beschäftigte (Zunahme der Erwerbsbeteiligung von 22,8 % auf 25,7 %, siehe auch Tabelle 1). Bemerkenswert ist, dass sich die Erwerbsbeteiligung der Älteren – dargestellt als Anteil der über 50-jährigen Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen – seit Mitte der 90er Jahre deutlich besser entwickelte als bei Personen unter 50 Jahren: Hier hat sich im selben Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen verringert und zieht erst mit dem gegenwärtigen Konjunkturaufschwung wieder an. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestätigt ebenfalls die positive Entwicklung in ihrer Gesamtheit, insbesondere aber auch bei den älteren Menschen.<sup>2</sup> Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die positive Entwicklung bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht auf vermehrte

Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung zurückzuführen ist.

Allerdings zeigen sich im Beobachtungszeitraum unterschiedliche Entwicklungen je nach Altersklasse und Berufsgruppe: Während die Zahl der erwerbstätigen 50- bis 54-Jährigen stetig zunimmt, ist bei den 55- bis 59-Jährigen erst in den letzten Jahren ein Anstieg erkennbar, wohingegen bei den 60- bis 64-Jährigen nach kräftigen Zuwächsen bis zum Jahr 2004 demografisch bedingte Rückgänge feststellbar sind. Besonders stark war der Zuwachs bei Beamten. Auch bei den Selbstständigen ist der Anteil der Älteren hoch.

Der positive Trend zu einer verbesserten Beschäftigungssituation älterer Menschen macht sich auch im internationalen Vergleich bemerkbar (siehe Tabelle 2, S. 69). Zwar liegt Deutschland bei der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer EU-weit im Mittelfeld, doch belegen jüngste Zahlen von Eurostat, dass Deutschland mit seiner Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen<sup>3</sup> von 48,4 % in 2006 über dem Durchschnitt der EU-15 von 45,3 % (EU-27: 43,5 %) liegt. Damit liegt Deutschland nur knapp unter dem im Rahmen der Lissabon-Strategie gesetzten Ziel von 50 % Erwerbstätigkeit der über 55-Jährigen bis zum Jahr 2010.

**Tabelle 1: Zahl der Erwerbstätigen nach Altersgruppen**

	Unter 40 Jahre		40 bis 49 Jahre		50 und älter	
	in Mio. Personen	Anteil in %	In Mio. Personen	Anteil in %	in Mio. Personen	Anteil in %
1996	18,73	52,5	8,77	24,6	8,14	22,8
1998	18,32	51,6	9,18	25,8	8,03	22,6
2000	18,37	50,6	9,68	26,6	8,28	22,8
2002	17,67	48,7	9,95	27,4	8,65	23,9
2004	16,26	45,9	10,28	29,0	8,92	25,2
2006	16,62	44,7	11,03	29,6	9,54	25,7

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

<sup>2</sup> Siehe beispielsweise die Pressemitteilung des BMAS vom 31. Mai 2007 zur aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt.

<sup>3</sup> Die Erwerbstätigenquote bildet das Verhältnis von Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren zur Gesamtbevölkerung in dieser Altersklasse ab.

**Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64 Jahre) im EU-Vergleich**

	1996	2006
Schweden	63,4	69,6
Dänemark	49,1	60,7
Vereinigtes Königreich	47,7	57,4
<b>Deutschland</b>	<b>37,9</b>	<b>48,4</b>
Niederlande	30,5	47,4
EU-15	36,3	45,3
Frankreich	29,4	37,6
Italien	28,6	32,5

Quelle: Eurostat.

### 3 Ursachen der Zunahme der Erwerbsbeteiligung

Dem DIW zufolge liegt die Ursache für die beschriebene Entwicklung bei älteren Arbeitnehmern gerade nicht im demografischen Wandel, denn der Anteil der älteren Erwerbsjahrgänge an der Gesamtbevölkerung ist seit 1995 kaum verändert. Auch die Entwicklung der Erwerbslosigkeit der über 50-Jährigen entspricht dem allgemeinen Trend (wenngleich die Erwerbslosigkeit der 55- bis 59-Jährigen bis 2003 deutlich abgenommen hat) und scheidet somit als Erklärung für die zunehmende Erwerbstätigkeit von Älteren aus.

Gemäß dem DIW ist vielmehr ein verändertes Erwerbsverhalten ausschlaggebend. Dies spiegelt sich in der Erwerbsquote der Älteren wider. Dabei wird die Zahl der Erwerbspersonen – also Erwerbstätige und Erwerbslose – in Relation zur Bevölkerung in dieser Altersgruppe gesetzt. Seit 1995 hat hier ein deutlicher Anstieg stattgefunden. Besonders kräftig war der Anstieg ab dem Jahr 2000 bei den 60- bis 64-Jährigen (gleichwohl ist deren Erwerbsquote noch vergleichsweise gering). Die Zunahme der Erwerbsquote resultiert vor allem aus einer Veränderung der Qualifikationsstruktur der Älteren hin zu Personen mit betrieblicher Ausbildung sowie zu

solchen mit Hochschulabschluss und ist Ausfluss der Bildungsanstrengungen ab Mitte der 60er Jahre.

Generell gilt, dass die Erwerbsbeteiligung mit der Qualifikation steigt. So betrug die Erwerbsquote bei 50- bis 64-Jährigen ohne Abschluss im Jahr 2004 knapp 45 %, wohingegen sie im selben Jahr bei Angehörigen derselben Altersgruppe mit Hochschul-/Fachhochschulabschluss bei fast 61 % lag. Dieser Unterschied in der Erwerbsbeteiligung von Älteren in Abhängigkeit von der Qualifikationsstruktur zeigt sich auch in anderen Ländern.

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Frauen und Männern: Sie liegt bei Frauen mit 52 % im Jahr 2004 deutlich niedriger als bei Männern mit 69 %, wobei der Abstand mit höherer Qualifikation abnimmt.

Regionale Differenzen zeigen sich dahingehend, dass in Ostdeutschland (62 %) die Erwerbsquote ein etwas höheres Niveau erreicht als in Westdeutschland (60 %). Hier ergibt sich aber kein einheitliches Bild über alle Qualifikationsstufen hinweg. Allerdings unterschreitet die Erwerbstätigenquote der 50- bis 64-Jährigen in den neuen Ländern mit 48 % diejenige in den alten Ländern (55 %).

Nach Einschätzung des DIW wird sich der Trend zu einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Älteren fortsetzen. Ursächlich dafür ist das Nachwachsen der „Bildungsboomer“ der 60er Jahre in höhere Altersgruppen und der sich abzeichnende Fachkräftemangel in jüngeren Altersgruppen. Zudem stünden Jüngere aufgrund längerer Ausbildungszeiten erst später dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

## 4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass eine Politik zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung erfolgreich sein kann und auf dem Arbeitsmarkt durchaus Potenzial für eine höhere Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorhanden ist. Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass die Maßnahmen mit dem Ziel einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer Erfolge zeitigen.

Beachtlich sind in diesem Zusammenhang aktuelle Analysen der Deutschen Rentenversicherung.<sup>4</sup> Demnach lag das tatsächliche Renteneintrittsalter bei Altersrenten im Jahr 2006 bei 63,2 Jahren – und damit knapp 0,8 Jahre über dem Renteneintrittsalter des Jahres 1995. Dies ist auf Maßnahmen zur Anhebung und Flexibilisierung der Altersgrenzen seit 1997 sowie auf die Anreize zurückzuführen, die von den versicherungsmathematischen Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn ausgehen.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse erscheint es erfolversprechend, den bisherigen Reformpfad zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von älteren Menschen fortzusetzen. Zu den jüngst beschlossenen Maßnahmen gehören die Anhebung der Regelaltersgrenze zur Rentenversicherung auf 67 Jahre und das Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen, mit dem die „Initiative 50plus“ umgesetzt wurde. Mit dem Gesetz wurden die vorhandenen Arbeitsmarktinstrumente zur Förderung der Beschäftigung Älterer verbessert. Dazu gehören u.a. ein Kombilohn für Menschen ab 50 Jahre (Entgelt-sicherung), ein Eingliederungszuschuss für Arbeitgeber bei Einstellung eines Arbeitnehmers über 50 Jahre und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den gesetzgebenden Körperschaften vom Jahre 2010 an alle vier Jahre parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze zur Rentenversicherung über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Menschen zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der

wirtschaftlichen Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint. Die hier dargestellten Entwicklungen stimmen zuversichtlich.

Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters führt nach dem Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2006<sup>5</sup> zu einer langfristigen Stabilisierung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung (– 0,5 Prozentpunkte im Jahre 2030) und damit der Bundeszuschüsse. Die dämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors wird durch die Anhebung der Altersgrenzen geschmälert. Der Nachhaltigkeitsfaktor führt zusammen mit der Anhebung des Renteneintrittsalters außerdem dazu, dass die Renten bis zum Jahre 2030 um 2 % stärker steigen. Damit handelt es sich um eine äußerst wirksame Maßnahme.

Weitere mögliche Ansatzpunkte für die Fortsetzung der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland liegen im Abbau noch bestehender Anreize zur Frühverrentung. Beispielfhaft werden vom DIW die sog. „58er-Regelung“ des § 428 SGB III (wonach Arbeitslose ab dem 58. Lebensjahr dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu Verfügung stehen müssen, diese Regelung läuft zum Jahresende aus) sowie die bis Ende 2009 befristete Regelung zur Altersteilzeit genannt. Die Diskussion um die weitere Regelung läuft derzeit erst an.

Klar ist aber auch: Zur Erreichung des Ziels einer höheren Erwerbstätigkeit von Älteren ist mehr als staatliches Handeln erforderlich. Es bedarf vielmehr gemeinsamer Anstrengungen von Politik und Wirtschaft, von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie eines breiten gesellschaftlichen Konsenses. Alarmierend ist vor diesem Hintergrund die Warnung des DIW, dass zum Teil „starker Aufklärungsbedarf“ bei den Unternehmen zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung vorliege. Viele Unternehmen hätten die Herausforderungen noch nicht erkannt und würden ihr Handeln demzufolge auch noch nicht daran ausrichten. Erforderlich ist eine verstärkte Qualifizierung von Älteren, ein Lösen vom „Jugendkult“ in Belegschaften und das Ausrichten der betrieblichen Abläufe auf Bedürfnisse älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

<sup>4</sup> Siehe die Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung vom 25. Juni 2007: „Rentenzugangsalter steigt“.

<sup>5</sup> Siehe Bundestagsdrucksache 16/3700.

# Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union

1	Einleitung .....	71
2	Warum koordinieren die EU-Mitgliedstaaten ihre Finanz- und Wirtschaftspolitiken? .....	72
3	Wer koordiniert die Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union? .....	73
4	Wie erfolgt die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union? .....	74
4.1	Haushaltspolitische Koordinierung unter besonderer Berücksichtigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes .....	74
4.1.1	Der Stabilitäts- und Wachstumspakt .....	74
4.1.2	Die multilaterale Überwachung .....	75
4.1.3	Verfahren bei einem übermäßigen Defizit .....	75
4.1.4	Länderspezifische Mittelfristziele .....	76
4.1.5	Mid-Term-Review in der Eurogruppe .....	76
4.2	Die Lissabon-Strategie .....	76
4.2.1	Grundgedanke der Strategie .....	76
4.2.2	Neuausrichtung der Lissabon-Strategie 2005 .....	78
4.3	Makroökonomischer Dialog .....	80
5	Fazit und Ausblick .....	80

- Die enge wirtschaftliche Verflechtung der Mitgliedstaaten der EU erfordert eine intensive Koordinierung ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitiken.
- Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik erfolgt über im Vertrag geregelte Instrumente (haushaltspolitische Koordinierung, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitische Leitlinien), politische Beschlüsse des Rats, informelle Absprachen sowie im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung.
- Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die daraus resultierende Entlassung mehrerer Länder aus dem sogenannten Defizitverfahren zeigen, dass die haushaltspolitische Koordinierung (Stabilitäts- und Wachstumspakt) wirkt.
- Die Neuausrichtung der Lissabon-Strategie im Jahre 2005 hat zu vermehrten Reformanstrengungen der Mitgliedstaaten geführt.

## 1 Einleitung

In der Europäischen Union existiert eine ganze Reihe von finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierungsinstrumenten, die die im Euroraum bereits vergemeinschaftete Geldpolitik ergänzen. Neben den vertragsbasierten Verfahren wie der haushaltspolitischen Koordinierung, den

Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den Beschäftigungspolitischen Leitlinien wird die Finanz- und Wirtschaftspolitik auch im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung, durch politische Beschlüsse des Rats (vor allem des ECOFIN-Rats) sowie durch informelle Absprachen z. B. in der Eurogruppe abgestimmt.

Im Folgenden soll zunächst geklärt werden, warum in der EU finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung notwendig ist, welche Gremien an ihr beteiligt sind und welche Aufgaben diesen dabei zukommen. Danach werden die verschiedenen Koordinierungsinstrumente vorgestellt sowie auf aktuelle politische Diskussionen eingegangen.

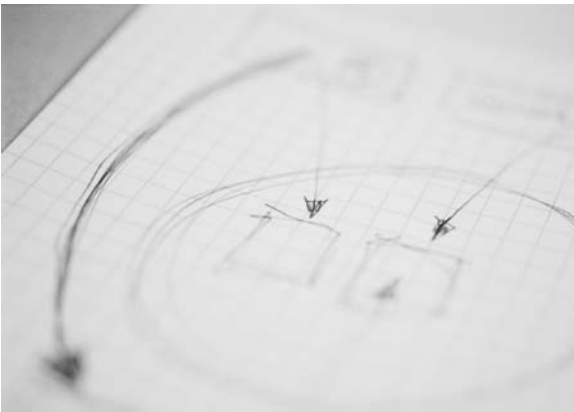
## 2 Warum koordinieren die EU-Mitgliedstaaten ihre Finanz- und Wirtschaftspolitiken?

Die Grundlage für die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten bilden zum einen die Artikel 98 und 99 des EG-Vertrages, die verlangen, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten und koordinieren, und zum anderen der Artikel 104 des EG-Vertrages, der die Mitgliedstaaten auffordert, übermäßige Defizite zu vermeiden. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik dient dem Ziel, ein ausgewogenes, nachhaltiges und nicht-inflationäres Wachstum im Zusammenhang mit einer hohen Beschäftigungsquote zu gewährleisten, sowie der Sicherung einer wettbewerbsfähigen Industrie in einer marktwirtschaftlichen Umgebung. Ziel ist ein höherer Lebensstandard sowie eine bessere Lebensqualität in den Mitgliedstaaten. Weiterhin soll eine dauerhafte Konvergenz der wirtschaftlichen Leistung der Mitgliedsländer erreicht werden.

Die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung, bei weiterhin bestehenden nationalen Kompetenzen, insbesondere für die Finanzpolitik sowie für strukturelle Maßnahmen notwendig. Die Einführung des Euro und die damit einhergehende einheitliche Geld- und Währungspolitik haben die wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen und die gegenseitigen Abhängigkeiten vor allem der Länder des Euroraums weiter erhöht. So kann eine expansive Lohnpolitik in einem Land die Inflationsgefahren im Euroraum erhöhen, was zu einer Erhöhung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank mit entsprechenden dämpfenden Effekten auf die Konjunktur auch in anderen Ländern führen kann. Weiterhin können auch finanz- und strukturelle Fehlentwicklungen in einem Staat direkt oder indirekt auf die anderen Länder durchschlagen. Eine unsolide Haushaltspolitik eines Mitgliedstaates kann dazu führen, dass das Preis- und



Zinsniveau im gesamten Euroraum ansteigt, mit negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung in den beteiligten Staaten. Solche negativen externen Effekte sollen mit Hilfe der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung innerhalb der EU begrenzt werden. Zudem können abgestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen und Reformen das Wachstum und die Beschäftigung in der gesamten EU stärken.



### 3 Wer koordiniert die Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union?

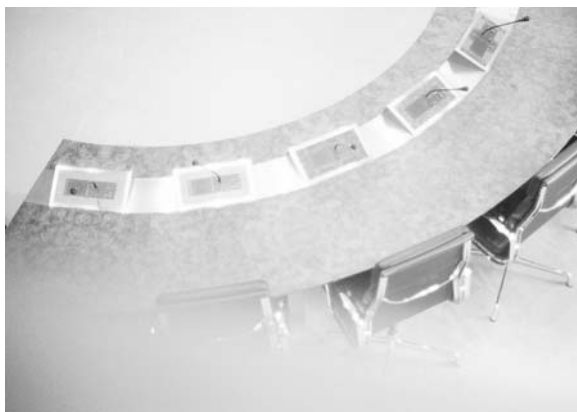
Der ECOFIN-Rat, das heißt der Rat in der Zusammensetzung der nationalen Finanz- und Wirtschaftsminister, ist das zentrale Gremium und die primäre Entscheidungsinstanz im Bereich der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung. Er tagt in der Regel einmal im Monat und befasst sich u.a. mit folgenden Themen: Überwachung der Haushaltspolitik und der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten, Wirtschafts- und Währungsunion (rechtliche, praktische und internationale Aspekte), Finanzmärkte und Kapitalverkehr sowie Steuerpolitik.

Ein informelles, aber dennoch wichtiges Gremium ist die Eurogruppe, die regelmäßig am Vorabend des ECOFIN-Rats tagt. Die Finanzminister der 13 Euro-Länder treffen sich hier zu informellen und vertraulichen Beratungen. Zu den Sitzungen werden der Präsident der Europäischen Zentralbank und der Kommissar für Wirtschaft und Währung der Europäischen Kommission eingeladen. Die Eurogruppe dient dem erhöhten Abstimmungsbedarf der Euro-Länder, da deren Volkswirtschaften über eine einheitliche Währung besonders eng miteinander verzahnt sind. Innerhalb der Eurogruppe werden die Konjunktur- und Haushaltslage im Euroraum als Ganzes sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten, die Entwicklung der gemeinsamen Währung, der makroökonomische Policy-Mix im Euroraum sowie strukturpolitische Fragen von finanzpolitischer Bedeutung diskutiert. Als informelles Gremium kann die Eurogruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen. Allerdings soll über einen gewissen Gruppen- und Gruppen-Druck die Einhaltung der getroffenen Abmachungen erreicht werden.

Wichtigstes Vorbereitungsgremium des ECOFIN-Rats im Bereich der Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA). Er unterstützt den Rat im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik und beobachtet die Wirtschafts- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft

(makroökonomische Überwachung) und gibt hierzu Stellungnahmen ab. Seine Aufgaben sind in Artikel 114 Abs. 2 EG-Vertrag festgelegt.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss (WPA) unterstützt den ECOFIN-Rat in Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung, durch wirtschaftliche Analysen und Stellungnahmen vor allem zu strukturpolitischen Themen (z. B. in den Bereichen Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte), aber auch bei strukturellen Aspekten der Finanzpolitik (z. B. Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen). Er bereitet zudem den Makroökonomischen Dialog (vgl. Kap. 4.3) vor und unterstützt den WFA bei der makroökonomischen Überwachung.



## 4 Wie erfolgt die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung in der Europäischen Union?

Im Zuge der Einführung der Gemeinschaftswährung wurde die Zuständigkeit für die Geldpolitik von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Zentralbank (EZB) verlagert, wobei die nationalen Zentralbanken über ihre Vertreter im EZB-Rat an den geldpolitischen Entscheidungen beteiligt sind. Da die Geldpolitik vergemeinschaftet ist, wird hierauf im Weiteren nicht eingegangen.

Im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik lassen sich folgende Koordinierungsverfahren unterscheiden:

### 4.1 Haushaltspolitische Koordinierung unter besonderer Berücksichtigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

#### 4.1.1 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die grundlegenden Bestimmungen zur haushaltspolitischen Koordinierung finden sich in den Artikeln 99 und 104 des EG-Vertrags. Diese beiden Artikel werden ergänzt durch das „Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“, das dem EG-Vertrag beigelegt ist. Konkretisiert werden diese Vertragsbestimmungen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der vom Europäischen Rat im Jahr 1997 in Amsterdam beschlossen und im Jahr 2005 in Brüssel reformiert wurde. Der SWP wurde im Zuge der Vorbereitung der Einführung des Euro auf Initiative Deutschlands vereinbart, damit die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der Gemeinschaftswährung eine solide Finanzpolitik verfolgen und damit die notwendige Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum sowie für ein nachhaltiges Vertrauen in den Euro schaffen. Hierbei soll auch verhindert werden, dass eine zu nachlässige Haushaltspolitik eines Staates das Zinsniveau im gesamten

Euroraum erhöht und so von den anderen Mitgliedstaaten mitgetragen werden muss. Der SWP gilt grundsätzlich sowohl für die Länder des Euroraums als auch für die Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Im EG-Vertrag, Protokoll und SWP sind drei konkrete budgetpolitische Ziele vorgegeben:

- Das öffentliche nominale Defizit darf in der Regel den Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten,
- die öffentliche Schuldenquote darf in der Regel den Referenzwert von 60 % des BIP nicht überschreiten und
- die länderspezifischen Mittelfristziele<sup>1</sup> sollen erreicht werden.

Die praktische Umsetzung dieser Ziele erfolgt für alle Mitgliedstaaten

- anhand der Analyse und Beurteilung von Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen,<sup>2</sup>
- über die sogenannten Maastrichtmeldungen<sup>3</sup> sowie
- mit Hilfe der Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

#### 4.1.2 Die multilaterale Überwachung

Im Rahmen der multilateralen Überwachung legen alle Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme vor. Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben, legen hingegen sogenannte Konvergenzprogramme vor. Die jährlich zu aktualisierenden Stabilitäts- und Konvergenzprogramme geben Auskunft über die Finanz- und Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaates im nächsten und in

den Folgejahren. Die Konvergenzprogramme enthalten zusätzlich auch Beschreibungen zur Inflations- und Wechselkursentwicklung. Die Programme werden von der Kommission und dem Rat analysiert, wobei der Rat auf Empfehlung der Kommission eine Stellungnahme zu jedem Programm abgibt. Die wesentliche Zielsetzung der Analyse und Diskussion von Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen besteht darin, frühzeitig das Entstehen öffentlicher Defizite zu verhindern und die Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu fördern. Die Stellungnahme des Rates<sup>4</sup> enthält Empfehlungen an den betroffenen Staat, sofern ein Änderungsbedarf bei der Finanzpolitik gesehen wird („präventiver“ Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes). Über die Analyse von Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen können sich Rückwirkungen bei bestehenden Defizitverfahren ergeben, wenn beispielsweise der aufgezeigte Defizitabbaupfad nicht mit den Verpflichtungen im Defizitverfahren übereinstimmt.

#### 4.1.3 Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

Verfahren bei einem übermäßigen Defizit kommen regelmäßig zur Anwendung, wenn der Referenzwert von 3 % des nationalen BIP beim nominalen gesamtstaatlichen Defizit überschritten wird („korrekativer“ Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes). Die Mitgliedstaaten melden zweimal im Jahr ihre öffentlichen Defizite und Schuldenstände an die Kommission (sog. Maastrichtmeldung). Die Meldungen werden statistisch überprüft und die festgestellten Werte mit den Verpflichtungen aus dem EG-Vertrag und aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt oder ggf. bestehenden Defizitverfahren verglichen.

<sup>1</sup> Unter Mittelfristziel wird das Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts in konjunkturbereinigter Form verstanden, wobei einmalige und befristete Maßnahmen nicht angerechnet werden. Mittelfristziele werden länderspezifisch festgelegt und bewegen sich für die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, und für die Mitgliedstaaten des Wechselkursmechanismus II innerhalb einer Spanne zwischen einem Defizit von 1 % des BIP und einem Überschuss aufweisenden Haushalt.

<sup>2</sup> Zur Erläuterung s. Absatz 4.1.2.

<sup>3</sup> Die Mitgliedstaaten melden die Höhe ihrer öffentlichen Defizite und Schuldenstände zweimal jährlich an die Kommission.

<sup>4</sup> Siehe für aktuelle Ratsstimmungen:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/about/activities/sgp/country/doctype/co\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/about/activities/sgp/country/doctype/co_en.htm).

Auf dieser Basis erarbeitet die Kommission ggf. eine Empfehlung, anhand derer der Rat entscheidet, ob

- im betreffenden Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit vorliegt,
- Konsolidierungsanstrengungen als (nicht) ausreichend angesehen werden oder
- ein Defizitverfahren ggf. eingestellt werden kann.

Im Falle der Eröffnung eines Defizitverfahrens richtet der Rat eine Empfehlung an das Mitgliedsland und legt eine Frist von sechs Monaten für Abhilfemaßnahmen fest. Trifft der Staat innerhalb der Frist keine ausreichenden Maßnahmen, um das Defizit zu korrigieren, so stellt der Rat dies in einem nächsten Schritt formal fest. Gegen Mitgliedstaaten, die nicht Mitglieder des Euroraums sind, können keine Geldbußen aufgrund des Artikels 104 des EG-Vertrags verhängt werden. Bei ihnen kann sich nach der formellen Feststellung nicht hinreichender Maßnahmen die Festsetzung neuer Empfehlungen anschließen. Mitglieder des Euroraums können jedoch über weitere Verfahrensschritte Sanktionen – wie beispielsweise Geldbußen – ausgesetzt werden.

#### 4.1.4 Länderspezifische Mittelfristziele

Die Verpflichtung zur Erreichung des jeweiligen länderspezifischen Mittelfristziels dient der Herbeiführung von langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen (Teil des sog. „präventiven Arms“). Damit soll auch Vorsorge für die künftigen Belastungen, z.B. aufgrund der demografischen Entwicklung, getroffen werden. Zudem wirkt das Erreichen des Mittelfristziels als Prävention gegen kritische Haushaltssituationen. Diejenigen Euroländer, die ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht haben, sollen ihr strukturel-

les Defizit, das heißt den Teil des öffentlichen Defizits, der nicht auf konjunkturelle Ursachen oder Einmalmaßnahmen zurückzuführen ist, als Richtwert um 0,5 % pro Jahr reduzieren. Eine strukturell ausgeglichene Haushaltsposition bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf konjunkturelle Schwankungen besser haushaltspolitisch reagieren zu können, insbesondere durch die Wirkung der sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ auf Einnahmen- und Ausgaben-seite der öffentlichen Haushalte. Damit soll eine Glättung der zyklischen Ausschläge erreicht werden. Gerade in der Währungsunion, in der die Geldpolitik immer „nur“ angemessen auf die Konjunkturentwicklung im gesamten Währungsraum ausgerichtet sein kann, ist die antizyklische, also die den Konjunkturverlauf stabilisierende Wirkung der Finanzpolitik wichtig, um auf asymmetrische wirtschaftliche Schocks, das heißt Schocks, denen der betreffende Staat, aber nicht das Euro-Währungsgebiet insgesamt, ausgesetzt ist, zu reagieren.

#### 4.1.5 Mid-Term-Review in der Eurogruppe

Staaten des Euroraums unterziehen sich darüber hinaus einmal pro Jahr dem sogenannten Mid-Term-Review der Haushaltspolitik, in dem Orientierungen für die nationalen Haushalte des Folgejahres gegeben werden. Anlässlich des diesjährigen Mid-Term-Review haben die Mitgliedsländer des Euroraums vereinbart, bis spätestens 2010 die Erreichung ihrer jeweiligen Mittelfristziele (auf gesamtstaatlicher Ebene) anzustreben.

### 4.2 Lissabon-Strategie

#### 4.2.1 Grundgedanke der Strategie

Mit der Lissabon-Strategie beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Lissabon im März 2000 ihre Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sie vereinbarten ein neues strategisches Ziel für die Europäische Union: Europa sollte sich bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln. Insbesondere die europäische Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum,



Beschäftigung und der soziale Zusammenhalt sollten im Rahmen der Strategie gestärkt werden. Angesichts der hohen Wachstumsraten der europäischen Volkswirtschaften Ende der 90er Jahre erschien die der Strategie zugrunde liegende Annahme eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 3 % auch für die Folgejahre durchaus realistisch und auch die explizit gesetzten Beschäftigungsziele fielen entsprechend ehrgeizig aus (z. B. Steigerung der Beschäftigungsquote in der EU bis 2010 auf 70 %).

Die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen wurde vor allem bei den Mitgliedstaaten gesehen. Sie sollten jedoch durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, z. B. im Wettbewerbsrecht, unterstützt werden. Zur Abstimmung der Lissabon-Ziele zwischen den Mitgliedstaaten wurde auf bereits bestehende Koordinierungsverfahren und Prozesse zurückgegriffen: Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Luxemburg-Prozess (Abstimmung der Beschäftigungspolitiken), Cardiff-Prozess (Monitoring von Strukturreformen) und Köln-Prozess (makroökonomischer Policy-Mix).

Ergänzend wurde vereinbart, dass der Europäische Rat sich jedes Frühjahr mit den Fortschritten zur Erreichung der Lissabon-Ziele befasst.

Die Lissabon-Strategie stellt damit eine übergreifende Strategie dar, mit der die unterschiedlichsten Politikbereiche, die zu Wachstum und Beschäftigung beitragen können, unter einem Dach zusammengefasst wurden. Die Lissabon-Strategie kombiniert vertragsbasierte Instrumente mit ergänzenden Formen der Politikgestaltung, z. B. der „Offenen Methode der Koordinierung“ (OMK).

Zu den vertragsbasierten Instrumenten zählen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die auf Art. 99 EG-Vertrag basieren (siehe Kasten 1). Sie enthalten Leitlinien für die makroökonomische Politik und die strukturpolitischen Maßnahmen sowie in der Regel Empfehlungen für jeden einzelnen Mitgliedstaat. Auch bei den Beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Art. 128 EG-Vertrag, mit denen die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten koordiniert wird, handelt es sich um ein vertragsbasiertes Instrument ohne Sanktionsmechanismen (siehe Kasten 2, S. 78).

## Kasten 1: Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik behandeln das gesamte Spektrum an makroökonomischen, mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen – soweit die Beschäftigungspolitik mit den anderen genannten Bereichen in Wechselwirkung steht. Neben allgemeinen Leitlinien für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik enthalten die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der Regel auch länderspezifische Empfehlungen über notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen und Reformschritte in den Bereichen Haushaltspolitik, Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte.

Die Rechtsgrundlage der Grundzüge der Wirtschaftspolitik bildet seit Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags im Jahre 1993 Art. 99 des EG-Vertrages. Sie werden in Form einer Empfehlung des Rates beschlossen. Bis 2002 wurden sie jährlich neu erstellt. 2003 wurde im Rahmen der Lissabon-Strategie ein dreijähriger Zyklus für die Grundzüge eingeführt. Die aktuellen Grundzüge der Wirtschaftspolitik als Teil der Integrierten Leitlinien im Rahmen der erneuerten Lissabon-Strategie umfassen den Zeitraum von 2005 bis 2008.

Der ECOFIN-Rat als zentrales Koordinierungsorgan überwacht anhand von Berichten der Kommission die Umsetzung der Grundzüge. Er kann politischen Druck ausüben, indem er Mitgliedstaaten, deren Wirtschaftspolitik nicht mit den Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden droht, eine Empfehlung ausspricht und diese veröffentlicht. Rechtliche Grundlage hierfür ist Art. 99 Abs. 4 des EG-Vertrages. Bisher wurde hiervon jedoch nur einmal Gebrauch gemacht, als Irland im Jahre 2001 aufgrund seiner expansiven und pro-zyklischen Fiskalpolitik verwarnt wurde.

## Kasten 2: Beschäftigungspolitische Leitlinien

Die Beschäftigungspolitischen Leitlinien wurden 1997 auf dem Europäischen Rat in Luxemburg als Teil der Europäischen Beschäftigungsstrategie („Luxemburg-Prozess“) ins Leben gerufen. Sie bilden den Kern des Koordinierungsprozesses, der die nationalen Beschäftigungspolitiken koordinieren und überwachen soll, und enthalten die gemeinsamen Prioritäten für die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten. Sie werden auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags nach Anhörung des Europäischen Parlaments vom Rat verabschiedet. Die rechtliche Grundlage der Beschäftigungspolitischen Leitlinien ist Art. 128 des EG-Vertrages. Zentrales Koordinierungsorgan ist der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher.

Die „Offene Methode der Koordinierung“ setzt dagegen auf die freiwillige Kooperation der EU-Mitgliedstaaten in verschiedenen Politikfeldern. Sie erlaubt es der EU, außerhalb ihrer vom EG-Vertrag zugewiesenen Kompetenzen politisch tätig zu werden. Die OMK findet etwa in den Bereichen soziale Integration, Bildung oder Jugendpolitik Anwendung. Ähnlich wie im Rahmen der vertragsbasierten Koordinierung arbeiten die Mitgliedstaaten in diesen Bereichen zusammen, tauschen Erfahrungen aus, lernen voneinander, formulieren gemeinsame Ziele und überwachen deren Einhaltung – allerdings ohne Rechtsverbindlichkeit.

### 4.2.2 Neuausrichtung der Lissabon-Strategie 2005

Die Bewertung der Fortschritte der Lissabon-Strategie führte 2005 zu einer Neuausrichtung und Fokussierung der Strategie auf Wachstum und Beschäftigung sowie die Einführung neuer Verfahren (neue Governance).

Um eine bessere Abstimmung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, wurden die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitischen Leitlinien zu den integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung zusammengeführt und für eine dreijährige Laufzeit beschlossen (siehe Kasten 3, S. 79). Dabei wurden durch eine Bündelung der Koordinierungsverfahren der Cardiff- und der Luxemburg-Prozess in die neuen Verfahren integriert.

Die Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Ziele erfolgt zum einen auf Ebene der Mitgliedstaaten, die aufgerufen sind, nationale Reformprogramme zu erarbeiten, in denen aufbauend auf der aktuellen Situation Reformvorhaben zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung beschrieben werden. Zum anderen erfolgt sie auf europäischer Ebene durch ein sogenanntes Lissabon-Programm der Gemeinschaft, das von der Europäischen Kommission vorgelegt wird. Es enthält alle auf Gemeinschaftsebene im Dienste von Wachstum und Beschäftigung durchzuführenden Maßnahmen. Das aktuelle Lissabon-Programm der Gemeinschaft enthält drei große Ziele: Unterstützung von Wissensaufbau und Innovation, Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte sowie Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen.

Für eine effektive Überprüfung der Fortschritte legen die Mitgliedstaaten jährlich im Herbst einen Fortschrittsbericht vor, der den Stand der Umsetzung der nationalen Reformprogramme dokumentiert. Auf dieser Basis bewertet die Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht im Dezember die Fortschritte sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch in den Mitgliedstaaten. Im Dezember 2006 hat die Kommission bei der Präsentation ihres ersten Fortschrittsberichts nach Neuausrichtung der Lissabon-Strategie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, dem Rat länderspezifische Empfehlungen sowie Empfehlungen an den Euroraum vorzulegen. Der Kommissionsvorschlag wurde in

## Kasten 3: Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005 bis 2008)

### Makroökonomische Leitlinien

1. Sicherung wirtschaftlicher Stabilität im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum.
2. Gewährleistung von wirtschaftlicher und finanzieller Nachhaltigkeit als Grundlage für mehr Arbeitsplätze.
3. Förderung einer effizienten, auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten Ressourcenallokation.
4. Gewährleistung eines Beitrags der Lohnentwicklung zur makroökonomischen Stabilität und zum Wachstum.
5. Förderung größerer Kohärenz zwischen makroökonomischer Politik, Strukturpolitik und Beschäftigungspolitik.
6. Verbesserung von Dynamik und Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

### Mikroökonomische Leitlinien

7. Verstärkte und effizientere Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE), insbesondere im Privatsektor.
8. Förderung aller Formen der Innovation.
9. Förderung der Verbreitung und effizienten Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) und Aufbau einer Informationsgesellschaft, an der alle teilhaben.
10. Stärkung der Wettbewerbsvorteile der industriellen Basis Europas.
11. Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung und Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum.
12. Ausbau und Vertiefung des Binnenmarktes.
13. Offene und wettbewerbsorientierte Gestaltung der Märkte innerhalb und außerhalb Europas und Nutzung der Vorteile der Globalisierung.
14. Wettbewerbsfreundlichere Gestaltung des Unternehmensumfelds und Förderung von Privatinitiativen durch Verbesserung des Regelwerks.
15. Förderung der unternehmerischen Kultur und freundlichere Gestaltung des Wirtschaftsumfelds für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU).
16. Ausbau, Verbesserung und Vernetzung der europäischen Infrastrukturen sowie Vollendung der prioritären grenzüberschreitenden Projekte.

### Beschäftigungspolitische Leitlinien

17. Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts ausrichten.
18. Einen lebenszyklusorientierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern.
19. Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeitsuchende – auch für benachteiligte Menschen – und Nichterwerbstätige lohnend machen.
20. Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden.
21. Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verringern.
22. Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten.
23. Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren.
24. Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten.

den Ratsgremien behandelt und nach Billigung durch den Europäischen Rat im Frühjahr 2007 vom Rat beschlossen. Die länderspezifischen Empfehlungen fallen für die einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aus, da sie an den jeweiligen Reformdefiziten ansetzen. Deutschland wurde z.B. aufgefordert, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dem Euroraum insgesamt wurde empfohlen, die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern, Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen und die Flexibilität und Sicherheit der Arbeitsmärkte zu erhöhen.

### 4.3 Makroökonomischer Dialog

Ein weiteres informelles Instrument der Koordinierung ist der Makroökonomische Dialog. Er wurde im Jahre 1999 vom Europäischen Rat in Köln etabliert. Er soll über ein besseres, wechselseitiges Verständnis der Positionen der makroökonomischen Entscheidungsträger zu einem dauerhaft stabilitäts- und wachstumsorientierten makroökonomischen Policy-Mix<sup>5</sup> in der Europäischen Union beitragen („Köln-Prozess“). Am Dialog nehmen daher Vertreter der nationalen Zentralbanken, der EZB, der Sozialpartner sowie von Rat und Europäischer Kommission teil. Beim Makroökonomischen Dialog geht es aber nicht um eine Ex-ante-Koordinierung der Makropolitik im Sinne von detaillierten Vorgaben für die einzelnen Politikbereiche. Vielmehr handelt es sich um einen vertrauensvollen Dialog bzw. eine weiche Form von wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit, die darauf setzt, ein harmonisches Zusammenwirken der Politikbereiche bei Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbanken und der Tarifautonomie zu erreichen. Es gibt daher auch keinerlei Communiqués oder Schlussfolgerungen.

## 5 Fazit und Ausblick

Die Entwicklungen der letzten Monate zeichnen sowohl für den Bereich der haushaltspolitischen Koordinierung (Stabilitäts- und Wachstumspakt) als auch für die Lissabon-Strategie (integrierte Leitlinien) ein positives Bild.

Seit Anfang des Jahres konnten Frankreich, Deutschland, Griechenland und Malta aus ihren jeweiligen Defizitverfahren entlassen werden. Darüber hinaus hat sich in den finanzpolitischen Debatten der letzten Monate auf europäischer Ebene ein breiter Konsens darüber gebildet, dass die gute aktuelle Konjunkturlage für eine entschlossene Rückführung der Haushaltsdefizite genutzt werden muss. Um dies zu untermauern, haben die Finanzminister des Euroraums im April vereinbart, bis 2010 ihre jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziele anzustreben. Diese positiven Entwicklungen zeigen, dass der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt wirkt.

Auch hat die Bundesregierung Akzente zur Straffung und effektiveren Ausgestaltung der Koordinierungsverfahren gesetzt: So wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten im ECOFIN-Rat erstmals länderübergreifend unter horizontalen Gesichtspunkten debattiert (z.B. die Frage bestehender Risiken für die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen). Dadurch konnte sich die Debatte im ECOFIN-Rat auf finanzpolitisch zentrale Aspekte konzentrieren.

Die Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung im Jahr 2005 beginnt Früchte zu tragen, wie die vielfältigen Reformanstrengungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen. Die Zusammenfassung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der Beschäftigungspolitischen Leitlinien zu den Integrierten Leitlinien hat eine bessere Abstimmung zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ermöglicht. Der neue Koordinierungszyklus mit seinen drei Stufen – Vereinbarung gemeinsamer Ziele, Umsetzung und multilaterale Überwachung – führt dazu, dass

<sup>5</sup> Um einen angemessenen und spannungsfreien makroökonomischen Policy-Mix zu erreichen, sollen Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnentwicklung sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik und eine maßvolle Lohnentwicklung sind die Grundvoraussetzungen für eine Geldpolitik, die ihr Stabilitätsziel bei möglichst wachstums- und beschäftigungsfreundlichen monetären Bedingungen erreichen kann.



die europäischen Zielvorgaben in zunehmender Weise auf nationaler Ebene in die wirtschaftspolitische Gestaltung Eingang finden und umgesetzt werden. Im Jahr 2008 wird der neue Dreijahreszyklus der Integrierten Leitlinien beginnen. Dabei wird es darum gehen, die begonnenen Reformen weiterzuführen und ggf. noch zu verstärken. Das gegenwärtig positive wirtschaftliche Umfeld kann hierbei hilfreich sein.







## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	113



## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung</b>	<b>86</b>
1 Kreditmarktmittel	86
2 Gewährleistungen	87
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	87
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	88
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007	90
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	94
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	96
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	98
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	99
10 Entwicklung der Staatsquote	100
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	101
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	102
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	107
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	108
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte</b>	<b>109</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	109
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007	109
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2007	110
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2007	111
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</b>	<b>113</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	113
2 Preisentwicklung	113
3 Außenwirtschaft	114
4 Einkommensverteilung	114
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	115
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	116
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	117
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	118
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	119
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	120

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

### I. Schuldenart

	Stand: 30. Juni 2007 Mio. €	Integration ERP-Sonder- vermögens Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Juli 2007 Mio. €
Anleihen	583 050	10 169	10 000	15 500	587 718
Bundesobligationen	183 949	51	0	0	184 000
Bundesschatzbriefe	10 113	0	265	109	10 270
Bundesschatzanweisungen	111 000	0	7 000	0	118 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 514	0	5 876	5 889	35 500
Finanzierungsschätze	2 985	0	183	280	2 888
Schuldscheindarlehen	21 270	3 861	64	267	24 928
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	0	205
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>948 085</b>				<b>963 509</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. Juni 2007 Mio. €	Stand: 31. Juli 2007 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	187 425	196 889
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	292 957	305 383
langfristig (mehr als 4 Jahre)	467 703	461 238
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>948 085</b>	<b>963 509</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	96,4	107,6
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	25,6	29,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,2	61,5

## 3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>261,0</b>	<b>270,5</b>	<b>283,0</b>	<b>285,5</b>	<b>288,5</b>	<b>289,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>232,8</b>	<b>250,7</b>	<b>270,1</b>	<b>274,8</b>	<b>282,3</b>	<b>289,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 7,7	+ 7,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	220,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 13,7	+ 7,5	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,1
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 19,8</b>	<b>- 13,1</b>	<b>- 10,7</b>	<b>- 6,2</b>	<b>- 0,2</b>
in % der Ausgaben	10,8	7,3	4,6	3,7	2,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)<sup>2</sup></b>	<b>240,5</b>	<b>238,0</b>	<b>231,7</b>	<b>226,1</b>	<b>221,1</b>	<b>220,0</b>
<b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>1,6</b>	<b>- 5,3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>195,9</b>	<b>216,3</b>	<b>218,9</b>	<b>215,6</b>	<b>215,1</b>	<b>220,0</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 19,6</b>	<b>- 12,9</b>	<b>- 10,5</b>	<b>- 6,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	24,0	24,3	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 5,5	+ 1,4	- 0,9	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2007.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Soll	2008 Entwurf	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 110</b>	<b>26 204</b>	<b>26 737</b>	<b>26 756</b>	<b>26 764</b>	<b>27 159</b>
Aktivitätsbezüge	19 730	19 761	20 250	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 554	9 159	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 092	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 443	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 320	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 124	4 178	4 255	4 343	4 412
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>18 349</b>	<b>18 715</b>	<b>19 597</b>	<b>19 900</b>	<b>20 229</b>	<b>20 588</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 517	1 411	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 654	9 497	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	8 689	8 700	8 641	8 627
<b>Zinsausgaben</b>	<b>37 469</b>	<b>39 278</b>	<b>42 120</b>	<b>43 094</b>	<b>44 899</b>	<b>45 378</b>
an andere Bereiche	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 233	42 076	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	4	3	3	3	–
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>156 016</b>	<b>162 467</b>	<b>170 020</b>	<b>171 062</b>	<b>172 211</b>	<b>172 577</b>
an Verwaltungen	13 937	14 770	14 563	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	9 141	8 819	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	26	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 601	5 719	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	147 697	155 458	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	18 002	23 637	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 218	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 633	98 884	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	954	927	920	910
an Ausland	3 024	3 328	3 761	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>237 944</b>	<b>246 664</b>	<b>258 474</b>	<b>260 812</b>	<b>264 104</b>	<b>265 702</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 112</b>	<b>6 860</b>	<b>6 990</b>	<b>6 915</b>	<b>6 780</b>	<b>6 771</b>
Baumaßnahmen	5 634	5 326	5 565	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	945	884	889	875
Grunderwerb	536	505	480	461	464	459
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>13 302</b>	<b>14 051</b>	<b>14 203</b>	<b>13 460</b>	<b>13 495</b>	<b>13 301</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	13 674	13 830	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	6 051	5 516	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	5 979	5 442	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	66	68	62	76	82
Sondervermögen	–	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	7 624	8 314	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	5 333	5 881	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 291	2 433	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	374	351	338	332
an andere Bereiche	387	376	374	351	338	332
Unternehmen – Inland	–	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	142
Ausland	215	215	210	200	195	190



#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 687</b>	<b>3 422</b>	<b>3 477</b>	<b>4 045</b>	<b>4 139</b>	<b>3 938</b>
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 720	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 777	2 719	3 104	3 302	3 205
Sozialversicherungen	–	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 293	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 111	1 425	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	757	940	837	732
Inland	0	28	16	13	13	13
Ausland	578	616	741	927	824	719
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>23 102</b>	<b>24 333</b>	<b>24 670</b>	<b>24 421</b>	<b>24 414</b>	<b>24 010</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	–	– 496	56	267	– 18	– 12
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>22 715</b>	<b>23 957</b>	<b>24 296</b>	<b>24 070</b>	<b>24 076</b>	<b>23 678</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>270 500</b>	<b>283 200</b>	<b>285 500</b>	<b>288 500</b>	<b>289 700</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>49 046</b>	<b>44 189</b>	<b>23 757</b>	<b>14 375</b>	–	<b>6 057</b>
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 627	7 335	3 746	1 218	–	2 371
02	Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	–	2 423
03	Verteidigung	28 222	27 771	15 330	11 639	–	802
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	–	102
05	Rechtsschutz	337	322	224	83	–	15
06	Finanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	–	344
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>13 249</b>	<b>9 342</b>	<b>446</b>	<b>655</b>	–	<b>8 241</b>
13	Hochschulen	2 232	1 238	7	4	–	1 227
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	–	–	–	1 551
15	Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	–	369
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	–	4 626
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7	–	468
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>138 007</b>	<b>137 209</b>	<b>194</b>	<b>552</b>	–	<b>136 463</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 705	91 705	36	0	–	91 669
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 410	3 193	–	146	–	3 047
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36 330	45	346	–	35 939
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 163	715	114	59	–	541
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>	<b>926</b>	<b>692</b>	<b>233</b>	<b>239</b>	–	<b>220</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	–	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	–	47
32	Sport	108	83	–	2	–	82
33	Umwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	–	42
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 005</b>	<b>784</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	–	<b>779</b>
41	Wohnungswesen	1 446	781	–	3	–	779
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44	Städtebauförderung	554	–	–	–	–	–
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 000</b>	<b>529</b>	<b>27</b>	<b>131</b>	–	<b>371</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	–	57

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 010</b>	<b>1 897</b>	<b>1 950</b>	–	<b>4 857</b>	<b>4 817</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	290	3	0	–	293	293
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	–	3 453	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	–	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	–	–	363	363
05 Rechtsschutz	15	–	–	–	15	15
06 Finanzverwaltung	116	1	165	–	282	282
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>141</b>	<b>3 766</b>	–	–	<b>3 907</b>	<b>3 906</b>
13 Hochschulen	1	993	–	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	136	1 519	–	–	1 655	1 654
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	–	–	1 195	1 195
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>787</b>	<b>1</b>	–	<b>799</b>	<b>463</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	–	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	–	449	449
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>161</b>	<b>73</b>	–	–	<b>234</b>	<b>234</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	36	12	–	–	47	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	–	–	47	47
32 Sport	–	25	–	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	8	30	–	–	38	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	–	124	124
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>1 216</b>	<b>5</b>	–	<b>1 221</b>	<b>1 221</b>
41 Wohnungswesen	–	660	5	–	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	554	–	–	554	554
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>38</b>	<b>432</b>	<b>2</b>	–	<b>471</b>	<b>471</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	–	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	38	44	1	–	83	83

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 088</b>	<b>3 189</b>	<b>46</b>	<b>398</b>	–	<b>2 745</b>
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	526	476	–	243	–	233
621	Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622	Erneuerbare Energieformen	38	12	–	4	–	8
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	–	238	–	3
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 099	2 079	–	5	–	2 074
64	Handel	100	100	–	54	–	46
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	–	12	–	52
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	–	340
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 991</b>	<b>3 733</b>	<b>970</b>	<b>2 013</b>	–	<b>751</b>
72	Straßen	7 075	957	–	848	–	109
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 510	780	467	246	–	66
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75	Luftfahrt	201	200	42	18	–	141
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	–	430
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>10 177</b>	<b>6 528</b>	–	<b>19</b>	–	<b>6 509</b>
81	Wirtschaftsunternehmen	4 736	1 087	–	19	–	1 068
832	Eisenbahnen	3 488	83	–	5	–	78
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 248	1 004	–	14	–	990
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873	Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>40 010</b>	<b>40 468</b>	<b>529</b>	<b>329</b>	–	<b>332</b>
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	368	330	–	–	–	330
92	Schulden	39 313	39 313	–	35	–	–
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	–	2
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>270 500</b>	<b>246 664</b>	<b>26 204</b>	<b>18 715</b>	–	<b>162 467</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>748</b>	<b>1 150</b>	<b>–</b>	<b>1 899</b>	<b>1 899</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	677	–	–	677	677
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	–	1 151	1 151
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 498</b>	<b>1 760</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>7 258</b>	<b>7 258</b>
72 Straßen	4 698	1 420	–	–	6 118	6 118
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	–	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	–	77	77
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>–</b>	<b>3 334</b>	<b>314</b>	<b>–</b>	<b>3 649</b>	<b>3 649</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 128	277	–	3 404	3 404
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	206	38	–	244	244
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>– 496</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	– 496	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 860</b>	<b>14 051</b>	<b>3 422</b>	<b>– 496</b>	<b>24 333</b>	<b>23 957</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse							Soll	Reg.-Entw.
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,5</b>	<b>283,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>250,7</b>	<b>270,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	7,7	7,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 19,8</b>	<b>- 13,1</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 12,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,2</b>	<b>26,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	0,4	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	14,9
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>39,3</b>	<b>42,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,8	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5	14,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	57,9	56,8	56,2	56,3	56,1	58,5	58,2	59,1	60,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>24,0</b>	<b>24,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	5,5	1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9	8,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	33,4	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>220,5</b>	<b>237,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	8,2	7,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5	83,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0	87,8
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	41,2	43,2
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 19,6</b>	<b>- 12,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2	4,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7	53,1
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	121,6	115,2
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>	2007 <sup>3</sup>	2008 <sup>3</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7	652	665 1/2
Einnahmen	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2	635	653
Finanzierungssaldo	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9	- 16	- 11
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	271	283
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	257 1/2	270
Finanzierungssaldo	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 13	- 13
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7	265 1/2	271
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7	264	267
Finanzierungssaldo	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0	- 1 1/2	- 4 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7	159 1/2	163 1/2
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6	163	166
Finanzierungssaldo	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0	3 1/2	2 1/2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6	2 1/2	2
Einnahmen	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0	6 1/2	3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	4	4 1/2
Einnahmen	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	10 1/2	5
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2	2 1/2	2
Einnahmen	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5	6	1
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6	2 1/2	2 1/2
Einnahmen	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0	3	1 1/2

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Schätzungen.

<sup>4</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juni 2007.



## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>	2007 <sup>3</sup>	2008 <sup>3</sup>
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	- 1/2	- 1/2
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 1/2	- 1/2
Länder	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	- 0	- 0
Gemeinden	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 9,3	-11,0	-10,7	- 8,4	- 6,1	- 2 1/2	- 1 1/2
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	- 5	- 4 1/2
Länder	-11,4	-11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9	- 1/2	- 1 1/2
Gemeinden	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9	2	1 1/2
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,5	28,7	27,8	27,9	27,5	27	26 1/2
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3	11 1/2	11 1/2
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	11	11
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7	6 1/2	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>4</sup>	20,6	20,5	20,1	20,2	21,2	22 1/2	22

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Schätzungen.

<sup>4</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.  
Stand: Juni 2007.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 <sup>2</sup>	534,3	264,2	270,1	49,4	50,6
2008 <sup>2</sup>	555,3	277,2	278,1	49,9	50,1
2009 <sup>2</sup>	575,0	292,3	282,7	50,8	49,2
2010 <sup>2</sup>	594,9	307,5	287,4	51,7	48,3
2011 <sup>2</sup>	613,6	322,1	291,4	52,5	47,5

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 <sup>4</sup>	23,0	40,3	21,2	37,5

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

<sup>4</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,4	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,5	26,5	22,0
2004 <sup>5</sup>	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0	20,8
2006 <sup>6</sup>	45,6	25,4	20,2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Ergebnis der VGR; Stand: August 2006.

<sup>6</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulden in Mio. € <sup>1</sup>							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 198 145</b>	<b>1 203 887</b>	<b>1 253 195</b>	<b>1 325 733</b>	<b>1 394 955</b>	<b>1 447 505</b>	<b>1 480 625</b>
Bund <sup>2</sup>	715 627	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	333 187	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 991	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	8 070	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:							
Bund + SR	773 897	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	416 178	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:							
Länder (West) <sup>3</sup>	278 358	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	54 828	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 345	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 646	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	345 703	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	70 474	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:							
Sonderrechnungen Bund	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	18 386	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 680	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	204	285	369	469	400	300	199
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>58,1</b>	<b>57,0</b>	<b>58,5</b>	<b>61,3</b>	<b>63,2</b>	<b>64,6</b>	<b>64,1</b>
Bund <sup>2</sup>	34,7	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9	39,1
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,2	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9	20,8
Gemeinden	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Bund + SR	37,5	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6	39,7
Länder + Gemeinden	20,2	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6	24,3
nachrichtlich:							
Länder (West) <sup>3</sup>	13,5	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	3,0
Gemeinden (Ost)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	16,8	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7	20,5
Länder und Gemeinden (Ost)	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:							
Maastricht-Schuldenstand <sup>4</sup>	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9	67,9
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	14579	14622	15195	16066	16909	17559	17987
je Erwerbstätigen	30609	30621	32054	34235	35883	37285	37862
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2062,5	2113,2	2143,2	2161,5	2207,2	2241,0	2309,1
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,183	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,144	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823	39,106

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.<sup>2</sup> Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.<sup>3</sup> West- und Ost-Berlin.<sup>4</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 <sup>5</sup>	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 <sup>6</sup>	- 37,0	- 40,8	3,8	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

<sup>6</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,8</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,7</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,3</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>63,9</b>	<b>65,7</b>	<b>67,9</b>	<b>67,9</b>	<b>65,4</b>	<b>63,6</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.



## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>20,6</b>	<b>20,8</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,5</b>	<b>34,7</b>	<b>34,7</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,6</b>	<b>44,9</b>	<b>43,4</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>48,5</b>	<b>47,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>44,3</b>	<b>43,7</b>
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 <sup>2</sup>	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

<sup>1</sup> 1990: nur alte Bundesländer.

<sup>2</sup> 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

## Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

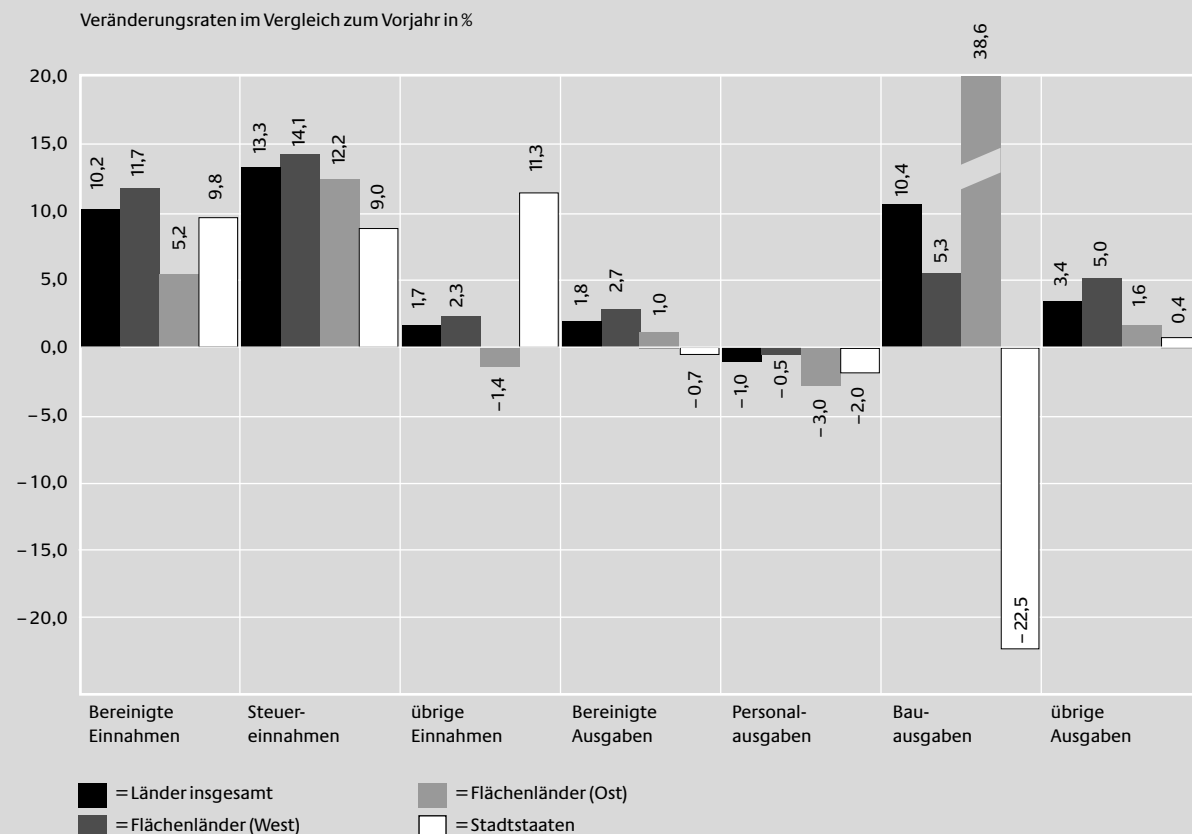
Stand: Februar 2007.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>176 369</b>	<b>91 263</b>	<b>50 763</b>	<b>25 303</b>	<b>29 725</b>	<b>16 329</b>	<b>251 187</b>	<b>129 834</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	142 110	74 079	25 661	13 103	18 359	10 150	186 130	97 332
übrige Einnahmen	34 259	17 184	25 102	12 200	11 365	6 179	65 057	32 502
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>184 493</b>	<b>92 056</b>	<b>52 365</b>	<b>23 892</b>	<b>33 966</b>	<b>17 077</b>	<b>265 154</b>	<b>129 964</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 509	36 887	12 422	6 047	10 889	5 479	95 819	48 413
Bauausgaben	2 385	753	1 659	536	673	171	4 716	1 461
übrige Ausgaben	109 600	54 416	38 285	17 308	22 404	11 427	164 619	80 091
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 8 121</b>	<b>- 793</b>	<b>- 1 602</b>	<b>1 411</b>	<b>- 4 244</b>	<b>- 748</b>	<b>- 13 967</b>	<b>- 130</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2007



### 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juni 2006			Mai 2007			Juni 2007		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>104 865</b>	<b>117 861</b>	<b>215 402</b>	<b>96 991</b>	<b>102 347</b>	<b>192 513</b>	<b>119 996</b>	<b>129 834</b>	<b>241 933</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	90 334	85 901	176 234	85 241	78 166	163 408	106 990	97 332	204 322
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	123 064 <sup>3</sup>	35 743	158 807	91 117 <sup>3</sup>	25 384	116 501	116 340 <sup>3</sup>	27 695	144 035
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>130 728</b>	<b>127 683</b>	<b>251 087</b>	<b>115 617</b>	<b>107 417</b>	<b>216 209</b>	<b>134 628</b>	<b>129 964</b>	<b>256 695</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	13 292	48 891	62 183	11 227	40 643	51 870	13 308	48 413	61 721
122	Baus Ausgaben	1 767	1 323	3 090	1 359	1 130	2 489	1 784	1 461	3 245
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–106	–106	–	185	185	–	155	155
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	112 415	29 962	142 376	82 130	33 853	115 983	103 328	37 560	140 888
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 25 863</b>	<b>– 9 822</b>	<b>– 35 685</b>	<b>– 18 626</b>	<b>– 5 070</b>	<b>– 23 696</b>	<b>– 14 631</b>	<b>– 130</b>	<b>– 14 761</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	524	524	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	115	115	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	409	409	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	10 976	5 143	16 120	9 990	–9 213	776	14 059	–9 921	4 137
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–191	–191	–	122	122	–	535	535
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–180	–180	–	165	165	–	165	165
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 563	8 985	16 547	7 430	8 383	15 813	573	10 711	11 284
32	Vorschüsse	–	12 348	12 348	–	10 332	10 332	–	12 694	12 694
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 785	5 785	–	9 312	9 312	–	9 654	9 654
34	Saldo (31–32+33)	7 563	2 422	9 984	7 430	7 362	14 792	573	7 671	8 244
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–7 324	–2 628	–9 952	–1 207	–6 225	–7 432	0	–1 681	–1 681
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	7 324	2 074	9 398	1 207	4 576	5 783	0	1 223	1 223
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	521	521	–	1 107	1 107	–	1 165	1 165
56	Zusammen	7 324	2 595	9 919	1 207	5 683	6 890	0	2 388	2 388
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–33	–33	0	–542	–542	0	708	708
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	867	867	–	1 071	1 071	–	1 235	1 235
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 916	1 916	–	3 270	3 270	–	3 376	3 376

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: August 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>16 791,1</b>	<b>18 149,0</b>	<b>4 875,5</b>	<b>10 397,7</b>	<b>3 257,6</b>	<b>11 110,8</b>	<b>24 035,6</b>	<b>6 082,6</b>	<b>1 375,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	13 285,2	14 895,1	2 583,0	9 042,9	1 600,4	7 913,0	20 538,7 <sup>6</sup>	4 406,9	1 092,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	306,7	–	255,4	94,5	30,9	194,3	65,1
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 515,0	1 907,4	1 159,0	0,0	64,4	1 566,6	7 579,7	3 435,1	643,3
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>16 508,2</b>	<b>17 871,5</b>	<b>4 672,7</b>	<b>10 447,4</b>	<b>3 253,1</b>	<b>11 147,5</b>	<b>24 142,3</b>	<b>6 469,9</b>	<b>1 708,4</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	7 186,0	8 131,2	1 085,1	3 430,5	741,5	4 255,7 <sup>3</sup>	8 961,5 <sup>3</sup>	2 568,4	685,0
122	Bauausgaben	134,7	314,1	69,9	144,8	87,1	32,0	43,5	16,4	24,2
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	800,3	1 138,6	–	1 904,9	–	–	–169,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 385,7	1 844,1	1 802,8	2 563,3	558,5	3 908,3	9 343,4	3 626,3	625,6
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>282,9</b>	<b>277,5</b>	<b>202,8</b>	<b>– 49,7</b>	<b>4,5</b>	<b>– 36,7</b>	<b>– 106,7</b>	<b>– 387,2</b>	<b>– 333,4</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	135,3	108,7	– 382,2	– 2 644,6	– 494,1	– 2 335,2	– 1 785,3	– 179,0	7,1
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	0,0	–	–	0,0	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	153,9	–	0,1	10,7	–	–	–	–
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	2 001,3	1 888,6	345,0	1 040,4	316,4	207,9	1 864,9	1 439,8	256,9
32	Vorschüsse	3 351,4	5 784,0	26,3	32,8	0,7	651,5	54,6	872,8	8,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	280,0	3 355,4	0,0	724,1	185,2	1 535,4	585,6	0,0	24,6
34	Saldo (31–32+33)	– 1 070,1	– 540,0	318,7	1 731,7	500,9	1 091,8	2 395,9	567,0	272,9
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 116,7</b>	<b>0,0</b>	<b>139,3</b>	<b>– 962,5</b>	<b>22,0</b>	<b>– 1 280,2</b>	<b>503,9</b>	<b>0,8</b>	<b>– 53,4</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	835,0	0,0	–	0,0	0,0	130,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	252,0	–	913,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	1 087,0	0,0	913,0	0,0	0,0	130,1
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 116,7</b>	<b>0,0</b>	<b>139,3</b>	<b>124,5</b>	<b>22,0</b>	<b>– 367,2</b>	<b>503,9</b>	<b>0,8</b>	<b>76,7</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	1 235,4	0,0	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 535,4	579,0	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: August 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>8 132,2</b>	<b>4 513,8</b>	<b>3 780,9</b>	<b>4 523,8</b>	<b>9 785,9</b>	<b>1 542,9</b>	<b>5 217,9</b>	<b>129 834,3</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	4 206,8	2 357,6	2 905,3	2 355,1	4 717,1	995,3	4 437,6	97 332,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	577,0	315,3	74,9	330,2	1 339,3	154,4	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 43,0	1 034,9	2 184,5	1 112,1	4 698,9	915,4	– 1 078,6	27 694,7
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>6 841,7</b>	<b>4 763,4</b>	<b>4 220,8</b>	<b>4 360,7</b>	<b>10 397,6</b>	<b>2 049,8</b>	<b>4 847,3</b>	<b>129 964,3</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 984,5	1 070,2	1 668,6	1 166,0	3 342,4	647,6	1 488,9	48 413,1
122	Bausubstanz	237,7	58,3	43,7	83,3	47,9	23,7	99,4	1 460,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	218,2	155,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	915,1	1 447,7	2 375,0	963,1	4 451,3	749,3	–	37 559,5
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>1 290,5</b>	<b>– 249,7</b>	<b>– 439,9</b>	<b>163,1</b>	<b>– 611,7</b>	<b>– 506,9</b>	<b>370,6</b>	<b>– 130,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 262,5	– 413,6	– 165,9	146,3	252,2	165,1	– 1 073,7	– 9 921,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	535,2
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	164,7
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	340,4	544,5	0,0	21,9	– 40,5	82,2	401,6	10 711,3
32	Vorschüsse	1 939,6	36,8	0,0	346,3	–	– 28,7	– 382,6	12 694,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 494,1	106,4	0,0	2,2	411,9	205,1	743,9	9 653,9
34	Saldo (31–32+33)	– 105,1	614,0	0,0 <sup>5</sup>	– 322,2	371,4	316,0	1 528,1	7 671,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 77,1	– 49,2	– 605,8	– 12,8	11,9	– 25,7	825,0	– 1 680,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	74,0	184,0	1 223,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	1 165,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	74,0	184,0	2 388,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 77,1	– 49,2	– 605,8	– 12,8	11,9	48,3	1 009,0	707,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	–	1 235,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	411,9	106,2	743,9	3 376,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: August 2007.



# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>5</sup>
		Verän- derung in % p. a.				gesamt <sup>4</sup>	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
			Mio.	in %	Mio.				
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,1	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,8	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,9	2,1	2,2	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,1	1,4	18,1

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Rechenstand: 14. August 2007. <sup>5</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2007.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) <sup>1</sup>	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>2</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,2	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2006	3,5	0,3	– 2,0	1,1	1,4	1,7	– 1,2
2001/1996	2,4	0,3	– 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,9	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	– 0,3

<sup>1</sup> Rechenstand: 14. August 2007. <sup>2</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>3</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
Stand: Mai 2007.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	14,0	14,9	125,12	124,33	45,1	39,6	5,4	5,4
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,2	5,7	96,3	65,5	38,3	34,0	4,4	2,9

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
				Veränderung in % p. a.			in %
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	– 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	– 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	– 0,7	67,4	69,0	0,3	– 1,1
2006	4,3	10,1	1,5	65,6	67,2	0,8	– 1,7
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,4	0,4	69,4	70,6	0,9	– 0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,9</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,4
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,7
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,9
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,3
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,5
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,3
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,3
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,5
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,7
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.  
Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.  
Stand: Mai 2007.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>1,4</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.  
Stand: Mai 2007.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,3</b>	<b>6,5</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,8
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,5
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,5
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,8
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,3
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,0
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,3
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,0
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,1
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,9
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,1
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,8
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.  
 Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.  
 Stand: Mai 2007.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>	2005	2006	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6 ↑	7,7 ↑	7,0 ↑	6,4	12,4 ↑	9,6 ↓	9,0 ↓	8,3	8,8	7,7 ↓	5,0 ↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7 ↑	6,4 ↓	5,9	12,7 ↑	9,7	8,1 ↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2 ↓	5,0
Ukraine	2,7 ↑	7,1 ↑	5,0 ↑	4,6	13,5	9,0 ↓	11,3 ↑	10,0	2,9 ↓	-1,7 ↓	-4,1 ↓	-5,5
Asien	8,7 ↑	8,9 ↑	8,4 ↑	8,0	3,5 ↑	3,7 ↑	3,7 ↑	3,2	4,5 ↓	5,4 ↑	5,7 ↑	5,9
darunter												
China	10,4 ↑	10,7 ↑	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0 ↑	10,5
Indien	9,2 ↑	9,2 ↑	8,4 ↑	7,8	4,2 ↑	6,1 ↑	6,2 ↑	4,3	-0,9 ↑	-2,2 ↓	-2,4 ↑	-2,3
Indonesien	5,7 ↑	5,5 ↑	6,0	6,3	10,5	13,1 ↑	6,3 ↑	5,3	0,1 ↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2 ↑	5,0	4,4 ↑	4,4	2,8 ↑	2,2 ↓	2,5 ↓	2,5	1,9 ↓	0,7 ↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5 ↓	4,8	4,5	4,6 ↓	2,5 ↓	2,5	-4,5 ↓	1,6 ↑	1,5 ↑	0,9
Lateinamerika	4,6 ↑	5,5 ↑	4,9 ↑	4,2	6,3	5,4 ↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5 ↓	-0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5 ↑	7,5 ↑	5,5	9,6	10,9 ↓	10,3 ↓	12,7	1,9	2,4 ↑	1,2 ↑	0,4
Brasilien	2,9 ↑	3,7 ↑	4,4 ↑	4,2	6,9	4,2 ↓	3,5 ↓	4,1	1,6 ↓	1,3 ↑	0,8 ↑	0,3
Chile	5,7 ↓	4,0 ↓	5,2 ↓	5,1	3,1	3,4 ↓	2,5 ↓	3,0	0,6	3,8 ↑	2,7 ↑	-0,2
Mexiko	2,8 ↓	4,8 ↑	3,4 ↓	3,5	4,0	3,6 ↑	3,9 ↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0 ↓	-1,4
Venezuela	10,3 ↑	10,3 ↑	6,2 ↑	2,0	15,9	13,6 ↑	21,6 ↑	25,7	17,8 ↓	15,0 ↓	7,0 ↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5 ↑	5,0	6,0	8,2	9,6 ↓	8,0 ↑	4,3	-6,3 ↑	-8,0 ↓	-7,3 ↓	-6,8
Südafrika <sup>2</sup>	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑ / ↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

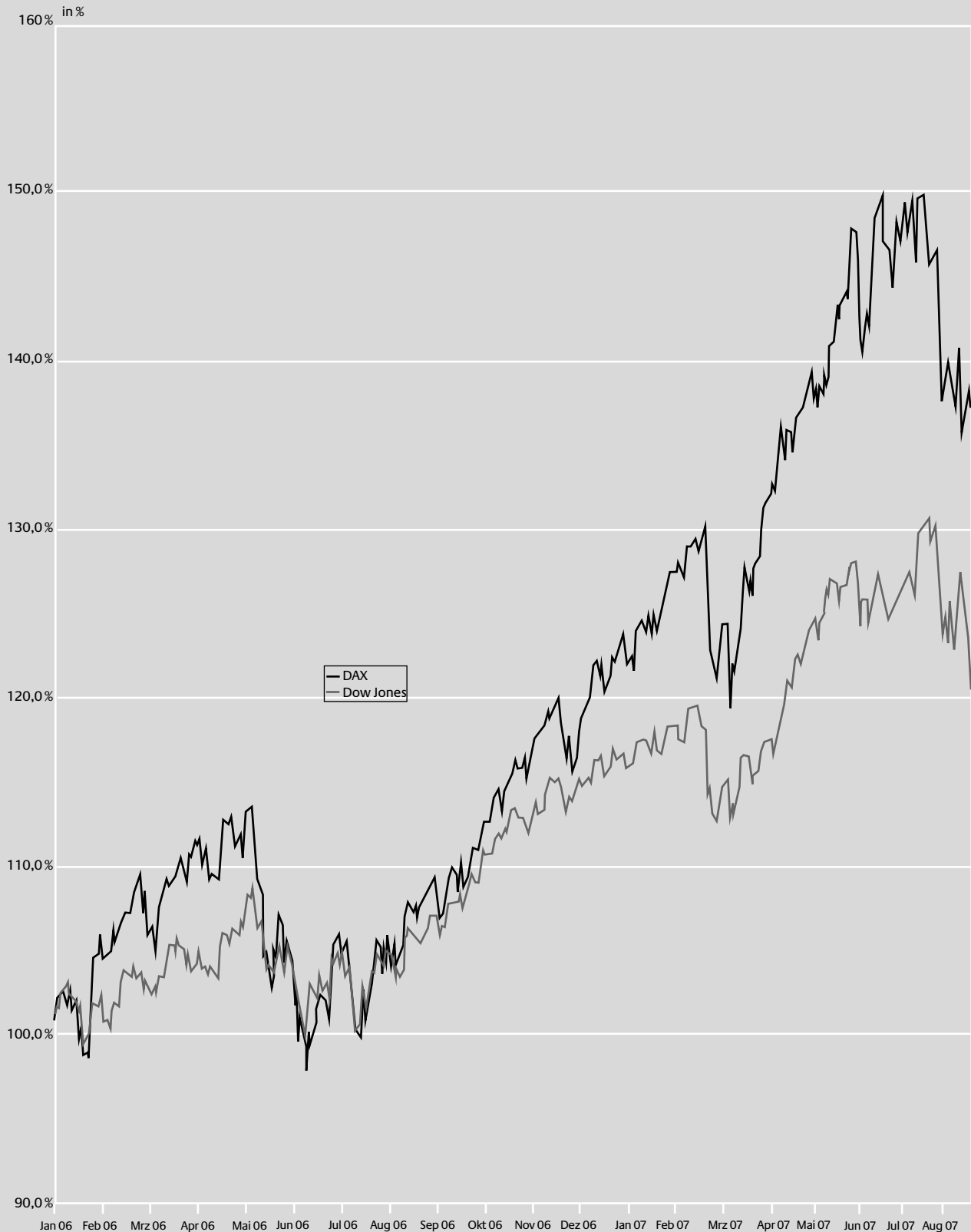
<sup>2</sup> Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 15. August 2007)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Aktuell 15.8.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 861	12 475	3,10	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 666	3 747	– 2,17	3 204	3 739
Dax	7 446	6 681	11,45	5 292	6 597
CAC 40	5 443	5 618	– 3,11	4 615	5 618
Nikkei	16 476	17 354	– 5,06	14 219	17 563

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.8.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,73	4,69	–	4,33	5,25
Bund	4,31	3,95	– 0,42	3,26	4,12
Japan	1,63	1,72	– 3,10	1,43	2,00
Brasilien	11,58	12,35	6,85	12,57	16,91

### Währungen

	Aktuell 15.8.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,34	1,32	1,50	1,18	1,33
Yen/Dollar	116,62	119,00	– 2,06	110,00	120,00
Yen/Euro	156,53	157,00	– 0,40	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,68	0,67	0,89	0,67	0,70







**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT KOMMUNIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, AUGUST 2007

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES**

**BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.